

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,75 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1895 unter Nr. 7120.

Infektions-Gebühr beträgt für die künftige Zeit für die obersten und untersten Klassen 40 Pf. für Bereinigungs- und Veranlagungs-Anlagen 20 Pf. Inverate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1569. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 25. Juli 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Cempuis¹⁾.

Im Spätsommer vorigen Jahres beschäftigte sich ein Theil der französischen Presse plötzlich mit „Unregelmäßigkeiten“, die in dem Waisenhaus von Cempuis — dessen Existenz dem großen Publikum bis dahin ganz unbekannt gewesen war — vorgelommen sein sollten. Die katholischen Zeitungen, die mit besonderer Vorliebe sich in geschlechtlichem Schmutz wälzen, sprachen von „Schweinerereien“, die dort zwischen Schülern und Schülerinnen an der Tages- und Nachtordnung seien; und am 24. August v. J. ordnete die Regierung der Republik eine Untersuchung an, die genau vier Tage dauerte — vom 25. bis zum 28. August — und zur Folge hatte, daß der Leiter des Waisenhauses, Robin²⁾, durch Verfügung des Seinepräfecten vom 31. August Knaal und Fall seines Amtes entsetzt wurde.

Die Sache erregte ungeheures Aufsehen. Seitens der sozialdemokratischen Partei, die in der Bourgeois-Republik ebenso wie in den Bourgeois-Monarchien die einzige Vertreterin der bürgerlichen Freiheiten ist, wurde der Vorgang zum Gegenstand einer parlamentarischen Interpellation gemacht, die am 10. November vorigen Jahres in der Kammer zur Verhandlung kam, nachdem der Pariser Generalrath der Seine, empört über die Maßregelung Robin's, in seinen Sitzungen vom 17., 22. und 26. Oktober 1894 die Angelegenheit schon eingehend debattirt hatte. Die Interpellation wurde vom Abgeordneten Lavy, einem Mitgliede des Pariser Gemeinderaths und des Generalraths der Seine, begründet, und von Lagneux³⁾, Minister des öffentlichen Unterrichts, beantwortet. Die Regierung, welche sich — der „neue Geist“ der Pfafferei rumorte damals gerade mit besonderer Lebendigkeit in den republikanischen Regierungschädeln — um jeden Preis die Unterstützung des Klerus für den Kampf gegen die Arbeiter sichern wollte, nahm zu einem gemeinen Kniff ihre Zuflucht. Der Minister gab aus antiken Akten über das Waisenhaus tendenziös zusammengestellte, zum Theil, wie sich nachher ergab, verstümmelte und gefälschte Auszüge und spielte als Hauptkumpel ein, aus dem Jahre 1888 stammendes Schriftstück aus, welches mittheilte, daß ein gewisser Machu⁴⁾, ein „Lehrer“, sich gegen eine Schülerin unzüchtig benommen hatte. Ueber die von den Pfaffen behaupteten „Schweinerereien“ zwischen Schülern und Schülerinnen sprach der Minister sich nicht direkt aus, ließ aber das schlimmste vermuthen. Durch das vorgebrachte

Material, das der Minister, obgleich ihm die Interpellation vierzehn Tage vorher angezeigt worden war, sorgfältig geheim gehalten hatte, waren die Interpellanten verblüfft und die Majorität der Kammer erklärte das Verfahren der Behörden für vollkommenergerechtfertigt. Der Herr Unterrichtsminister hatte mit seinen putzamerisch angeordneten und zugerichteten Zitaten und Papierschnitzeln, die niemand im Augenblick kontrolliren konnte, ohne Zweifel auf die öffentliche Meinung einen, dem bisherigen Direktor des Waisenhauses sehr ungünstigen Eindruck erzielt; und auch die Freunde Robin's, der selber im ersten Moment ganz verduht schien, konnten sich dem Einflusse dieser Stimmung nicht ganz entziehen.

Allein sobald man die Akten des braven Herrn Ministers zu prüfen begann, kam auch der Umschwung. Der „Lehrer“ Machu entpuppte sich als ein 16jähriger Junge, der, selber noch Schüler, den Lehrern bei gewissen Unterrichtsfächern an die Hand zu gehen hatte; und die „Unzüchtigkeiten“, die nach den Andeutungen des Herrn Ministers auf schwere Sittlichkeitsverbrechen schließen ließen, lösten sich in zwar sträfliche, jedoch vergleichsweise harmlose Dumms-Jungensstreiche auf. Es wurde weiter bekannt, daß Robin die sofortige Entlassung Machu's verfügte, ihm aber, auf flehentliches Bitten, dies nicht ins Zeugnis geschrieben hatte — und das mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde, an die er unverzüglich genauen Bericht einschickte. Kurz, seine Handlungsweise war durchaus korrekt gewesen. Und wie richtig er Machu beurtheilt hatte, erhellt daraus, daß dieser, nachdem er auf die Anzeige der Schulbehörden hin wegen Verletzung der Schamhaftigkeit mit sechsmonatlicher Einsperrung bestraft worden war — in solchen Fällen ist das französische Strafgesetz viel strenger als das deutsche — bei seinem Vater, der Altkleriker ist, in die Lehre ging, ein vortrefflicher Arbeiter wurde, seine Militärzeit tadellos abdiene, und jetzt verheirathet und allgemein geachtet in seiner Vaterstadt lebt, wo außer dem Vater niemand jene unglückliche Episode kennt.

Der Generalrath der Seine setzte eine Untersuchungskommission nieder, welche die ganze Angelegenheit prüfen sollte. Die Prüfung ist mit der größten Sorgfalt vorgenommen worden. Alle Thatfachen, die gegen Robin und seine Verwaltung des Waisenhauses vorgebracht worden waren, wurden aufs genaueste untersucht, und das Resultat der dreimonatlichen Untersuchung liegt vor uns in Gestalt eines von Herrn Laurent-Cely, Generalrath, verfaßten 348 Quartseiten starken Berichts.

Der Bericht kommt zu folgender Konklusion:

1. Daß die Vorwürfe, welche auf der Tribüne der Kammer von dem Minister des öffentlichen Unterrichts dem

Herrn Robin, Direktor des Waisenhauses Prevost in Cempuis, gemacht wurden, fast alle falsch oder vollständig entstellt sind (sont presque tous faux ou complètement dénaturés);

2. daß die in der Verfügung des Präfecten vom 31. August 1894 für die Amtsenthebung Robin's angegebenen Gründe von der Untersuchungskommission nicht als berechtigt anerkannt worden sind;

3. daß die Schritte, welche Herr Robin gethan hat, um seinen Sohn dem Militärdienst zu entziehen, sein lebhafter und mitunter aufbrausender Charakter, die Zulassung eines Lehrers ohne vorher eingeholte genügende Information keine ausreichenden Gründe sind, um die Entlassung des Herrn Robin zu rechtfertigen.

Dies das Gutachten der Kommission. Betrachten wir dasselbe etwas näher. Die Vorwürfe, welche in Punkt 1 hinter dem „fast“ lauern, und welche sich nicht als vollständig falsch erwiesen haben, sind zumeist in Punkt 3 angegeben. Die hier aufgeführten Thatfachen haben, wie man sieht, mit der eigentlichen Anklage gar nichts zu thun und sind durchaus unerheblich. Daß Robin Leuten, die ihn auspionirten, heftige Antworten ertheilte, ist sehr natürlich und gereicht ihm nicht zur Unehre. Daß er in einem Fall bei der Wahl eines Lehrers sich allzu sehr auf die Empfehlung eines Freundes verließ, erklärt sich aus seiner Gutwüthigkeit und ist sicher nicht hoch anzurechnen. Und was endlich die versuchte Befreiung eines Sohnes vom Militärdienst angeht, so ist zu bedenken, daß Robin das stehende Heer und den Militarismus als einen Fluch der Völker betrachtet und, gleich den meisten gebildeten Eltern, es lieber gesehen hätte, wenn sein Sohn nicht hätte dienen müssen. Er ist aber keiner ungesetzlichen Handlung schuldig gewesen, und — der Sohn hat auch gedient, so daß diese Anklage sich in nichts auflöst.

Nicht in Punkt 3 erwähnt ist, daß — was der Bericht noch weiter erwähnt — von den untersuchenden Beamten die Räume des Waisenhauses (Schul- und Wohnzimmer) nicht immer so reinlich befunden worden seien, als man es wohl wünschen könnte. Hiergegen wurde geltend gemacht, daß das ganze Erziehungssystem von Cempuis — die Anstalt trägt nach dem Stifter Prevost offiziell dessen Namen — ein sehr freies ist, daß den Kindern möglichst wenig Zwang auferlegt wird, weil die Erziehung und Ausbildung von innen heraus bewerkstelligt werden soll, — und daß an den Tagen der Untersuchung regnerisches Wetter war, und von den im Freien arbeitenden und spielenden Kindern viel Erde an den Schuhen mit in die Zimmer gebracht wurde. Jedensfalls sind das Kleinigkeiten, die gegenüber den, von der Untersuchungskommission aufs wärmste aner-

geben über der einen neuen Empfindung der Freiheit und Menschenwürde. Noch lag etwas Kindlich-Narvisch in dieser spontanen Freude, die dem Bewußtsein der glänzenden Kraftleistung entsprang und sich selbst genügte, ohne um die Verwendung des entseffelten Kraftquells zu sorgen. Die nüchternere Frage: „Was nun?“ schien sich den Gemüthern noch nicht aufgedrängt zu haben. Sie wußten und fühlten nur, daß sie ihren Willen durchgesetzt und den Abzug des Segners ertrögt hatten — sie, die bislang Verachteten, die Parias der Gesellschaft! Wie ein beseligender Hauch umfing es die Sinne des jungen, starken Simson, der zum ersten Mal die Kraft seiner Sehnen erprobt hatte.

Ein Aufstaus hemmte plötzlich den Weg der drei Freunde: vor einem Laden unter den Linden drängten sich hunderte von Menschen, während durch die erbrochene Thür große Ballen von Waaren auf die Straße gemworfen wurden. „Was geht denn da vor?“ fragte Hans Hartung jemanden aus der Menge.

„Hier wird ein Volksverräther gestraft,“ lautete die Antwort.

Hans sah nach dem Ladenschild und las zu seiner Ueberraschung den Namen „Immanuel Sedner“. Der ehrenwerte Patriot hatte, nach dem Bericht der Anstehenden, ein paar junge Künstler, die vor der Wuth der Soldaten in sein Haus geflüchtet waren, heimlich den Bajonetten der Verfolger ausgeliefert. Das beleidigte Rechtsgesühl der Menge heischte Sühne für den Schurkenstreich, und da der Schuldige selbst zeitig genug entschläpft war, so ward das Strafgericht vor der Hand an seinem Eigenthum vollzogen. Es war gleichsam ein Protest der Arbeitssienen gegen das träge Volk der Trohnen. Ganze Berge von Handschuhen, seidnen Tüchern, Parfums und sonstigen Sedentand bedeckten die Straße, und hunderte von Händen beickten sich, den eisten Krimskrams in Fetzen zu reißen.

„Nur nichts weggenommen!“ rief in strengem Tone ein hageres altes Männchen, dessen Gesicht die Entbehrung mit ihrer trauen Auweilschrift gezeichnet hatte. „Reißt alles kurz und klein, doch eure Hände laßt sauber!“

Berliner Märzfrage. (Nachdr. verb.)

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

Auch das Volk gab seine Gefangenen heraus. Bald nach Mittag bewegte sich eine Gruppe, welche die Aufmerksamkeit der Menge auf sich lenkte, von der Hofstraße her nach dem Schlosse. Neben einem martialisch dreinschauenden, ein wenig phantastisch gekleideten Herrn in mittleren Jahren schritt ein hoch ausgeschlossener Offizier einher, während zwei Männer im Bürgerrock, denen man die Theilnahme an den Ereignissen der Nacht auf den ersten Blick ansah, den beiden Voranschreitenden folgten. Es war Graf Schildburg, der von Hans Hartung, Ephraim Fisch und Herrn Kasimir nach dem Schloßplatz geleitet wurde. Der Graf hatte die Nacht und den Morgen in der „Silbernen Ente“ verbracht, und Herr Kämmler, der einen so hoch geborenen Gast selbst als Gefangenen nach Gebühr zu schätzen wußte, hatte nichts gespart, um ihm den unfreiwilligen Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Der edle Sproßling des uralten Junkergeschlechts war aufs höchste überrascht gewesen, durch die umgänglichen Sitten dieser staubgeborenen „Kanaille“, auf die er bisher in souveräner Beringschätzung herabgesehen hatte. Und diese Menschen hatten, wie man ihm sagte, die Schlacht gewonnen — sie waren Sieger geblieben in einem Kampfe mit preussischen Soldaten! Seltsam, höchst seltsam, dieses Unerhörte!

Der Graf hatte auf dem Schloßplatz noch Abtheilungen seines Regiments anzutreffen gehofft, allein das hatte, wie es hieß, das Weichbild der Stadt schon verlassen. Einen Moment dachte er daran, im Schlosse selbst einen Unterschlupf zu suchen — man konnte ihm doch sein Mißgeschick nicht als Schuld anrechnen, nachdem man selbst vor den Empörern die Waffen gestreckt hatte! Allein ein Blick auf die Volksmenge belehrte ihn eines andern. Wie led und sicher sich diese Menge durch die Räume des Schloßes bewegte — desselben Schloßes, das sonst nur den Auserwählten seines Schlages die Pforten geöffnet hatte! Nein, hier war für einen Schildburg vorderhand nichts zu holen.

Er blickte sich rathlos nach seinen Begleitern um. „Hier werde ich kaum bleiben können,“ begann er unsicher, „in meiner Uniform...“

„Es wird Ihnen nichts geschehen,“ versetzte Hans Hartung, „wir bringen Sie unbeschädigt zu Ihren Leuten.“

Der Lieutenant verneigte sich schweigend — er fühlte fast etwas wie Dankbarkeit gegenüber diesen Plebejern, die ihn eskortirten. Schweigend schritt er neben ihnen in der Richtung nach dem Brandenburger Thore weiter. Sie kamen nur langsam vorwärts in der dichtgestauten Menschenfluth, die ihnen von der Friedrichstadt her entgegenströmte. Fragende Blicke musterten auf Schritt und Tritt den Lieutenant, der mit gefenkten Augen seinen Weg verfolgte, allein ein Wort von seinen Begleitern verschleuderte jedes Mißtrauen. Was hätten sie auch von dem einzelnen bedrängten Jüngling, nachdem sie den Angriff eines Heeres siegreich bestanden!

An der Kreuzung der Friedrichstraße und der „Linden“ stießen die drei Freunde auf ein Bataillon von der Linie, das eben im Begriff stand, in der Richtung nach Charlottenburg abzugehen.

Der Anblick des bunten Hausens wirkte auf den Lieutenant wie elektrisirend. Er erklärte seinen Begleitern, sich den Zurückenden anschließen zu wollen, und empfahl sich ihnen unter frostigem Gruße. Mit raschem, elastischem Schritt, als ob er plötzlich sein geschwundenes Selbstgefühl wiedererlangt hätte, näherte er sich dem Kommandirenden des Bataillons, erstattete seinen Rapport und ward als „Verpöngter“, wie er sich nannte, unter kameradschaftlichem Händedruck willkommen geheßen.

Hans war stehen geblieben und blickte nachdenklich hinter den scheidenden Buntrocken her.

„Wie? Sind das wirklich Besiegte?“ ging es ihm durch den Sinn. „Und wenn sie am Ende nur abziehen, um mit doppelter, dreifacher Uebermacht wiederzukommen?“

Er ließ, während er mit den beiden Freunden den Rückweg antrat, sein Auge über die Menge hinschweifen, die ihn rings umwogte. Felle Freude über das Errungene verklärte alle Gesichter — Hunger und Schlaf schienen ver-

und Verschlechterung der nationalen Arbeit. Die Jahre des Militärdienstes gehen der Arbeit und der Bildung verloren: das, weit mehr als die Milliarden der Militärbudgets, ist es, was den Militarismus so verderblich für die Entwicklung der Völker macht.

In der Schweiz hat das Volk dies wohl begriffen, und die kurze Verlängerung der Dienstzeit, welche neuerdings vom Bundesrat beschlossen war, stößt allgemein auf Widerstand. Die Professoren erklären, die Studenten könnten nicht mehr genügend lernen, die Fabrikanten, die Industrie, die Kaufleute, der Handel werde leiden. Die Aufregung ist groß; die Schweiz ist jedoch leider durch die sie umgebenden Staaten gezwungen, militärisch größere Opfer zu bringen. So äußern sich die schlimmen Wirkungen des Militarismus selbst auch da, wo man sich seiner möglichst erwehrt hat.

— Dem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch den nötigen Amtsverstand — das hat sich jüngst wieder in der demokratischen Musterstadt Zürich gezeigt. Seitens der Polizei wurden dort in jüngster Zeit verschiedene „Schandthaten“, wie unser Korrespondent es nennt, verübt, welche in den weitesten Kreisen Entrüstung erregten, und zu einer Debatte im Stadtrat führten. Hierüber schreibt unser Züricher Korrespondent:

„Das Treiben der Polizei veranlaßte die sozialdemokratischen Vertreter im Großen Stadtrat, den Polizeivorstand, und das ist Herr Vogelsanger, hierüber zu interpellieren. Während hierbei unsere Genossen selbst von den giftigsten Segnern unterstützt wurden, hielt Herr Vogelsanger eine polizeiliche Verteidigungsrede für seine rohen Polizisten, deren Schandthaten er in mildem Lichte darzustellen versuchte. Ein Karikaturenzeichner könnte keine tödlicher Ironie verbildlichen, als hier die Wirklichkeit bietet. Die Debatte endete mit der Annahme des folgenden Antrages: „Der Rath nimmt Kenntnis davon, daß Ausschreitungen im Polizeikorps geahndet werden und spricht die Erwartung aus, daß Thätlichkeiten jeder Art durch geeignete Belehrung und Beaufsichtigung der Polizeimannschaft vermieden werden.“ — Es ist schade, daß die schweizerischen Genossen noch nicht das Wort „Stegmüllerei“ in ihren Vorträgen aufgenommen haben, sie hätten dafür nicht bloß in Zürich Verwendung.

Belgien.

— „Majestätsbeleidigung“ in Belgien. Aus Brüssel wird gemeldet:

Als der König am Dienstag einem Ballspiel beiwohnte, wurde er mit den Ruf „Nieder mit dem Schulgesetz“ empfangen, während andere mit dem Ruf „Es lebe der König“ antworteten. Zehn Personen wurden verhaftet. Als die Menge die Verhafteten befreien wollte, zog die Polizei blank, verwundete eine Person und nahm noch weitere Verhaftungen vor.

Von den verhafteten Personen werden zehn wegen Majestätsbeleidigung verfolgt werden. Sieben andere werden wegen Verbreitung von Aufrufen ohne Angabe des Druckers unter Anklage gestellt.

— Fernsprechnie Deutschland — Belgien. Schon seit Mitte der achtziger Jahre hat die belgische Regierung mit Deutschland über die Errichtung einer deutsch-belgischen Fernsprechnie verhandelt, ohne daß es zu einer Einigung gekommen wäre. Jetzt ist ein Resultat erzielt worden. Es sollen, wie aus Brüssel gemeldet wird, zwei Fernsprechnie erbaut werden: Aachen und Köln werden einerseits mit Brierley und Lüttich, andererseits mit Brüssel und Antwerpen verbunden. Jede Unterhaltung darf nicht drei Minuten übersteigen; der Preis wird nach Hören festgesetzt. Im Oktober dieses Jahres soll der Betrieb eröffnet werden.

Frankreich.

Manifest der französischen Arbeiterpartei. Der Nationalrat der französischen Arbeiterpartei hat zu den am 28. Juli stattfindenden Generalrats- und Bezirksratswahlen, bei denen es sich um die Erneuerung von nicht weniger als 3018 Mandaten handelt, von denen 1442 auf die Generalräte und 2476 auf die Bezirksräte entfallen, folgendes Manifest erlassen:

An die Arbeiter der zur Wahl berufenen 3000 Kantone.

Die zur Hälfte stattfindende Erneuerung der Generalräte und die fast vollständige der Bezirksräte kann Euch nicht gleichgültig finden.

Die Wahlen vom 28. Juli müssen für die Welt der Arbeit die Gelegenheit sein, zu gleicher Zeit wie ihre mit ihrer Organisation angewachsene Macht ihren beharrlichen Willen zu bekraftigen, sich selber zu retten, indem sie sich aller öffentlichen Gewalten bemächtigt, die aus einem kapitalistischen Instrument der Erhaltung und Unterdrückung, in ihren Händen zu einem Werkzeug der sozialen Umgestaltung und Befreiung geworden sind.

Im Jahre 1892 war es die Erringung der Municipalgewalt, an die Eure Partei schritt, die Arbeiterpartei. Und sie zog als Siegerin in eine Anzahl von Rathhäusern ein, die unversüßlich zu eben so vielen Wunden lokaler Reformen und Verbesserungen umgestaltet worden sind.

Im Jahre 1898 war es die Legislaturwahl, gegen die sie zum erstenmal Sturm gelaufen ist. Und das Werk der sozialistischen Minorität, die sie in die Kammer geworfen, ist allen zu sehr im Gedächtnis, als daß es nötig wäre, dasselbe vor Euren Augen zu führen.

Seuer ist es die Departementalgewalt, in die es gilt, Breche zu schlagen. Und wenn gemäß dem Beschlusse des im letzten September in Nantes abgehaltenen 12. Landeskongresses der Partei überall da der Kampf aufgenommen wird, wo es Streiter giebt, dann ist kein Zweifel, daß wir in wenigen Tagen einen Triumph mehr zu verzeichnen haben werden.

Fabrik- und Feldarbeiter! Bisher ist, sehr seltene Ausnahmen abgerechnet, die Verwaltung unseres Departements wie ein Monopol einer handvoll Reichen, großen Fabrikanten oder Großhändlern und Großgrundbesitzern, überliefert worden, die natürlich die Geschäfte ihrer Klasse besorgt haben, wenn sie nicht, wie im Departement zur Zeit des Südbahn-Skandals, auf eigene Rechnung geschwindelt haben.

Der Moment ist nun gekommen, mit diesen Verwaltern der Wenigen ein Ende zu machen und sie durch Männer zu ersetzen, die Euch angehören, für Euch, d. i. für die ungeheure Mehrheit der Nation verwalten, die zum Leben nichts als ihre Arme oder ihr Hirn hat — und davon immer minder und minder lebt.

Vergebens werden, um Euer Bestreben abzulenken oder zu entmuthigen, die Gegner des Sozialismus die Bedeutung der erwähnten Mäthe, die, da Ihr die Zahl seid, in Euren Dienst zu stellen, nur von Euch abhängt, zu leugnen oder abzuschwächen suchen.

Ihr werdet antworten, daß diesen angeblich ohnmächtigen Rathesversammlungen die Steuerverteilung, die Schulen, die Straßen, die öffentliche Unterhaltung unterliegen, daß die Präfecten unter ihrer Aufsicht stehen und daß sie mit den Delegirten der Gemeinden über die Zusammenfassung des Senats und dessen Schicksal entscheiden.

Ihr werdet ferner antworten, daß sie eben so viele Tribunen bilden, wo unter der Form von Wünschen alle Eure Forderungen angebracht werden können.

Ihr werdet endlich antworten, daß es keine Stellung giebt, aus der den Feind zu verdrängen es nicht immer von Wichtigkeit wäre, weil die Arbeit, die alles erzeugt, so lange nichts sein wird, bis sie nicht vor allem die Verwaltung, die Regierung ergriffen haben wird.

Also zu den Urnen, Kameraden! Alle entschlossen, Eure Stühle zugebrauchen und durch einen neuen

effikanten Sieg den Anbruch der sozialen Republik zu beschleunigen.

Es lebe die Arbeiterpartei!

Der Nationalrat:

Carnaud, Abgeordneter, René Chauvin, Abgeordneter, S. Dereure, Ferroul, Jules Guesde, Abgeordneter, Paul Lafargue, Prévost, Roussel, Bürgerin A. Valette, Neg. Zévaos.

England.

— Die englischen Wahlen bedeuten, wie die „Saturday Review“ ausführlich für England den großartigen Wahlsieg, den eine Partei in diesem Jahrhundert errungen hat. Im Jahre 1841, nach der ersten Reformbill, hatten die Tories eine Mehrheit von 91; im Jahre 1880 hatte Gladstone eine Mehrheit von 128 — bisher die größte Mehrheit dieses Jahrhunderts —, aber diesmal wird die Regierungsmehrheit eine noch höhere sein. Die Gladstone'sche Ziffer ist jetzt schon erreicht, und die 100 Wahlen, die noch ausstehen, werden voraussichtlich, wie die „Saturday“ hofft, die Mehrheit noch auf 150 steigern.

Jedenfalls ist die liberale Partei „zerschmettert“, und wenn sie noch darauf rechnet, daß die Sieger unter sich freiten und die unionistischen Liberalen schließlich wieder in das Lager des Liberalismus zurückkehren würden, so ist das nur ein netter Beweis für den geistigen Verfall des Liberalismus. Wenn die unionistischen Liberalen diesen Verfall nicht schon früher erkannt hätten, würden sie sich nie mit den Konservativen verbunden haben, von denen kein Prinzip, nur ein Name sie scheidet. Und jetzt, nachdem der Anfall zum Untergang geführt hat, werden sie doch nicht an einem Kadaver sich anschlüssen wollen. Die Zeit ist vorbei, wo in England zwei große kapitalistische Parteien bestanden. So lange die Arbeiter noch nicht im Stande sind, ihrerseits eine große Partei zu bilden, werden allerhand liberale, radikale und demokratische Fraktionen und Fraktionen zwischen den zwei feindlichen Interessen-Polen ein kurzlebige Dasein führen, allein es wird hierfür nur eine große kapitalistische Partei geben — gleichviel, welchen Namen sie sich beilegt.

— Zum englischen Wahlkampf. Unser Londoner Korrespondent schreibt aus London vom 22. d. M.:

„In dem Bezirk Gorton (Lancashire), wo der Arbeiterkandidat zu Gunsten Dr. Pankhurst's von der Indep. Labour Party versichert hatte und die Liberalen für Pankhurst eintraten, ist das Resultat:

C. F. Hatch (Konservativ) 5865

Dr. Pankhurst (Ind. Lab.) 4261

Konservativ Majorität: 1604

1892 ward dort der liberale Fabrikant Mather (der bekannte Achtkundenmann) mit 5255 gegen 5083 Stimmen des obigen Konservativen gewählt. Also Verlust des Kreises trotz Kompromiß.

Damit ist die letzte Hoffnung auf die Wahl eines Indep.-L.-P.-Mannes gefallen. Es steht noch aus Colne Valley in Yorkshire, wo Tom Mann Kandidat, aber die einzige Chance dort ist, daß Tom Mann's Kandidatur den bis jetzt liberal vertretenen Kreis den Konservativen ausliefert. 1892 war die Position 4987 liberal, 4281 konservativ.

Der zweite gewählte Arbeitervertreter, von dem die Blätter schreiben, ist W. H. Wilson, Middlesborough. Derselbe ist aber nicht „independent“, sondern war gemeinsam von Liberalen und Arbeitern aufgestellt worden. Fenwick (Bergarbeiter und liberal) ist mit erhöhter Majorität wiedergewählt.

Das letzte Telegramm lautet:

London, 24. Juli, 8 Uhr 55 Min. nachmittags. Bisher wurden gewählt: 883 Unionisten — Gewinn 98 Sitze, — 189 Liberale — Gewinn 18 Sitze, — 10 Barnwelliten, 59 Antiparnwelliten, 2 Kandidaten der Arbeiterpartei. Die Unionisten gewannen noch 4 Sitze in Schottland und 2 Sitze in Lancashire.

London, 24. Juli. Bei Gelegenheit der Wahlen entstand ein Krawall in Kilrush (Irland). Ein früherer Sträfling, namens Egan, behrte das Volk auf. Die Polizei ging gegen die Menge mit ihren Knäpeln vor, die Menge setzte sich mit Stöcken zur Wehre. Viele Antiparnwelliten wurden verwundet.

— Parlamentarischer Ausschuss für Arbeitslosigkeit. Joseph Chamberlain gab am letzten Sonnabend seinen Spott über den parlamentarischen Ausschuss, der im letzten Winter eingesetzt wurde, um die Ursachen der herrschenden Arbeitslosigkeit zu untersuchen: „Was hat die letzte liberale Regierung gegen die Noth, die doch gewiß ergriffen, gethan? Sie hat einen Ausschuss eingesetzt. Dieser Ausschuss hat glücklich bis vor einigen Wochen getagt. Er hat in der Kälte und in der Hitze gesessen. Er würde jetzt noch tagen, wenn das Parlament nicht aufgelöst worden wäre. Aber für die englischen Nothleidenden hat der Ausschuss nichts gethan.“

Russland.

— Petroleumring. Petersburger Blättern zufolge wird demnächst in Paris ein zwischen den amerikanischen Petroleum-Industriellen und der russischen Kerolin-Kompagnie Gebrüder Nobel vereinbarter Vertrag unterzeichnet werden, wonach der Kerolinhandel am Mittelmeere sowie in Schweden und Norwegen ausschließlich den Gebrüdern Nobel, respektive den russischen Kerolinfirmen, überlassen bleibt, während nach dem übrigen Europa Russland 85 pCt. und Amerika 65 pCt. des gesammten Bedarfs exportirt.

Die Bevölkerung bezahlt die Hälfte für diese Massenanstreitungs-Experimente des internationalen Kapitalismus.

— Verbannung nach Sibirien. In russischen Blättern wird die Nachricht verbreitet, der Justizminister beabsichtige einen Gesetzentwurf der kaiserlichen Befähigung zu unterbreiten, durch die die Verbannung nach Sibirien als Strafe für Kriminalverbrechen so gut wie abgeschafft werden soll. Sie soll als solche nur für die sog. privilegierten Klassen beibehalten werden, für die übrigen Klassen der Bevölkerung sollen an Stelle der Verbannung Strafen treten, die in physischer Beziehung schwerer sind, also Einzelhaft und Gefängnisstrafe mit Zwangsarbeit verbunden. Auch soll die Verbannung auf die nördlichsten Gebiete Sibiriens beschränkt werden. Die geplante Neuerung findet im ganzen wenig Anklang.

— Russische Judenverfolgungen. Aus sicherer Quelle erhält die „Thorner Presse“ die Mittheilung, daß die russischen Grenzbehörden angewiesen sind, allen Juden, auch den diesseits ansässigen, die nur mit Grenz-Regimenten erscheinen versehen sind, den Uebertritt über die russische Grenze nicht mehr zu gestatten. Durch diese Maßregel soll der angeblich von den begehrensten Juden in ausgedehntem Maße betriebene Schmuggel eingeschränkt werden.

Bulgarien.

Die Mörder Stambulow's von den Hochschiffen zu schütten, ist jetzt die Hauptarbeit der russischen und der bulgarischen Regierung. „Läterchen“ bedauert das „abscheuliche Verbrechen“ ebenso tief als der Koburger Prinz in Karlsbad. Und die bulgarische Polizei entwickelt eine fieberhafte Thätigkeit zur Ergreifung der Mörder — auf dem Papier. Ob sie dieselben wirklich ergriffen hat, wie telegraphirt wird, bleibt vorläufig dahingestellt. Wenn es wahr ist, dann hat sie es nur aus Versehen — oder unter eisernem Zwang der Verhältnisse gethan. Wie tief der Haß von Bulgarien gegen sie, erhebt daraus, daß er der Welt durch einen Korrespondenten des — „Kleinen Journal“ mittheilen läßt, die Justiz sei auf dem Punkt, volles Licht über die jüngsten Ereignisse in Bulgarien zu verbreiten. Hätte der Koburger gesagt, die Polizei sei bemüht, die Mörder in Sicherheit zu bringen, so wäre er der Wahrheit näher gekommen. An der Mischuld der bulgarischen Behörden, von der Polizei an bis hinauf zum Fürsten, ist nicht zu zweifeln. Und es gehört ein sehr hoher Muth — allerdings kein beneidens-

werther — dazu, wie dies das genannte Blatt versucht, die bulgarischen Behörden reinzuwaschen zu wollen.

Falls einer Meldung der „Königlichen Zeitung“ zu trauen ist, wäre die russische Regierung geneigt, dem Koburger unter der Bedingung zu verzeihen, daß er sein Söhnchen zur griechischen Kirche übertriet läßt. Nun — das wird diesen Mätherrn ebensovienig Kopfschmerzen verursachen, wie anderen deutschen Fürsten und Fürstinnen.

Ein doppeltes Interesse — durch Ursprung und Inhalt — hat nachstehender Artikel, den Stambulow unmittelbar vor seiner Ermordung für die „Swoboda“ geschrieben hat, der noch am selben Abend in diesem Blatt erschien. Der Artikel ist betitelt „Das Reich der Verräther“, und lautet:

„Als vor acht Jahren der heutige Fürst gewählt wurde, hat wohl niemand gedacht, daß einmal Zeiten kommen würden, da die Verräther, die Mörder und die Meuterer, die den Fürsten Alexander gestürzt hatten und die dann später Verschwörungen anstifteten, um auch den heutigen Fürsten zu stürzen, — daß diese Leute das einzige vertrauenswerthe Element sein würden, dem der Fürst die Verwaltung des Landes übertragen würde. Und dennoch ist das heute Thatsache. Sie beginnt mit den Ministern, hört auf mit den geringsten Beamten, — die Verwaltung ist in den Händen der Elemente, welche Rußland ihrem Vaterlande vorziehen. Während die von dem Fürsten nach Petersburg gesandte Abordnung links und rechts erzählt, daß die Bulgaren nie anders gedacht und gefühlt haben, als die Russen, und um eine Dampfverbindung zwischen Odessa und Burgas bitten, thut die Regierung ihrerseits alles, um zu zeigen, daß auch die Männer schon bereit sind, welche die russischen Gäste mit Brot und Salz empfangen werden. Die Auflösung des Stadtrathes von Burgas und die kommissarische Ernennung von Theilnehmern an dem Aufstande Rabolow's sind kein Zeichen der Zeit. Aber das nicht allein. Nach den Mittheilungen, die wir aus der Provinz erhalten, befinden sich die Verräther auf der Höhe ihres Triumphes. Sie rasen und wüthen umher und erwarten von dem Fürsten den Befehl, alle diejenigen abzuschlachten, die ihrerseits sie als Verräther verfolgt haben. Die Polizei ist vollkommen in ihren Händen; sie hört ihnen, sie ermuntert sie. Wer würde vor zwei Jahren geglaubt haben, daß die Männer, die für ihr Vaterland und den Fürsten kämpften, Anfallen auf der Straße, Bedrohungen mit Mord ausgeführt würden? Und dennoch ist das heute Thatsache geworden. Folgende Geschichte, die sich am 5. Juli in Burgas zugetragen hat, kennzeichnet am besten die heutige Verwaltung. Am 5. Juli, 10 Uhr abends, ging der Burgaser Bürger Strati Dimitrow von seinem Hause in das Cafe Europa. Unterwegs erreichte ihn der frühere Emigrant Kischelski, früherer Offizier und Theilnehmer an dem Aufstande in Burgas und später in der Bande von Rabolow. Er stürzte sich auf Strati Dimitrow mit den Worten: Du Hund hast Rabolow und seine Genossen umgebracht! Das sollst Du büßen! Ihnen werden wir jetzt Denkmäler setzen und Euch werden wir hängen. Damit packte er Strati an der Kehle, doch der stieß ihn zurück, und sein Freund Georgi Grufew nahm Kischelski fest. Als die Polizei sah, daß Kischelski Prügel bekommen würde, eilte sie herbei und befreite ihn. Strati und Georgi wurden davon gejagt, und Kischelski feierte die ganze Nacht mit den Gendarmen. Strati Dimitrow war früher Feldwebel und hatte sich als solcher bei der Vernichtung der Bande Rabolow im Dezember 1887 ausgezeichnet, wofür er von dem Fürsten Ferdinand mit dem Tapferkeitsorden belohnt worden war. Das wissen die Emigranten sehr wohl, und deswegen trachten sie unter dem Schutze der Behörden nach seinem Leben. Die Regierung ermunterte sie; die Stambulow'schina soll ja ausgerottet werden! Ja, solche Zeiten sind für die bulgarischen Bürger unter der glückbringenden Regierung der „neuen Ära“ des Fürsten gekommen, den sie gewählt und wie ihren Augapfel geschützt haben! Das ist die Belohnung für treue Dienste. Wir werden nicht erkannt sein, morgen zu hören, daß die Emigranten auf der Straße auch die Offiziere anfallen, welche die Truppen bei der Niederwerfung der Meuterer, bei der Verhaftung von Räubern und bei der Urtheilsvollstreckung kommandirt haben. Wenn es der Wunsch seiner königlichen Hoheit ist, sich mit Vaterlandsverräthern zu umgeben und Bulgaren durch solche zu regieren, so ist das seine Sache; wir denken aber, daß die Ehre Bulgariens erheischt, daß diesen Verräthern nicht gestattet werde, ihre Gegner zu morden. Wenn die Verräther sich heute an denjenigen Bulgaren rächen, die sie verfolgt haben, um das Vaterland und den Fürsten zu schützen, so werden sie sich ermuntert sehen, auch gegen den Nichtbulgaren vorzugehen, der von den heute verfolgten Bulgaren hierher geführt und geschützt worden ist. Unsere Freunde werden alle Verfolgungen zu ertragen wissen, die Schande fällt auf einen anderen. Die Verräther, die ein jeder aus diesen betrübenden Thatsachen zieht, ist, daß niemand dem Fürsten treu dienen soll.“

Kuba.

— Zum kubanischen Aufstand wird heute von der spanischen Regierung aus Madrid gemeldet: General Pachambré ist am 21. Juli mit den Abtheilungen Navarro und Aldave, bestehend aus 4000 Infanteristen, 300 Kavalleristen und 3 Kanonen, in Yagüajay angekommen. Yagüajay ist mit Lebensmitteln und Munition versehen.

Weiter wird aus Madrid gemeldet: Aus Habana wird gemeldet, der Insurgentenführer Maceo habe die Umgebungen von Yagüajay verlassen, als die Generale Pachambré und Navarro sich der Stadt näherten. Maceo hätte vorher noch versucht, Yagüajay zu stürmen, aber ohne Erfolg.

Partei-Nachrichten.

In engstem Zusammenhange mit der Zeitung unserer Partei sollen, nach den Münchner Neuesten Nachrichten, die Arbeiter-Gesang-, Arbeiter-Turn- und andere Arbeiter-Vergnügungsvereine stehen, weil in Nr. 154 des „Vorwärts“ in einer Lokalnotiz gerügt war, daß ein dem Arbeiter-Sängerbund angehörender Gesangsverein ein Fest in einem bogotödteten Wirthshaus abhalten wollte. Das Münchner Blatt bemerkt hierzu wörtlich: „Der „Vorwärts“ schreibt u. a. aus Anlaß dieses „Unterfangens“ des angeblich nur geselligen Zwecken dienenden Vereins, es erwache ihm, dem sozialdemokratischen Zentralorgan, die Pflicht, der Arbeiterschaft von einer Vorkommnisse an dem erwähnten Sommerfeste abzurathen. Damit spricht der „Vorwärts“ offen aus, daß die sozialdemokratische Parteileitung ein Recht hat, die geselligen „Arbeitervereine“, soweit sie dem betreffenden Bunde angehören, zu kontrolliren, zu mahnen und über deren Zusammenkünfte zu verfügen. Dieser unbefugbare Zusammenhang des Arbeiter-Sängerbundes mit der politischen Partei-Organisation beweist den politischen Charakter der sozialdemokratischen geselligen Vereine überhaupt und es ist überaus naiv von den leitenden „Genossen“, zu verlangen, daß man das Gegentheil annehmen solle.“

Das bayerische Blatt ist mit seiner Ansicht, der preussischen Polizei Handhaben in ihren Vorgehen gegen die Arbeiter-Vergnügungsvereine zu bieten, auf dem Holzwege. Die angeführte Notiz des „Vorwärts“ ist lediglich die Bekanntmachung einer zur Gewinnung von Veranlassungsfällen niedergeschickten Arbeiterkommission eines Berliner Vorwärts, die sich in der Bekanntmachung als solche auch ausdrücklich nennt. Der „Vorwärts“ hat mit der ganzen Angelegenheit nichts weiter zu thun, als daß er der Bekanntmachung, wie jedes anderen vernünftigen Zuschrift, Raum gab. Denn daß es nur vernünftig ist, wenn der Arbeiter aufgefordert wird, nicht Feste zu besuchen, die in Lokalen abgehalten werden, die man wohl anderen Gesellschaftsklassen, aber nicht den Arbeitern zu Versammlungen überläßt, das läßt selbst das bayerische Blatt zu, indem es das Gegentheil nicht behauptet. Da dieser Grund auch gegen jeden anderen Verein, der das

Wort „Arbeiter“ nicht in seinem Namen führt, im „Vorwärts“ zur Geltung gebracht wird, versteht es sich von selbst, daß die Schlussfolgerung des bayerischen Volkes, die aus der Veröffentlichung der erwähnten Beschlüsse im „Vorwärts“ einen „unbestreitbaren Zusammenhang“ des Arbeiter-Sängerbundes mit unserer Parteiorganisation herleitet, vollkommen verfehlt ist.

Daß übrigens unsere Parteileitung weder Zeit, Lust noch Begehr hat, sich außer um die hunderte von politischen Organisationen auch noch um die Existenz der hunderte von Arbeiter-Vergnügungsvereinen zu kümmern, die es allein in Berlin giebt, sei nur der Vollständigkeit wegen noch erwähnt.

Bessische Gemeindevahlen. Bei der Gemeinderathswahl im Dorfe Bieber bei Offenbach wurden die drei ausgeschiedenen sozialdemokratischen Gemeinderathsmitglieder Franz Höp, Peter Herzog und Peter Wilhelm einstimmig wiedergewählt. Die Zentrumspartei hatte, um sich nicht der sicheren Niederlage aussetzen, gar keinen Kandidaten aufgestellt.

Aus deutschen Gefängnissen. Daß Deutschland auch in bezug auf den Strafvollzug im Zeichen des Krebses steht, wird wieder durch eine Schilderung offenbar, die die „Oberfränkische Volkszeitung“ von der Behandlung ihres Redakteurs Stücklen im Hoser Landgerichts-Gefängnis entwirft. Als Stücklen früher dort „brummt“, hatte ihm der damalige Staatsanwalt, jetziger Ober-Landesgerichtsrath Meyerhöfer in Nürnberg, alle möglichen Erleichterungen gewährt. So erhielt er die Krankenloft, konnte sich aus eigenen Mitteln täglich einen Liter Bier kaufen und durfte gleich vom ersten Tage ab eine Stunde spazieren gehen. Außerdem durfte ihm ohne Unterschied jede Zeitung zugestellt werden. Das hat jetzt aufgehört. Bei seinem letzten Aufenthalt im Hoser Gefängnis bekam Stücklen die gewöhnliche Gefängnisloft, durfte nicht spazieren gehen und sich auch keine Zusatz-Nahrungsmittel (Bier, Butter etc.) kaufen. Früh bekam er Suppe, mittags Suppe und Fleisch nebst einem Stück saurem Brot, abends wieder ein Stück Brot. Weiter konnte er absolut nichts haben. Seine Wunde am Krankenloft wurde, weil er gesund sei, vom Staatsanwalt rundweg abgeschlossen, auch wurde ihm nicht gestattet, im freien frische Luft zu schöpfen. Stücklen weigerte sich, die Gefängnisloft zu essen, und lebte die ersten Tage von Wasser und saurem Brot. Der Landgerichts-Arzt Dr. Walthert sah schließlich, daß das doch nicht so bleiben könne, und ihm ist es zu danken, daß Stücklen früh Kaffee und abends ziemlich schmackhafte Suppe erhielt. Der ständige Aufenthalt in der kleinen dumpfen Zelle — in der es nebenbei auch an einer Menge Müusen nicht fehlt — rief bei Stücklen heftige Kopfschmerzen hervor, so daß es ihm auf ärztliche Anordnung hin endlich gestattet wurde, täglich eine Stunde spazieren zu gehen. Eine Beschwerde, die Stücklen am 7. Juli an den bayerischen Justizminister richtete, blieb erfolglos, d. h. es ist ihm vom Minister überhaupt noch keine Antwort eingetroffen. Erst als sich bei Stücklen Verdauungsstörungen einstellten, wurde ihm mittags sogenannte Fleischsuppe gewährt. Ueber die Behandlung durch das Gefängnispersonal hatte Stücklen nicht zu klagen. Schuld an der Verschlechterung der Gefängniszustände für politische Gefangene trifft also ausschließlich die höhere Bureaucratie, die die Aussicht über das Gefängnis zu führen hat.

Ein Lehrer in Selmerhausen in der Provinz Hessen-Nassau, der bisher Dirigent eines Sängerbundes war, als dessen Vorsitzender unser Parteigenosse Mantel fungirt, wurde vom Landrathamt aufgefordert, binnen acht Tagen den Dirigentenposten freiwillig niederzulegen, andernfalls er von der Regierung dazu gezwungen werden würde. Der Lehrer gehorchte. Der Sängerbund war vom Bürgermeister und vom Pastor als sozialdemokratisch denunzirt, obwohl er sich noch nie mit Politik befaßt hat. So wird von den Ordnungsbüchern selbst dafür gesorgt, daß die Arbeiter zum Klassenbewußtsein erwachen.

In Hainetalde, einem Dorfe in der sächsischen Oberlausitz, sollen nach einer Mitteilung der bürgerlichen „Zittauer Morgenzeitung“ die sozialdemokratischen Gemeinderathsmitglieder Beiträge zur Sedanfeier gezeichnet haben, als man, um der Gemeindefasse Ausgaben zu ersparen, im Gemeinderathe eine freiwillige Sammlung veranstaltete. Zunächst ist abzuwarten, ob die Nachricht richtig ist. Wenn sie wahr sein sollte, wäre der Vorfall ein neuer Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse bei der Aufstellung von Kandidaten für öffentliche Aemter nicht vorsichtig genug sein kann.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Das in Mölln in Schleswig-Holstein von der Polizei ausgesprochene Verbot der Aufführung von Max Regels Schwan „Die Tochter des Staatsanwalts“ ist durch Abweisung der gegen das Verbot erhobenen Beschwerden sowohl vom Landrath des Kreises Lanenburg wie vom Regierungspräsidenten Schleswig bestätigt worden. Letzterer entschied: Das Stück „Die Tochter des Staatsanwalts“ beabsichtigt nach seinem ganzen Inhalte die Verpötlung einer staatlichen Einrichtung, der Staatsanwaltschaft und der Polizeiorgane. Die Erlaubnis zu seiner öffentlichen Aufführung sei daher im Interesse der öffentlichen Ordnung von der Möllner Polizeibehörde mit Recht verweigert worden. — Was würde wohl Tull Eulenspiegel, dessen Gebeine in Mölln begraben liegen sollen, zu dieser Regierungsweltheit sagen, wenn er das Glück hätte, unter den Pittigen des schwarzweißen Mars in Schleswig-Holstein zu leben!

— Frau Steinbach in Hamburg hat am Donnerstag das Gefängnis verlassen, wo sie vier Wochen wegen Unterschlagung zubringen mußte. Das Urtheil war von der Strafkammer Stade gefällt worden.

— Wie das Hornberger Schieschen ging ein Prozeß, der gegen die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ angestrengt war. Redakteur Emil Kralik sollte als Verfasser des Artikels „Der Servilismus der Wiener Bevölkerung“ den verstorbenen Erzherzog Albrecht geschmäht, Dr. O. Diamond als Verfasser des Artikels „Die Herren vom Dienst“ gegen die Polizeibehörden zum Haß und zur Verachtung aufzureizen gesucht haben, und Ludwig Bretschneider sollte als verantwortlicher Redakteur bei der Aufnahme dieser sowie anderer für strafbar gehaltener Artikel, worin u. a. eine Beleidigung des Kaisers und eine Aufreizung zu Feindseligkeiten gegen die Befehlshaber erklärt wurden, sich der Vernachlässigung der nötigen Obfuge schuldig gemacht haben. Trotzdem der Staatsanwalt die Geschworenen förmlich ansieht, die verhaftete „Arbeiter-Zeitung“ in der Person des Angeklagten zu verurtheilen, thaten ihm die Geschworenen doch nicht den Gefallen. Die Hauptfänger Kralik und Diamond wurden freigesprochen, Bretschneider nur zu der geringfügigen Strafe von 14 Tagen einfachen Arrests verurtheilt. In einer Besprechung des Prozeßes theilt die „Arbeiter-Zeitung“ mit, daß ihr und ihrer Vorgängerin, der „Gleichheit“ seit den acht Jahren ihres Bestehens von insgesamt erschienenen 466 Nummern nicht weniger als 210 konfiszirt wurden. Allein im Jahre 1894 hat man von 104 Nummern 88 auf solche Weise verurtheilt.

Soziale Ueberblick.

Die in Deutschland wohnenden Schweden werden hiermit auf ein neues Gesetz aufmerksam gemacht, das am 1. Januar d. J. in ihrem Heimathlande in Kraft getreten ist. Sein wesentlicher Inhalt ist: Wenn ein Schwede oder eine unverheiratete Schwedin nach dem vollendeten einundzwanzigsten Lebensjahre oder eine Witwe nach Auflösung der Ehe zehn Jahre lang ununterbrochen ihren Wohnsitz im Auslande gehabt haben, so verlieren sie die schwedische Staatsangehörigkeit, wenn sie sich nicht die Staatsangehörigkeit durch eine vor Ablauf der genannten

Zeit bei einer schwedischen Gesandtschaft oder einem schwedischen Konsulate abgegebene schriftliche Erklärung vorbehalten haben.

Städtische Arbeitsämter, schreibt die „Schwäbische Tagwacht“, bestehen in Württemberg schon in verschiedenen Orten und in Regierungskreisen hat man sich schon längere Zeit ebenfalls eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Auf den ersten Erlaß des Ministeriums des Innern, der den Gemeinden die Errichtung von Arbeitsnachweisstellen empfiehlt, folgte in letzter Zeit ein weiterer Erlaß an die untergebenen Behörden. Das Ministerium hält auch darin die Gemeinden für die berufenste Trägerin der zu gedachten Zweck zu schaffenden Organisationen, wobei jedoch stets die lokalen Verhältnisse Rechnung zu tragen sei. Die Geschäftsführung der Arbeitsnachweisstellen soll in der Hand eines von der Gemeinde ernannten Beamten liegen, der weder den Unternehmern noch den Arbeitern angehört, dagegen soll ein aus diesen beiden Kreisen gebildetes Kollegium an der Geschäftsleitung theilhaftig werden. Nur dann würden die Bemühungen ersprießlich sein, wenn nicht schematisch Angebot und Nachfrage einander gegenüber gestellt, wenn vielmehr die Sorge darauf gerichtet wird, daß dem Arbeiter die für ihn passendste Arbeitsgelegenheit, dem Unternehmer die für ihn geeignetste Arbeitskraft auch wirklich verschafft wird. Die Vermittelung soll kostenlos oder gegen geringe Vergütung erfolgen. Eine Unterdrückung bestehender und nützlich wirkender privater Arbeitsnachweisstellen soll nicht nur nicht versucht, vielmehr soll mit ihnen engere Fühlung gesucht werden. Bereits sind auch Verhandlungen eingeleitet, die Verbindung der Arbeitsnachweise mehrerer Gemeinden unter einander auf staatliche Kosten anzubahnen. Aufgabe des Staates — und zwar auf Staatskosten — werde der Zusammenschluß der einzelnen gemeindlichen Organisationen zu einem großen Ganzen sein, zu welchem Zweck bereits Verhandlungen eingeleitet seien. Bis zum Ende des Jahres erwartet das Ministerium den Bericht über das Gelingen der geplanten Versuche. — Der „Schw. Bot.“ hat in dieser Angelegenheit noch gehört, daß, wenn die Versuche zu einem gedeihlichen Resultat führen, in Stuttgart eine große Zentralkasse auf Staatskosten errichtet wird, die dann mit anderen Hauptstädten Deutschlands — wenn die betreffenden Bundesstaaten den Schwaben nachkommen — in Verbindung treten werde.

Gegen die Forderung der Abzahlung des Lohnes am Freitag wird in der dem Kapitalismus dienbaren Presse gegenwärtig wieder der alte Einwand erhoben, die Arbeiter würden dann Sonnabends blau machen und am Sonntag ohne einen Pfennig Geld sein. Gewiß könnte das bei manchen Arbeitern der Fall sein, aber doch nur bei denen, die auch jetzt blau zu machen pflegen, wenn sie ein paar Brocken Geld in der Tasche haben, und das ist eine sehr geringe Zahl, daß es kindisch ist, davon ein Aufheben zu machen. Namentlich der sozialdemokratische Arbeiter hat eine viel zu ernste Lebensanschauung, als daß er seinen sauer verdienten Lohn leichtsinnig verpfänden möchte, ganz abgesehen davon, daß der Lohn, den der deutsche Unternehmer zahlt, in der Regel so niedrig ist, daß sich der Arbeiter ohnehin keine Extravaganzen erlauben kann. Selbst in der kapitalistischen Presse muß aber zugegeben werden, daß es für den Haushalt des Arbeiters vorthelhafter ist, wenn der Lohn früher als Sonnabends abends oder nachmittags ausgezahlt wird. Der Freitag ist ihr aus dem bereits erwähnten „Grunde“ unsympathisch. So schlägt sie denn den Sonnabend Vormittag als Zeit der Lohnauszahlungen vor. Wo der Arbeiter mittags nach Hause gehen kann, ist gegen diesen Termin nichts einzuwenden. In den Großstädten können das aber sehr viele Arbeiter nicht, weil sie weit draußen, in der entferntesten Vorstadt oder auf dem Lande wohnen. Für diese bleibt also der Freitag der günstige Tag.

Die alte Klage der Arbeiter, daß sie vom Unternehmer auf die Straße gesetzt werden, wenn sie alt geworden sind, hält die „Mogdeburger Zeitung“ durch die Thatsache für widerlegt, daß einzelne Unternehmer diesem schändlichen Bruch nicht hulldigen, sondern den Arbeitern, die das Jubiläum der 25- oder 50jährigen Thätigkeit bei ihnen feiern, sogar eine Ehrung widmen. Mit Ausnahmen wird aber keine Regel umgefloßen. Der Unternehmer beschäftigt den Arbeiter nicht um seiner schönen Augen willen, sondern weil er durch dessen Arbeit viel Geld verdienen will. Das erreicht er beim körperlich und geistig rüstigeren Arbeiter in höherem Maße als beim alten. Deshalb bevorzugt er in der Regel den jüngeren Arbeiter, während er den alten bei ersterer Gelegenheit los zu werden sucht. An dieser Erscheinung ändern die gefühlvollsten Deklamationen der bürgerlichen Presse keinen Deut.

Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung vom 14. Juni. Waldenburg i. Schl. 13 800 Einwohner. Halle a. S. 113 100. Wandsbeck 21 567. Neumünster 21 508. Paderborn 19 512. Eberfeld 169 877. Dären 23 911. Lüdenscheid 20 562. Peine 11 973. Leer 11 858. Rötten 20 094. Dessau 41 856. Reichenbach i. V. 24 104. Sonneberg i. Th. 12 071. Höchst a. M. 10 728. Speier 18 551. Würzburg 64 661. Lechhausen bei Augsburg 10 963. München 390 872.

Der zürcherische Regierungsrath Locher fordert in der Presse die Arbeiterinnen-Vereine zur Mitwirkung bei der Durchführung des Arbeiterinnen-Schutz-Gesetzes auf. Er stellt in Aussicht, daß, wenn notwendig, eine Frau zur Inspektions-thätigkeit angestellt, d. h. dem londonen Fabrikinspektor als Gehilfin beigegeben wird. — In Zürich sind dagegen werden die Arbeiterinnen-Vereine aufgelöst und ihre Mitglieder bestraft, wenn sie bei der Wahrnehmung der Interessen des arbeitenden Weibes öffentliche Angelegenheiten erörtern, wozu auch von fundigen Staatsanwälten die Besprechung über die Durchführung eines Gesetzes gerechnet werden kann.

Gewerkschaftliches.

In Halle ist durch eine dem Komitee der Maurer-Arbeitsleute vom Gewerbegericht zugegangene Mitteilung nun auch amtlich festgestellt, daß die Unternehmer, und zwar deren Vertrauensmänner, sich nicht haben bereit finden lassen, das Einigungsamt auch ihrerseits anzurufen. Der Streik der Bauarbeiter dauert demnach fort.

Die Bäcker Wilhelmshavens ersuchen um Fernhaltung des Zugangs. Die Unternehmer haben organisirten Gehilfen ohne Angabe des Grundes gekündigt und versuchen, auswärtige Arbeitskräfte zu bekommen, so daß anzunehmen ist, sie beabsichtigten einen Schlag gegen die Bäckerorganisation.

Einen aufsehend bedeutenden Erfolg haben in Hanau die Arbeiter der Nicolaischen Brauerei errungen. Die Firma bewilligte ihnen folgende Forderungen: 1. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden. 2. Die Schlafstellen in der Brauerei werden aufgehoben; dafür wird allen Arbeitern ein Wohnungszuschuß von 2 M. pro Woche gewährt. 3. Mindestlohn von 23 M., statt des bisher üblichen von 19 M. Entsprechende Aufbesserung der höheren Löhne. 4. Die Sonntagsarbeit wird auf zwei Stunden beschränkt, Ueberstunden und au jour werden besonders bezahlt. 5. Den Jahrbüchchen werden für die regelmäßigen Touren 1,25 M., für die größeren 3,50 M. vergütet. 6. Die Lohnzahlung erfolgt jeden Freitag. 7. Freies Koalitionsrecht und gute Behandlung seitens der Borgesehnen. 8. Der Hauszirkel bleibt unverändert. Zwei Forderungen, gegenseitige 14tägige Kündigung und Errichtung eines Arbeiterausschusses, wurden dagegen nicht bewilligt.

Gewonnen haben ihren Streik die Kettenschmiede der Firma Behold u. Co. in Altendorf bei Nömerstadt in Oesterreich. Alle Forderungen wurden bewilligt.

Sämmtliche Banarbeiter in Przemysl in Galizien haben die Arbeit niedergelegt, um Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnhöhung zu erreichen.

150 Uhrschalenmacher haben in Tramlingen im Berner Jura wegen Lohnherabsetzung gekündigt.

Aus Dänemark. Die Nachricht, daß die Aussperrung und der Streik der Maurer Jütlands beendet seien, wird von der „Frankfurter Zeitung“ bestätigt. Gesezt haben die Arbeiter. Die Meister ließen das Zettelsystem fallen und fordern nur noch ein Zeugniß darüber, daß die Arbeiter Mitglieder ihres Fachvereins sind, womit diese selbstverständlich einverstanden waren. Auch die Differenzen, die in Aarhus zwischen den Arbeitern und Unternehmern der Eisen- und Maschinenindustrie schwebten, sind nach der „Frankfurter Zeitung“ beigelegt. Die Unternehmer haben höhere Löhne bewilligt und die Organisation der Arbeiter anerkannt. Die deutschen Bismarckblätter, die sich seinerzeit auf die Seite der deutschen Unternehmer stellten, haben somit eine böse Niederlage erlitten.

In den Seidenfabriken in Monza in Italien haben die Arbeiter den Streik begonnen, nachdem die Verhandlungen mit den Unternehmern fruchtlos geblieben waren.

Zum Madrider Bäckerstreik wird uns geschrieben: Der Streik der im Bäckereigewerbe beschäftigten Arbeiter dauert fort, zum großen Schaden der Madrider Bürgerschaft und zur Freude der fahlen Bäckermeister, die die Gelegenheiten benutzen, um minderwertiges Brod zu hohen Preisen an den Mann zu bringen. Was für Ehrenmänner diese Herren Meister sind, erhebt aus folgendem: Sie haben wiederholt, und sogar eidlisch, behauptet, daß ihnen der Unterhalt eines jeden Arbeiters täglich 7 Reales koste, obwohl sie genau wissen, daß die Ernährung des Arbeiters ihnen täglich nur eine Ausgabe von kaum 4 Reales verursacht. Aber es ist nicht das allein: die im Bäckereigewerbe beschäftigten Arbeiter wohnen schlechter als das Vieh. Die kurze Zeit die ihnen zum Schlafen übrig bleibt, müssen sie auf Badstüben oder Brettern zubringen, denn in keiner Bäckerei giebt es ordentliche Schlafräume, und die gesundheitslichen Verhältnisse in den Badstüben sind geradezu himmelschreiend. Aus diesen und vielen anderen Gründen wünschen die Arbeiter, daß die Herren Meister die 7 Reales, die sie nach eigener Aussage für ihre (der Arbeiter) Ernährung aufwenden, ihnen in barem Gelde auszahlen; aber sie würden sich selbst mit 6 oder mit 5 Reales und einem Quantum Brod begnügen, wenn ihnen dieses durch die Behörden schriftlich garantirt würde, denn den wortbrüchigen Meistern trauen sie nicht mehr über den Weg. Wie schau die Meister sind, ist daraus ersichtlich, daß sie den während des Streiks eingestellten Hilfsarbeitern eine bedeutend bessere Behandlung zusehen lassen; sie geben ihnen außer dem ortsüblichen Tagelohn gutes Essen und viel Wein, um den Behörden Sand in die Augen zu streuen und ihnen die Ueberzeugung beizubringen, daß kein Mensch auf Erden ein herrlicheres Leben führe als ein Teigbäcker oder ein Bäckerlehrling in Madrid. Die Behörden halten natürlich fest zu den Bourgeois und räumen die vermeintlichen Streikführer systematisch aus dem Wege, indem sie sie einstecken. Nach einem durchaus ruhig verlaufenen Meeting, das im Teatro Martin stattfand, und wo mehrere Genossen die Haltung der Behörden und der bürgerlichen Presse kritisirten, wurde der Leiter der Versammlung, Genosse Abascal verhaftet. Vorher hatte die Polizei bereits die Genossen Pablo Iglesias, Simal und Cermenio, die in der Versammlung das Wort nehmen sollten, verhaftet. Die Absicht der Behörden, einen Kravall herbeizuführen und dann als „Ordnungstifter“ aufzutreten, lag klar zu Tage; aber an dem ruhigen Sinne und an der würdevollen Haltung der Arbeiter scheiterte der Kug angelegte Plan. In welcher Weise die Polizei Ordnung stiftet, zeigte sich an demselben Tage in Jamora. Dort hatten die Bäckermeister die günstige Konjunktur benutzt, um den Preis des Brodes in die Höhe zu schrauben. Die Bürgerschaft wollte sich diese Preiserei nicht gefallen lassen und durchzog nach spanischer Sitte lärmend die Straßen. Nun trat die Polizei in Aktion und feuerte, um den Lärmmachern Furcht einzujagen, in die Luft; aber in so merkwürdiger Weise, daß ein auf der Straße wandernder Sattler tödlich getroffen wurde. Die erbitterte Menge eröffnete jetzt ihrerseits einen Steinhaapel gegen die Polizisten und verwundete einen Soldaten. 34 Frauen, die den Aufruhr angezettelt haben sollen, wurden von einer Kompanie Infanterie ins Gefängnis geführt. So wurde die Sache erledigt, zur höchsten Zufriedenheit der Bäcker, die nun ruhig weiter spekuliren können.

Gerichts-Beitrag.

Ein Bauer im Café Bauer. Ein nächtlicher Ansturm im Café Bauer beschäftigte gestern das Gericht zum zweiten Male. Der Gutsinspektor Hahn befand sich im Januar d. J. in Berlin, wo er angeht, um den Professor Bergmann wegen eines Fußleidens zu rathe zu ziehen. In später Nachtstunden besuchte er noch das Café Bauer. Es wurde dem Geschäftsleiter mitgeteilt, daß die Gäste an einigen Tischen sich in antisemitischen Rundgebetungen ergingen und daß auch Hahn „Juden raus!“ gerufen habe. Der Geschäftsleiter forderte darauf Hahn auf, das Lokal zu verlassen. Dieser folgte auch, kehrte aber bald zurück mit dem Bemerkten, daß er seinen Stock vergessen habe. Da der ihm entgegenretende Geschäftsführer entdeckte, daß Hahn seinen Stock in einem Knopfloch seines Rockes unter dem Mantel hängen hatte, und da er befürchtete, daß es zu Ausschreitungen kommen würde, wenn dem Ausgewiesenen wieder der Zutritt gestattet würde, beauftragte er den Stellner Drummüller, den Hahn hinauszuweisen. Dieser kam dem Auftrage in der Weise nach, daß er Hahn von hinten um den Oberkörper packte, ihn etwas emporhob und ihn auf den Korridor hinaustrug, wo er ihn sanft hinsetzte. Als der Stellner sich dann wieder zum Gehen wandte, verfehlte Hahn ihm mit seinem Stock einen wuchtigen Hieb über den Kopf, sodas der Betroffene infolge der Verletzung 14 Tage arbeitsunfähig war. Das Schöffengericht hatte den der schweren Körperverletzung angeklagten Hahn unter Jubilationsmildernden Umständen zu 60 M. Geldstrafe verurtheilt. In der gestrigen ernten Verhandlung vor der 6. Berufungs-Strafkammer des Landgerichts I. behauptete der Angeklagte, daß er das Opfer einer Personenverwechslung geworden sei. Nicht von seinem, sondern von einem Rentische seien jenen jüdischen Bemerkungen gefallen. Die ungerechte Hinanweisung habe ihn erbittern müssen, seine Gerechtigkeit sei aber aufs höchste geschien, als er, wie er wehrlos vom Stellner Drummüller hinaufgetragen worden war, von allen Seiten Hiebe und Schläge erhalten habe. Da habe er dann schließlich mit dem Stock um sich geschlagen. Der Vertheidiger plaidirte für Freisprechung, indem er ausführte, daß der Angeklagte sich im Zustande der Nothwehr befinden habe. Der Gerichtshof trat dieser Ansicht nicht bei, sondern verwarf die Berufung.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Münster (Westf.), 24. Juli. (W. Z. V.) Die Stadtverordneten-Versammlung lehnte mit 16 gegen 8 Stimmen den Antrag des westfälischen Bauernvereins ab, demzufolge ein Standbild des Freiherren v. Schorlemer-Mitt auf dem hiesigen Domplatze auf Kosten des Vereins aufgestellt finden sollte.

Wien, 24. Juli. (W. Z. V.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Przemysl: Hier haben 4000 Arbeiter, Müller, Steinmetz- und Malergehilfen, Bau- und Straßenarbeiter die Arbeit niedergelegt. Militärpatrouillen halten die Ordnung aufrecht.

Parteigenossen! Arbeiter!

Im November d. J. finden im 2., 5., 7., 11., 13., 15., 17., 24., 27., 30., 33., 35., 39. und 42. Kommunal-Wahlbezirk III. Abtheilung die Ergänzungswahlen für die Stadtverordneten-Versammlung statt. Wahlberechtigt ist nach § 5 der Städte-Ordnung jeder in die Wählerlisten eingetragene selbständige Einwohner, der Preusse und 24 Jahre alt ist, seit einem Jahr in Berlin wohnt und seit einem Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen hat, sowie mindestens zur zweiten Steuerstufe (600—900 Mark Einkommen) eingeschätzt ist.

Selbständig ist jeder, der einen eigenen Hausstand hat, sofern ihm nicht das Verfügungsrecht über sein Vermögen oder dessen Verwaltung durch richterliches Erkenntnis entzogen ist. Einen eigenen Hausstand besitzt derjenige, dem die Verfügung über einen Wohnraum zusteht, also jeder Miether, Altermiether, Chambregarnmiether. Als nicht selbständig wird hingegen der erachtet, der lediglich in Schlafstellen wohnt und eine Verfügung über einen bestimmten Wohnraum am Tage nicht hat. Eingetragen ist auch der selbständig, der mit anderen zusammen eine Etage, möbliert oder unmöbliert, gemiethet hat.

Die Listen der stimmungsfähigen Bürger liegt bis zum 30. Juli d. J. täglich, also auch Sonntags, von 9—3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2. Et., zu jedermanns Einsicht aus.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der Listen können nur während dieser Zeit schriftlich beim Magistrat erhoben werden. Ueber die Berechtigung der gegen die Richtigkeit der Listen erhobenen Einsprüche entscheidet die Stadtverordneten-Versammlung.

Zu einem für die Sozialdemokratie erfolgreichen Ausfall des bevorstehenden Kommunal-Wahlkampfes ist es notwendig, daß jeder stimmungsberechtigte Parteigenosse und Arbeiter sich durch Einschreibe in die Listen vergewissert, daß er sein Wahlrecht ausüben kann. Wir mahnen daher dringend zur genauesten Kontrolle der Wählerlisten, und richten diese Aufforderung besonders auch an diejenigen Wähler, welche wegen nicht vollbezahlter Kur- und Verpflegungskosten in städtischen Krankenhäusern nicht in die Wählerliste aufgenommen bzw. aus derselben gestrichen sind.

Der Magistrat betrachtet nämlich die Ausnahme und Behandlung in städtischen Krankenhäusern auch dann als eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln, wenn die dadurch entstandenen Kosten durch Ratenzahlungen abgetragen wird.

Die Stadtverordneten-Versammlung dagegen hat wiederholt beschlossen, daß Krankenhausschulden, welche durch Ratenzahlungen getilgt werden, nicht zum Verlust des Wahlrechts führen, und den Magistrat aufgefordert, demgemäß zu verfahren.

Da der Magistrat trotzdem an seiner Auffassung festhält, so fordern wir in der Gewissheit, daß die Stadtverordneten-Versammlung die Eintragung in die Wählerlisten beschließen wird, diejenigen Wähler, denen aus oben bezeichneter Veranlassung das Wahlrecht entzogen wird, hiermit auf, beim Magistrat schriftlich Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerliste zu erheben. Wir bitten noch, daß auch die Gewährung des Armenrechts zur Führung von Prozessen keine als Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln ist.

Parteigenossen! Zur Vorbereitung der im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen muß zunächst die Kontrollirung der Wählerlisten organisiert werden.

Die zur Wahl berechneten Kommunal-Wahlbezirke bestehen aus folgenden Stadtbezirken:
Zum zweiten Kommunal-Wahlbezirk gehören die Stadtbezirke 6—10, der 144. Stadtbezirk und die Häuser Kleine Kurstr. 9, Niederwallstr. 24 und 25 sowie Spittelmarkt 14 und 14a.

Zum fünften Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 21—26, Stadtbezirk 30 mit Ausschluß der Häuser: Königgräberstr. 121, Charlottenstr. 11—12, Junkerstraße 1, Lindenstr. 99, Marzgrafenstr. 10—16 und 85—94. Vom Stadtbezirk 22 die Häuser Wilhelmstr. 42a und Zimmerstr. 1.

Zum 7. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 31 bis 39 mit Ausschluß des Hauses Linstr. 46. Vom Stadtbezirk 45: Die Häuser Frobensstr. 1—11 und 41, An der Apostelkirche 1, Kurfürstenstr. 29—46 und 139—150. Vom Stadtbezirk 46 Löhnowstr. 93.

Zum 11. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 63 bis 67 und 74 bis 78 mit Ausschluß der Häuser Belle-Alliancestr. 90, Sneylenaustr. 1.

Zum 13. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 88—94 mit Ausschluß der Häuser Reichenbergerstr. 173, Leutnerstraße 1, Stallstr. 89 und 46 und Wienerstr. 69. Vom Stadtbezirk 87 Admiralstr. 36—40a, Strykerstr. 25, Kottbuserstraße 7 und 8.

Zum 15. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 82—85 mit Ausnahme der Häuser Adalbertstr. 85 und Naunynstraße 59. Vom Stadtbezirk 81 Elisabeth-Platz 86. Vom Stadtbezirk 86 Oranienstr. 24—26 und 180—183; sowie vom Stadtbezirk 95 Monteveststr. 42 und Oranienstr. 1.

Zum 17. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 114—117 und 123—124, mit Ausschluß der Häuser Brandenburgerstr. 17 und 64, Wassertorstr. 25a, Pringensstr. 91, Ritterstr. 19a—29 und 96—105.

Zum 24. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 168—173, mit Ausschluß der Häuser Breslauerstraße 17, Fruchtstr. 9 u. 10 und 80—82, Koppenstr. 6—7 u. 87, Schleischer Bahnhofs Empfangsgebäude und Bahnanlagen bis zur Warschauerstraße, Maderdorferstr. 44—51, sowie Koppenstr. 40.

Zum 27. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 152—156 und 159 mit Ausschluß der Häuser Gr. Frankfurterstr. 48 u. 91, Marzgrafenstr. 80, Große Frankfurterstr. 92—102a u. 126, Koppenstr. 41, Pallasstr. 88—89, Straßburgerstr. 9 u. 35, Gr. Frankfurterstr. 89—47, Weber-

straße 64, Gr. Frankfurterstr. 12, Koppenstr. 42—43, Pallasstr. 88. Vom Stadtbezirk 146: Gr. Frankfurterstr. 69, Schillingstr. 20. Vom Stadtbezirk 151: Krautstr. 1a—2 und 54a—55a. Vom Stadtbezirk 162: Andreadstr. 41—44 u. 47, Blumenstr. 34a—41 u. 49—51. Krautstr. 59—54.

Zum 30. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 202—209 mit Ausschluß der Häuser Prenzlauerstr. 80, Mühlstr. 1—9, Kochstr. 1—6 und 15—19; Straße längs der Stadtbahn nördliche Seite; westlich von der Kochstraße inkl. Eckhaus dieser und der Kochstraße hinter den Häusern der Mühlstraße; Neue Schönhauserstr. 1 und 1a; Weinmeisterstr. 1a—8. Vom Stadtbezirk 210 die Häuser Gipsstraße 18, Rosenhallerstr. 25. Vom Stadtbezirk 213 das Haus Vintenzstr. 202.

Zum 33. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 226, 227, 255, 256, 268 und 269 mit Ausschluß der Häuser Hebbellinerstr. 58—62, Gartenstr. 26—35 und 145—165, Invalidenstr. 23 und 129—132, Gessnerstr. 27—30. Vom Stadtbezirk 221 die Häuser Angermünderstr. 1, Christinenstr. 1, Voßringstr. 23—27. Vom Stadtbezirk 225 Chorinerstr. 4—6 und 78—86, Schönhauserstr. 9. Vom Stadtbezirk 257 Ackerstr. 27—28 u. 143, Invalidenstr. 148 und 163, Bergstraße 31, Pappelplatz. Vom Stadtbezirk 267 Bergstraße 62.

Zum 35. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 229—236 mit Ausschluß der Häuser Kastanien-Allee 36 und 70, Schwedterstr. 29, Bernauerstr. 26, Rheinsbergerstr. 79.

Zum 39. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 216, 217, 279—283 und 285 mit Ausschluß der Häuser Auguststr. 1—2 und 89—98, Invalidenstr. 80—83. Vom Stadtbezirk 211 Artilleriestr. 13—16 und 89—93, Biegelstraße 14—21. Vom Stadtbezirk 215 Artilleriestr. 4a—4c, 21 und 31—31a, Auguststr. 4, Oranienburgerstr. 85—89 und 64—69. Vom Stadtbezirk 286 Alt-Moabit 129 und Weststr. 21.

Zum 42. Kommunal-Wahlbezirk: Die Stadtbezirke 276—278, 319—326, mit Ausschluß der Häuser Pantstr. 7 und 47. Vom Stadtbezirk 313 Schulstr. 61—86.

Auf an's Werk! Die Listen liegen bis zum 30. d. M. täglich von 9 bis 3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, 2. Et., zu jedermanns Einsicht aus.

Für diejenigen Wähler, welche nicht in der Lage sind, die Wählerlisten selbst einzusehen, sind die nachstehend aufgeführten Parteigenossen bereit, dies zu thun:

Für den 2. Kommunal-Wahlbezirk: Sommer, Grünstr. 21; Pinte, Jüdenstr. 59; Stodassich, Holzgartenstraße 5; Gärtner, Rollenstr. 12.

Für den 5. Kommunal-Wahlbezirk: Schulz, Prinz Albrechtstr. 9a; Schuhmacher, Kochstr. 6; Hertel, Besselstraße 14; Gaseloff, Friedrichstr. 234; Sah, Marzgrafenstraße 102; Neumann, Marzgrafenstr. 23; Jubeil, Lindenstraße 106; Müller, Wilhelmstr. 16; Pohl, Junkerstr. 12.

Für den 7. Kommunal-Wahlbezirk: Werner, Schlowstraße 59; Faber, Löhnowstr. 4; Wehrendt, Blumenhallerstraße 5.

Für den 11. Kommunal-Wahlbezirk: Raumann, Wäckerstr. 42; Müller, Gräferstr. 31; Schöndheim, Gräferstraße 8; Löwendorf, Friesenstr. 4; Reichert, Willibald-Alexisstr. 22; Grube, Mariendorferstr. 5; Rihing, Belle-Alliancestr. 74.

Für den 13. Kommunal-Wahlbezirk: Köppen, Reichenbergerstraße 118; Schayer, Reichenbergerstraße 54; Helgentreff, Reichenbergerstr. 21; Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a.

Für den 15. Kommunal-Wahlbezirk: Streit, Naunynstr. 86; Th. Meyner, Naunynstr. 67, II; Henke, Naunynstr. 26.

Für den 17. Kommunal-Wahlbezirk: Lindemann, Moritzstr. 9; Wolsdorf, Wasserthorstr. 20; Börner, Ritterstr. 15.

Für den 24. Kommunal-Wahlbezirk: Dzwars, Langestr. 65; Albert Böhl, Maderdorferstr. 8.

Für den 27. Kommunal-Wahlbezirk: W. Rod, Friedrichsbergerstr. 11; J. Bach, Straußbergerstr. 84.

Für den 30. Kommunal-Wahlbezirk: Wernau, Rosenhallerstr. 57; Wabmann, Vintenzstr. 29.

Für den 33. Kommunal-Wahlbezirk: Oberschmidt, Weinbergweg 11d; Bichel, Ackerstr. 145; Thomas, Gartenstraße 152; Mars, Kastanien-Allee 93/96.

Für den 35. Kommunal-Wahlbezirk: Pichte, Schwedterstr. 83; Galbert, Firschenbergerstr. 5; Raabe, Ruppinerstr. 42; Scheyer, Brunnenstr. 44; Rosenhallerstr. 6.

Für den 42. Kommunal-Wahlbezirk: Tauschel, Grenzstr. 4; Kerber, Kochstr. 80; Haverland, Wollmannstraße 87; Wolfram, Pringens-Allee 21; Gasmann, Grünhallerstr. 67; Stolzenburg, Wiesenstr. 14; Böjler, Badstr. 42/43; Soben, Buttmannstr. 2.

Lokales.

Mit dem Kirchenbau haben unsere Frommen es immer sehr eilig, wendet sich das Volk von der alten Litanei in immer größerer Masse ab, so ist das für die Gottesgeligen nur der Ansporn, mit neuen Bruchbauten den unbegreiflichen Geist des Unglaubens zu bannen. Bei der einfachsten Kneipe entscheidet die Bedürfnisfrage, bei ragenden Kirchen spielt der leise Wunsch irgend einer maßgebenden Person oft die Hauptrolle; nach einigen Monaten kehrt so ein Haus fertig und fertig dem Oester gilt auch von dem Kirchenbau das Wort von dem Versuch mit unzulänglichen Mitteln; die Baugelder werden knapp, dann geht der Allgäubertheil herum, die notwendige Folge ist aber zunächst die, daß beim Bau „gepart“ wird. Zuerst kommen die Löhne der Arbeiter daran, dann aber wird auch beim Material das Sparsystem in Anwendung gebracht. Nach den uns gewordenen Mittheilungen wird auch der Einfluß der Mattheaskirche sich auf diese Ursache zurückführen lassen. Zur Anbringung des Kreuzes und des Wappentiers an dieser Kirche wurde ein ca. 17 Meter hohes Gerüst an dem Thurm befestigt. Die Verankerung wurde „gepart“ und um die Kosten noch mehr zu reduzieren, wurde das Gerüst nicht auf dem Baugerüst der Firma aufgestellt, welche die Maurerarbeiten ausführte, wo es festen Halt gefunden hätte, sondern es wurde zwischen Meter oberhalb desselben, fast ohne jeden Stützpunkt, angebracht. Dadurch war es möglich, daß der Wind so viel Unheil anrichten konnte. Die „Mattheische Volkszeitung“ berichtet in ihrer neuesten Nummer freudbestrebend, daß in kurzer Zeit schon wieder eine neue Kirche, diesmal in dem sozialdemokratisch total durchfeuchten Rixdorf, gebaut werden soll. Wir wollen hoffen, daß hier Vorkehrungen getroffen werden, wodurch Unfälle wie bei der Mattheaskirche, wo zufällig keine Menschen ernstlich zu Schaden gekommen sind, vermieden bleiben.

Wie wir nachträglich erfahren, ist am Mittwoch Morgen schon wieder an dem Gerüste der Mattheaskirche gearbeitet

worden. Ist denn die polizeiliche Untersuchung des Vorfalls schon abgeschlossen?

Ueber die Arbeitszeit der Berliner Arbeiter finden wir in den Jahresberichten der preussischen Regierungs- und Gewerbeämter für 1894 die folgenden Angaben:

Nach den im Herbst 1894 angestellten Ermittlungen wurden in den 4392 Fabriken des Reichsbezirks 94 681 erwachsene Arbeiter beschäftigt, das sind 1829 Arbeiter weniger als im Vorjahre.

Von ihnen hatten 0,4 pCt. eine Arbeitszeit von 7 Stunden, 0,05 pCt. eine solche von 7 1/2, 1,3 pCt. von 8, 3,1 pCt. von 8 1/2, 12,9 pCt. von 9, 19,8 pCt. von 9 1/2, 54,5 pCt. von 10, 3,9 pCt. von 10 1/2, 2,8 pCt. von 11, 0,2 pCt. von 11 1/2, 0,7 pCt. von 12 und 0,4 pCt. von über 12 Stunden. Die längsten Arbeitszeiten kommen in der Textil-, in der Nahrungs- und Genussmittel- (Fabrikation feiner Fleischwaren) und in der Bekleidungsindustrie vor.

Regelmäßige Sonntagsarbeit ist außer in Fabriken, deren Betrieb eine Unterbrechung angeblich nicht gestattet, nach den Berichten in folgendem Umfang vorgekommen: Von den 129 141 erwachsenen Arbeitern (mit 34 210 weiblichen) arbeiteten mit Ausnahme derer, die mit den im § 105 c der Gewerbe-Ordnung aufgeführten auch nach dem Inkrafttreten der Bestimmungen über die Sonntagsruhe in Industrie und Handwerk ohne weiteres gestatteten Arbeiten beschäftigt waren, des Sonntags mehr oder weniger regelmäßig 1793 Arbeiter in 113 Fabrikanlagen, d. h. in 2,6 pCt. der Fabriken 1,4 pCt. der Arbeiter. In die Zahl der auch Sonntags beschäftigten Arbeiter sind indes die Arbeiter nicht mit eingerechnet, die an Sonntagen in den Bade-Anstalten, Wasserwerken, Elektrizitätswerken und Beleuchtungsanlagen, Zentralheizungen und Pumpstationen beschäftigt waren.

Nachtarbeit kam, wie die Gewerbe-Inspektoren melden, mit Ausnahme der vorstehend aufgeführten Anlagen, nur ausnahmsweise vor. An ihr waren etwa 95 Anlagen theilhaft, die zusammen etwa 1278 Arbeiter oder ungefähr 1,3 pCt. der erwachsenen männlichen Arbeiter in der Reichsstadt beschäftigten.

Aus diesen Angaben ist die Statistik über die tägliche Arbeitszeit ganz besonders beachtenswerth. Sie zeigt, daß die Berliner Arbeiterschaft vom achtstündigen Arbeitstag, von einer ertäglichen Ausnutzung, der Geistes- und Körperkräfte noch außerordentlich weit entfernt ist. Nur ein ganz geringer Bruchtheil der Berliner Arbeiter ist acht Stunden lang und weniger den Tag über im Dienste des Kapitals beschäftigt, 98,25 pCt. arbeiten länger als 8 Stunden, 95,15 pCt. länger als 8 1/2 und 82,25 pCt. länger als 9 Stunden. Mögen diese Zahlen der Berliner Arbeiterschaft eine Mahnung sein zum Ausbau von Organisationen, die den Ausbeutungsgelüsten des Kapitals mit Kraft entgegenzutreten im Stande sind.

Die Betriebsergebnisse derjenigen Krankenkassen in Berlin, welche der gesetzlichen Versicherungspflicht genügen, haben auch in dem abgelaufenen Geschäftsjahre die Schwankungen in der Arbeitslosigkeit deutlich in der Zahl der in den einzelnen Monaten versicherten Arbeiter erkennen lassen. Diese Schwankungen betragen im Durchschnitt allerdings nur 3/5 pCt. bei der Gesamtzahl aller Versicherten, doch stellen sich die Unterschiede bei einzelnen Berufsgruppen erheblich höher, so bei den Barbieren bis auf 10 pCt., die in den Sommermonaten gegen die jährliche Durchschnittsziffer weniger beschäftigt wurden. Bei den 165 Klassen (61 Ortsklassen, 25 Betriebs- (Fabrik-) Klassen und 18 Innungsklassen und der Gemeinde-Krankenkasse) waren im Durchschnitt monatlich 341 000 Personen (248 000 männliche und 93 000 weibliche) versichert. Zu den Betriebsklassen ist eine neue, zu den Innungs-Krankenkassen sind deren 20 hinzugezogen. Bemerkenswerth ist eine Abweichung, die sich in der Zahl der Krankheitsfälle und der Ertrankungsfälle bei den Arbeiterinnen der Betriebs- (Fabrik-) Klassen gegenüber den bei allen anderen Klassen versicherten Arbeiterinnen ergibt. Während in den letzteren Klassen die Zahl der Ertrankungsfälle und der Krankheitsfälle der Arbeiterinnen diejenigen der Arbeiter um 10 bis 15 pCt. übersteigt, zeigt sich bei den Betriebsklassen das umgekehrte Verhältnis, was vielfach daraus erklärt wird, daß die Inanspruchnahme der Klassen bei eintretendem Arbeitsmangel eine größere sei, als bei reichlicher Arbeitslosigkeit; die Betriebsklassen aber sind weniger als andere Klassen der Möglichkeit ausgesetzt, entkräftete und arbeitslose Arbeiterinnen unterstützen zu müssen. Die gesammte Jahreserinnung der Klassen betrug 9 843 000 M., die Ausgabe 9 453 000 M. Passiven wiesen nur wenige Klassen auf und nur bei zweien überstiegen die Schulden das Klassenvermögen, nämlich bei der (inzwischen aufgelösten) Innungskasse der Steinseher, um 19 252 M. und der Dachdecker um 16 M. Trotz dieser schlechten Wirtschaft gründen die Junksrüder Klott darauf los in neuen Innungsklassen!

Bei der städtischen Sparkasse wurden in der Zeit vom 1. April 1894 bis 31. März 1895 526 295 Einzahlungen im Betrage von 87 965 894 Mark und 341 972 Rückzahlungen im Betrage von 80 766 170 Mark gemacht. Auf Beträge von 1 bis 21 Mark kamen nur 178 960 Einzahlungen mit 2 083 100 Mark. Der „Reh“ von 35 882 294 Mark wurde von solchen Leuten eingezahlt, die Beträge von mehr als 21 Mark auf einmal zurücklegen können. Leider hat sich die Verwaltung immer noch nicht entschließen können, in ihren Berichten anzugeben, wie viele (oder wenige) der Beträge unter 21 Mark sich nur auf 10, 5, 3 oder 1 Mark belaufen, damit endlich einmal konstatirt werden könnte, daß der „keine Mann“ auf der städtischen Sparkasse nur eine sehr seltene Erscheinung ist. Es liegt sich sehr hübsch, daß das Guthaben der Sparkassen-Interessenten nunmehr auf rund 162 842 000 M. gestiegen ist, und daß auf jedes der in den Händen der Interessenten befindlichen 509 782 Bücher „im Durchschnitt“ 319,69 Mark kommen; aber für den „Wohlfund“ des Gros der Berliner Bevölkerung beweist das leider gar nichts.

Etwas von der städtischen Gasanstalt. In welcher Weise die Revier-Inspektion Nr. 7 der städtischen Gasanstalt den Intentionen ihrer vorgesetzten Behörde entspricht, wie sie bestrebt ist, den Konsumenten eines geringeren Gasquantums auf die Weise zu helfen, davon legt nachfolgende Schilderung eines unserer Leser bededtes Zeugnis ab. Mit dem 1. Juli, so wird uns hierzu geschrieben, übernahm ich ein Geschäft in der Katerstraße. Da dasselbe Gas-einrichtung hatte und ich auch Gas zu brennen beabsichtigte, so begab ich mich Ende der vorletzten Woche des Juni nach dem Bureau der Revier-Inspektion Nr. 7 der städtischen Gasanstalt in der Sellenstraße, um die Hinterlegung der Kaution u. z. zu regeln. Der dortige Inspektor wollte jedoch von meiner Bitte, das verbrauchte Gas monatlich zu bezahlen und eine dementsprechende Kaution zu hinterlegen, nichts wissen; er bestand vielmehr auf der Bezahlung am Schlusse eines jeden Quartals. Die Kaution, die dadurch auf das dreifache stieg, wurde von ihm auf — 140 M. festgesetzt. Mein Schreck war kein geringer. Das Geschäftseinkommen hatte meinen ganzen Baarbestand aufgezehrt, zum Betrieb des Geschäftes war so gut wie nichts vorhanden; und nun sollte ich noch 140 Mark flüssig machen, wo ich mir auf ca. 30 Mark gerechnet hatte. Das könnte ich unmöglich hinterlegen, gab ich dem Inspektor zu bedenken. Doch mit der gleichmüthigsten Miene von der Welt meinte er: Na, dann wäre es gut, aber dem Sinne nach, dann könne er mir nicht helfen. Trotz der ablehnenden Haltung des

Inspektor wollte ich aber noch einen Besuch machen. Ich begab mich einige Tage später nochmals zum Bureau, traf den Inspektor jedoch nicht an. Sein Stellvertreter meinte, sie hätten schon über meinen Fall gesprochen; er würde mir rathen, nochmals mit dem Inspektor zu sprechen, vielleicht würde er die Quartalsbezahlung mit einer Kautionsstellung von 100 Mark zulassen. Aber auch das war mir noch zu viel, auch diese Summe konnte ich nicht aufbringen. Da ich nun von anderen Gasconsumenten das in dem genannten Bureau geübte geringe Entgeltentommen und die gleichgiltige Art der Behandlung hervorheben hörte und mir außerdem gerathen wurde, behufs Erreichung meines ganz berechtigten Wunsches den bisher von mir ausgefallenen bittenden Ton in den fordernden umzuwandeln, begab ich mich am 5. d. M. in Begleitung eines Jungen zum dritten Male nach der Revier-Inspektion. Auch diesmal war der Herr Inspektor nicht anwesend. Sein Stellvertreter aber eröffnete uns auf unsere nochmalige Forderung um Reduktion der Kautionssumme, daß diese für mich auf 60 M. festgesetzt sei. Erst 140, dann 100, nun 60 M. — das ließ sich schon eher hören; man merkte doch, daß die Herren mit sich handeln ließen! Auf unsere erstaunte Frage, wie diese Reduktion denn so mit einem Male gekommen wäre und die früheren Forderungen mit dem jetzigen Beschluß in Einklang zu bringen seien, erwiderte uns der Stellvertreter, daß der Beschluß „Anfang der Woche rausgekommen sei“, und die Quittungen jetzt auch nur über diesen Betrag lauteten. Wir empfahlen uns nun nicht ohne eine Beschwerde über diese eigenartige Handhabung der Kautionsstellung an die zuständige vorgesetzte Behörde in sichere Aussicht gestellt zu haben. Anderen Tages aber hinterlegte ich die verlangten 60 M. Bei dieser Gelegenheit glaubte der stellvertretende Beamte mich dann auf das zwecklose einer Beschwerdeführung hinweisen zu müssen; sie — die Beschwerden, können ja doch alle wieder dorthin (nach dem Bureau); er stellte mir für die Zukunft Ermäßigung bezw. gänzliche Rückgabe der Kautions in Aussicht etc. Ob er zu dieser vorfichtigen Einlenkung Anlaß gehabt hat, möge der Leser aus den folgenden Paragraphen 10 und 11 der jedem Konsumenten eingehändigten „Bedingungen“ der städt. Gasanstalt erkennen, die also lauten:

(§ 10.) „Am Schlusse eines jeden Quartals, oder sofern mit dem Gasabnehmer eine andere Frist verabredet ist, nach Ablauf dieser Frist, wird von den Beamten der Anstalt der Gasmesserstand aufgenommen. . .“

(§ 11.) „Auf Grund des aufgenommenen Gasmesserstandes wird demnachst der Gasverbrauch seit der letzten Zahlung ermittelt und darüber dem Gasabnehmer die Rechnung zugestellt. . . Die Direktion ist auch berechtigt, die Zahlung pränumerando durch Bestellung einer dem Gasverbrauch entsprechenden Kautions zu verlangen.“

Mit diesen klaren Vorschriften vergleiche man das Vorgehen der Revier-Inspektion Nr. 7. Um die monatliche Aufnahme, Rechnungs-Ausstellung etc. zu vermeiden, werden an die mit nur wenigen Minderheiten begünstigten Gasconsumenten so unerhörte Forderungen gestellt. Wir erwarten, daß die städtische Gasanstalt der Durchführung ihrer Vorschriften auch bei der genannten Inspektion etwas mehr Nachdruck zuwenden.

Die Eltern schulpflichtiger Kinder haben sich zur Aufnahme ihrer Kinder in die hiesigen Gemeindeschulen am 1. Oktober d. J. bis spätestens den 1. September mit den Inspektoren der Kinder bei der Schulkommission ihres Wohnbezirks zur Einschulung ihrer Kinder zu melden. Sollten Kinder bereits anderweitig zur Schule angemeldet sein oder einen den Schulunterricht ersetzenden Privatunterricht erhalten, so ist dies schriftlich oder mündlich anzugeben und der Aufnahmeheschein oder die den Privatunterricht nachweisenden Schriftstücke bei der Schulkommission einzureichen. Die Schulkommissionen sind berechtigt, auch die Beibringung der Geburtsurkunde der Kinder zu verlangen. Im Falle der Bedürftigkeit können Formulare zur kostengünstigen Erlangung der Geburtsurkunde für die in Berlin geborenen Kinder von den Bezirksvorstehern in Empfang genommen werden. Diejenigen Eltern, die zum 1. Oktober d. J. verziehen und denen ihre neu zu beziehende Wohnung bereits bekannt ist, werden wohl daran thun, wenn sie die Anmeldungen ihrer Kinder bei der Schulkommission bewirken, in deren Bezirk ihre neue Wohnung liegt. In Berlin beginnt die Schulpflicht der Kinder mit dem vollendeten sechsten Lebensjahre.

In der Irrenanstalt zu Dalldorf war der Bestand am 30. Juni er. 1190 Personen, in Privatankalten auf Kosten der Stadtgemeinde 473 Personen und in Privatpflege 173 Personen, zusammen 1836 Personen. In der Irrenanstalt selbst befanden sich zu derselben Zeit 228, in Privatpflege 57 Personen, zusammen 285 Personen. In der Irrenanstalt Herzberge zu Pichtenberg war der Bestand am 30. Juni 1895: 1073 Personen, in Familienpflege auf Kosten der Stadtgemeinde 133 Personen und in Privatankalten 232 Personen, zusammen 1438 Personen. In der Anstalt für Epileptische in Bübbergarten befanden sich am 30. Juni 666 Personen und in der Abtheilung für Kinder 84 Personen, zusammen 750 Personen. Die Stadtgemeinde hatte also am 1. d. M. 4279 solcher Kranken zu erhalten und zu pflegen.

Das Passage-Panoptikum birgt seit Dienstag eine neue, in ethnologischer Beziehung hochinteressante Truppe. Den Bemühungen des Direktors Neumann ist es gelungen, in Tunis eine Gesellschaft Einheimischer zu einer Reise nach Europa zu bewegen, um hier von den Sitten ihrer Heimath ein anschauliches Bild zu geben. Wir sehen zu Beginn der Vorstellung das Innere einer Schule, in der ein junger Mann mit intelligenten Zügen einer lernenden Kinderknecht Unterricht erteilt. Wenn, was aufsehend der Fall, daß gestern angeführte Unterrichtsprogramm in den Schulen des wohlverwundten Tunis möglich ist, so müssen unsere Zedlitz und die anderen heimischen Nachbarn in den tunesischen Zuständen ihr Ideal vermissen. Sehr viel Religion, reichlich Prügel und ein primitiver Schreibrunterricht, das ist ungefähr der Lehrplan in der tunesischen Musterschule des Panoptikums. Allerdings kann man den orientalischen Religionsübungen insoweit nicht jeden Nutzen absprechen, als sie zugleich mit Turnübungen verbunden sind; die vielen Verbeugungen und Streckungen, welche dem Lehrer getreulich nachgeahmt werden müssen, bilden unzweifelhaft eine den Körper stählende Anstrengung.

Das zweite Bild der tunesischen Truppe stellt einen Sagar vor. Nachdem maurische Gaukler zum Amüsement der Jugend ihr Wesen getrieben, betreten würdige Männer den Raum. Im Hintergrunde hoch eine Reihe verummelter Gestalten; halb-nackend sitzt in Gemeinschaft mit einer älteren Frau ein kranker Negernabe auf der Bank. An dem Heilsche, das sich zwischen dem Führer der Truppe und einigen unternehmenden Jünglingen entwickelt, werden wir gewahrt, daß Sklavenhandel getrieben wird, nicht in der überlätzten europäischen Form, sondern in echt orientalischer Ursprünglichkeit. Während die Regentmutter ob der gewaltsamen Trennung von ihrem Sohn sich in Schmerzen windet, nehmen die zum Verkauf stehenden Abarberinnen ihr Schicksal mehr von der leichten Seite. Sie entschleiern sich und streifen das Obergewand ab; wir sehen sie vor dem Käufer, der sie gelassen mit prüfendem Blick mustert, die mannigfachen Künste, u. a. den auch hier schon mehrfach gesehenen Wauztanz vorführen. Den Schluß der Vorstellung bilden die selbstsam grauenhaftesten Uebungen der Dervische und Schlangenschwinder. Die Leute führen die unheimlichsten Künste auf; sie lassen sich von giftigen Vipern umzingeln, bohren sich Kupferstangen von etwa 20 cm Länge durch die Nase in den Kopf, und zerbeißen in unheimlich wilder Ergraste Glas mit den Zähnen, ohne daß man auch nur eine Spur von einer Verwundung bemerkt. Die sonderbaren Schwärmer sollen ihre Unheimlichkeiten nicht materialistisch um des schändlichen Mannes willen, sondern idealistisch in religiöser Besinnung verrichten; sie werden in ihrer Heimath als Heilige verehrt. Nachdem der von einer lauten,

aber einformigen Musik begleitete Trudel immer wilder geworden, schließt ein unter lebhaften Gestikulationen verrichtetes Gebet die Vorstellung, deren Besuch auf jeden Fall lohnend genannt werden muß.

Wenn man Hilfe verlangt! Am Dienstag Nachmittag um 5 Uhr sah ein Arbeiter, der die Grünstraße passirte, ein etwa 12-jähriges Mädchen auf dem glatten Asphaltplaster niederfallen. Das Kind schrie furchtbar vor Schmerzen; wie sich bald herausstellte, hatte es den linken Arm gebrochen. Von den vielen Personen, die sich um die Verunglückte ansammelten, hatte zwar manche Worte des Bedauerns zu vergeben, doch fand sich niemand, der Hand aus Hülfe legte hätte, und so blieb dem unglücklichen Kind nichts übrig, als sich allein des armen Wesens anzunehmen. Schnell entschlossen ging er mit dem Mädchen an die Thüre des nächsten Arztes, leider war der Herr nicht zu Hause. Der Arbeiter schleppte das Kind weiter, bis er an die Wohnung eines anderen Arztes kam; bei diesem, der dazu noch den Titel Sanitätsrath führte, klopfte er wiederum an. Das Dienstmädchen öffnete; der Herr Doktor war auch zu Hause, hatte aber Besuch, man hörte die Plauderstimmen zweier Herren und einer Dame. Nach der ersten Meldung verließ eine Weile, das Dienstmädchen, das offenbar mit dem sich unter furchtbaren Schmerzen windenden Kinde Mitleid hatte, klopfte zum zweiten Male. Der Herr Sanitätsrath kam heraus; eine brennende Zigarre in der Hand, entließ er freundlich seinen Besuch und hörte den kurzen Bericht des Arbeiters über das Unglück an, von dem das Kind betroffen worden. „Sind Sie verwandt mit dem Mädchen?“ fragte der Arzt. Der Arbeiter erklärte, daß ihn nur das Mitleid bewegen hätte, sich des ihm fremden Kindes anzunehmen. Darauf forschte der Arzt das Mädchen nach seinen Verhältnissen aus; als es berichtete, daß ihr Vater ein Arbeiter sei, der in der Prinzessinnenstraße wohne, suchte der Sanitätsrath mit den Nachbarn und rief dem Samariter, sich mit dem immer furchtbarer unter den Schmerzen leidenden Kinde nach der Unfallstation zu wenden; auf dem Spittelmarkt sei eine Anschlagssäule und darauf siehe die Adresse der nächsten Station verzeichnet. Er selber könne in dem Falle nichts machen. Die Bitten des Arbeiters, sich doch des unglücklichen Wesens anzunehmen, halfen nichts; er mußte mit dem nunmehr infolge des starken Blutverlustes ganz erschöpften Mädchen wieder gehen. Zum Glück begegnete den beiden auf der Straße ein Briefträger, der dem Arbeiter den Rath gab, sich an das Hospital der Grauen Schwestern in der Niederwallstraße zu wenden. Hier wurde der Verunglückten denn endlich bereitwillig Hilfe gewährt. Es war auch die höchste Zeit; wie eine der Schwestern später sagte, hätte vielleicht der Arm dem Kinde abgenommen werden müssen, wenn es noch länger ohne Hilfe geblieben wäre.

Nahrungsmittelkontrolle in Berlin. Im Monat Juni wurden in Berlin 370 Proben von Nahrungsmitteln amtlich untersucht, wovon 47 zu Beanstandungen führten. Von den 50 Butterproben erwiesen sich 2 als reine Margarine; von 15 Schmalzproben war 1 reichlich mit Talg versetzt; von 20 Chokoladenproben enthielten 4, kämlich als rein bezeichnet, reichlich Mehl. Unter 10 Scheibenapfelproben waren 2 fast zinkhaltig; davon war eine, als echte italienische Scheibenäpfel bezeichnet, stärker zinkhaltig, als im allgemeinen amerikanischen Scheibenäpfel gefunden werden. Von 20 Weinproben wurden 7 beanstandet, 6 davon ungarische Schweine, die erheblich künstlich gezüchtet, gewässert und gespritzt und dabei als Medizinal-Ungarwein in den Verkehr gebracht waren.

Ein Geniestreich ist wieder mal von der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft zu verzeichnen. Sie hat ihre den Pferdeverkehr vom Norden nach der Charlottenstraße vermittelnde Holzbrücke auf der Westseite mit einem zwei Meter hohen Zaun vorgestern umgeben lassen, um die Ansammlung von Menschen zu verhindern, damit aber gleichzeitig sanktioniert, daß das Passiren der Brücke trotz der vorhandenen vier rothen Warntafeln nicht geradezu verboten ist. Denn was hätte sonst der Zaun für einen Zweck? Nach dem berühmten Muster vom Stehen und Nichtliegenlassen sagt sie: „Gehen kannst Du über die Brücke, aber wenn Du dabei überfahren wirst — wir werfen unsere Hände in Aufschuld! Das heißt, vertheil uns recht — von uns gibt es keine Pfenning Entschädigung!“ Nun, der Zivilrichter dürfte im gegebenen Falle vielleicht doch etwas anders denken. Hier liegt ein öffentliches Verkehrsinteresse vor, das die Pferdebahn-Gesellschaft nicht willkürlich durch ein Verbot aus der Welt schaffen kann. Sie scheint dies zur Hälfte auch schon eingesehen zu haben, da die Wachposten, welche bis noch vor kurzem jeden am Betreten der Brücke hinderten, seit einigen Wochen zurückgezogen sind. Empfehlen möchten wir aber doch schon jetzt, frühzeitig Vorkehrungen zu treffen, daß nicht zur Abendzeit oder im Winter bei Glätte hier Unglücksfälle zur Tagesordnung werden. Dem Arbeiter sind seine gesunden Knochen lieber als eine Lappalie von Entschädigung.

Der Gerichtschreiber Herr Dr. Wein, hieselbst, Königsgraben 48, erklärt in einer an uns gerichteten Zuschrift, daß sein Name zu Fälschungen von Aktenstücken mißbraucht worden sei. Es ist noch erinnerlich, so schreibt Herr Dr. Wein, daß der Angeklagte Thomas in einer gegen ihn schwobenden Betrugsache zu seiner Entlastung der hiesigen O. Strafkammer ein Aktenstück des Dr. Bischoff und ein solches von Dr. Wein vorlegte. Letzterer erklärte das angeblich von ihm herrührende Aktenstück mit aller Entschiedenheit sofort als eine dreiste Fälschung. Nun hat sich diese Angabe auch voll bestätigt.

Die gerichtlichen Schritte gegen den Fälscher sowohl als auch gegen den Anstifter Thomas sind sofort eingeleitet.

Der Typhus ist, einer Lokalcorrespondenz zufolge, beim ersten Bataillon des Kaiser-Garde-Grenadier-Regiments in der Kaserne an der Blücherstraße ausgebrochen, in der das Regiment wohnt. Nach sechs tägiger Krankheit ist am Sonnabend der Grenadier Blankenburg von der ersten Kompanie gestorben und am Montag Nachmittag 4 Uhr aus dem Garnison-Kirchhofe in der Hasenheide beerdigt worden. Die Kompanie, die dem Sorge folgte, war ziemlich schwach, da sie außer fünf Typhuskranken noch zahlreiche Revierkranke haben soll. Auch bei den anderen Kompanien sind mehrere Leute an Typhus erkrankt; diese befinden sich im Garnison-Lazareth in Tempelhof. Zu den Typhuserkrankungen wird weiter berichtet: An akuten Darmleiden erkrankten bisher im ganzen 22 Mann, davon 17 von der ersten, 3 von der dritten und 2 von der vierten Kompanie, und der Unteroffizier Meyer von der ersten Kompanie. Bei 6 Mann entwickelte sich die Krankheit zu ausgeprochenem Typhus; gestorben ist 1 Mann der Grenadier Blankenburg, die Nachricht, daß ein zweiter Fall tödlich geriet habe, bestätigt sich nicht. Die fünf noch lebenden Typhuskranken werden in der Isolierbaracke des Tempelhofer Garnisonlazareths, die auf dem östlichen Theile des Lazarethgeländes liegt, behandelt. Sie befinden sich hier in der zweiten Abtheilung für innere Krankheiten, der Stabsarzt Dr. Kimmmer vom ersten Eisenbahn-Regiment vorsteht. Man hofft, alle fünf am Leben erhalten zu können. Es sind die Grenadiere Alshewsky, Hannemann und Warmuth von der ersten, Grünmann von der dritten und Habich von der vierten Kompanie. Auch beim Unteroffizier Meyer scheint die Krankheit Typhus werden zu wollen. In der Isolierbaracke befindet sich außer den fünf Genannten noch ein Typhuskranker, der Bataillons-Schneidemeister Sergeant von der Seite von Garde-Pionier-Bataillon, bei diesem Truppentheile ist der Krankheitsfall ganz vereinzelt geblieben. Worauf die Erkrankungen beim Kaiser-Regiment zurückzuführen sind, sieht mit Bestimmtheit noch nicht fest, man nimmt an, daß sie dem Genuß ungesunden Wassers bei einer Uebung außerhalb Berlins oder in der Kaserne herrühren. Es sind in dieser Richtung sofort alle Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Da in den letzten Tagen

neue Erkrankungen nicht eingetreten sind, so glaubt man, ein weiteres Umsichgreifen nicht mehr zu befürchten zu müssen.

Der Militarismus mauert sich ein. Der große Uebungsplatz vor der Kaserne des 2. Garderegiments in der Karstraße, der seit Bestehen mit einem weitausgehenden Eisengitter umrahmt war, ist seit nicht allzu langer Zeit in seinem ganzen Umfange, von der Schumannstraße durch die Albrecht- und die Karstraße entlang, mit einer übermannshohen, dicken Mauer umgeben worden. Der packende Anblick der Drill- und sonstigen Uebungen ist seitdem nur noch den Benutzern der oberen Etagen der Albrechtstraße durch Oerengläser möglich. — Demnachst soll auch das ganze enorm umfangreiche Terrain des Pionier-Uebungsplatzes an der Tempelhofer Chauffee, an der verlängerten Fiedlinstraße, an der Hasenheide und längs der Tempelhofer Grenze mit hohen Mauern eingeschlossen werden. — Wenn auch nicht die Mauern, so sind doch die Gräben, weshalb hier Mauern aufgeführt werden, durchsichtig.

Der Berliner Wanderredner Dr. Roberty ist in Dresden von der dortigen Kriminalpolizei festgenommen worden, weil derselbe als ein „Afrika-Schwinder“ entlarvt worden ist. Wir erfahren über die neueste Spezialität auf dem Gebiete des geistigen Hochstaplerthums folgende interessante Details:

Der Wanderredner Dr. (H) Roberty alias Dr. Stella ist identisch mit dem Handlungsgehilfen Steller von hier, der Ende der 80er Jahre die Provinzen, namentlich aber das Königreich Sachsen bereiste, um öffentliche Vorträge über seine „afrikanischen Erlebnisse“ zu halten. In schwingenden Worten referirte er von der Tropensonne gebräunte Mann vor feinstem Publikum über Sitten, Gebräuche, kolonialindustrielle und kommerzielle Verhältnisse des Kamerunlandes, ferner über Klima und Religion, sowie über die deutschen Interessen daselbst und über die bestandenen Abenteuer und seine Rückreise auf dem Dingo. Alles nach eigenen Anschauungen und erläutert durch Spezialarten, sowie durch Vorführung lebender Thiere und Vorzeigung von Waffen, Geräthschaften, Musikinstrumenten und Produkten Kameruns. Stella, der erklärte, daß er mit den Herren Dr. Brehm, Dr. Gollub und Dr. Schwarz gereist, ließ sich zuweilen von besseren Vereinen gegen hohen Honorar engagiren und verdiente viel Geld, bis ihn in Frankenberg i. S. das Geschick entlarvt zu werden erzielte. Einer der Afrikareisenden, mit welchen Dr. Stella in den Gebilden Afrika's Abenteuer bestanden haben wollte, wohnte zufällig dem Vortrag des Hochstaplers bei und erklärte nun, daß der Herr Vortragende einer der geriebensten Schwinder, die je in Deutschland geblieben, sei und daß die Vorträge, die er gehalten, wörtlich dem Schwarz'schen Reiseverfasser über Kamerun entnommen waren. Die Thiere hat Dr. Stella aus Menagerien zusammengelaufen und den Vorkortitel sich selbst beigelegt. Da der Schwinder weiteste Kreise empfindlich geschädigt, so wurde die Sache der Polizei übergeben und S. aus Sachsen ausgewiesen. Daß Land der „heilen Sachsen“ muß aber hier den Pseudo-Afrika-reisenden ein verlockendes Eldorado gewesen sein; er kehrte, nachdem über seine Entlarvung Gras gewachsen, jetzt nach Dresden zurück, wo er unter dem Namen Dr. Roberty seine Erlebnisse über die Schutztruppe zum besten gab. Darauf wurde Dr. Roberty festgenommen; er sieht seiner Bestrafung wegen vollendeten und verjuchten Betruges entgegen.

Ueber die Gefahren, welchen sie mit knapper Noth beim Bahnübergang in Dalldorf entgangen wären, brachten uns vor kurzem einige Leser unseres Blattes eine Schilderung, die wir mit dem gleichzeitigen Ersuchen an die Eisenbahndirektion veröffentlichten, sich über den schier unglücklich klingenden Fall zu äußern.

Dies geschieht nunmehr in folgender Berichtigung, die uns von der königlichen Eisenbahn-Direktion Steilin zugeht:

Der Uebergang am nördlichen Ende des Haltepunktes Dalldorf (Nordbahn) wird sonntäglich von zahlreichen Krenfjern und sonstigen Privat-Fuhrwerken zwischen Berlin und Weidmannslust etc. benutzt. Der Bedienung der daselbst befindlichen Wegebegrenze wird deshalb ganz besondere Aufmerksamkeit seitens der dazu berufenen Bediensteten gewidmet. Die Anführungen, daß a) der vorbesagte Ueberweg am 30. Juni d. J. beim Passiren von Krenfjern etc. nicht rechtzeitig geschlossen worden sei, b) daß dem betreffenden Eisenbahnpersonal der Gang der Sonderzüge am 30. Juni nicht bekannt gewesen sein soll, sind unrichtig. Zu a). Der fragliche Wegeübergang ist während des ganzen Tages rechtzeitig geschlossen worden. Das Schließen war aber zu dem um 9^{1/2} Uhr abends von Weidmannslust kommenden Zuge nur unter erschwerten Umständen möglich, weil 20 bis 30 Krenfjere dicht hinter einander den Ueberweg passiren wollten, nachdem der Zug von der Vorstation bereits abgefahren war. Wegen der kurzen Fahrzeit von kaum 4 Minuten von Weidmannslust bis Dalldorf konnte nur ein Theil der Fuhrwerke den Ueberweg passiren und mußten die nachstehenden Wagen, da alle Warnungen unbeachtet geblieben sind, gewaltsam durch einen Hilfsbeamten zurückgehalten werden, um das Schließen des Ueberweges zu ermöglichen. Bei dem gewaltsamen Einschreiten wurde diesem Hilfsbeamten nicht allein Widerstand geleistet, sondern derselbe sogar bedroht und beleidigt. Zu b). Die Abfassung der Sonderzüge am 30. v. M. war dem betreffenden Personal genau bekannt und zwar auf Grund des auch auf den Haltepunkten ausliegenden Fahrplanbuchs. Ob an anderen Stellen am 30. v. M. die Züge nicht geschlossene Ueberwege durchfahren haben, kann wegen der ungenauen Angaben des Artikels nicht festgestellt werden; wir müssen jedoch auch diese Behauptung so lange als unrichtig bezeichnen, bis bestimmte Angaben uns in die Lage setzen, Erhebungen anstellen zu können.

So die Eisenbahndirektion.

Der Legationssekretär Wesenberg, von dessen Selbstmordverfuch wir gestern Mittheilung gemacht haben, ist am Mittwoch im Krankenhaus gestorben.

Ein Ehedrama. Als am Dienstag Vormittag eine Bewohnerin des Hauses Wollankstr. 24 sich nach dem Boden hinaufbegab, um Wasche zu trocknen, vernahm sie ein leises Stöhnen und Jammern in dem Trockenboden. Als die Frau daselbst eintrat, sah sie, wie eine weibliche Gestalt sich durch die Bodenluke hindurchwängte und wie sich die Unglückliche aus der beträchtlichen Höhe auf den Hof hinabstürzte. Die vor Schreck Erstarrete eilte nun so schnell sie konnte Hilfe suchend die Treppe hinunter nach dem Hofe und hier erblickte sie ihre Nachbarin, eine Frau Porlinsky, welche durch den Sturz gräßliche Verletzungen erlitten und bald darauf gestorben war. Die Selbstmörderin ist die Frau eines Malers und scheint mit dem Ehemann ziemlich schlecht gelebt zu haben. Es wird erzählt, daß der Maler in trunkenem Zustande seine Frau mißhandelt haben soll und daß auch gestern wieder ein derartiger ehelicher Zwist stattgefunden. Die P. hat sich, um nicht geschlagen zu werden, nach dem Trockenboden geflüchtet und sich dort versteckt. Als sie die Thüre gehen hörte, glaubte sie, daß es ihr Mann sei, der sie verfolgte. Die Unglückliche ist dann, einem plötzlichen Impulse nachgebend, zur Dachluke geeilt und hat sich den Tod gegeben.

Durch Sturz aus dem Fenster tödtete sich am Dienstag die 80-jährige Dachbedeckfrau Ernestine Pollich aus der Soldinerstraße Nr. 57. Die Frau sprang Vormittag gegen 10 Uhr vom Treppenkurs des 5. Stockes aus durch das Fenster auf den Hof hinab und blieb mit zertrümmertem Schädel liegen. Der Tod trat fast augenblicklich ein. Schlechte Vermögenslage und unglückliche Familienverhältnisse sollen die Frau in den Tod getrieben haben.

Ein Deserteur ist am Dienstag von hier seinem Truppentheile wieder zugeführt worden, nachdem man ihn am Montag abgefängt hatte. Es handelt sich um den Grenadier Menzel von der 7. Kompanie des 2. Brandenburgischen Grenadier-Regiments Nr. 12. Menzel hatte sich am Sonntag, den 14. d. M., ohne

Erlaubnis von seinem Truppenteil entfernt und seitdem in Berlin aufgehalten. Dienstag brachte ihn ein Unteroffizier und ein Gefreiter seines Regiments nach Frankfurt a. D. zurück.

Ein Handwerksbursche als Lebensretter. Am Montag Nachmittag gegen 2 Uhr sprang vom Lustgarten ein junges Mädchen von der Eisernen Brücke in den Spreekanal hinab, um sich das Leben zu nehmen. Gleich hinter ihr her sprang ein Mann ins Wasser, dem es gelang, die Lebensmüde mit eigener Lebensgefahr so lange über Wasser zu halten, bis drei Schiffer, die am Kupfergraben ankerten, beide in ihren Kabinen aufnahmen konnten. Die Gerettete, die 17jährige Tochter Martha eines Kassenbeamten G. aus dem Zentrum der Stadt, wurde von einem herbeigerufenen Arzte ins Leben zurückgebracht und ihren Eltern zugeführt. Ihr Retter ist ein 30jähriger Schlosser Max Stöbe, der sich in der Herberge zur Heimath in der Auguststraße aufhält. Das Mädchen war ins Wasser gegangen, weil es fürchtete, wegen Fortsetzung eines von den Eltern verbotenen Liebesverhältnisses bestraft zu werden.

Polizeibericht. Am 22. d. M. nachmittags fiel ein Kutscher bei der Ausfahrt von einem Grundstücke in der Triststraße durch die Erschütterung seines Wagens vor die Räder desselben und wurde durch Ueberfahren so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. — Am 23. d. M. vormittags sprang eine Frau aus dem 5. Stock ihrer in der Soldinerstraße belegenen Wohnung auf den Hof hinaus und blieb auf der Stelle todt liegen. — Ebenfalls vormittags stürzte sich in der Bülowstraße ein Kanjlist, aller Wahrscheinlichkeit nach in einem Anfälle von Geistesirre, aus dem Fenster seiner Wohnung auf die Straße hinaus, nachdem er sich mit einem Messer mehrere Stiche in den Hals beigebracht hatte. Im Fallen blieb er am Vorgartengitter des Hauses hängen und erlitt dadurch außer einem Bruch des linken Unterschenkels und einigen äußeren Verletzungen anscheinend auch schwere innere Verletzungen. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht. — Nachmittags sprang ein zehnjähriger Knabe aus dem vierten Stocke eines Hauses in der Voppsstraße, wahrscheinlich aus Furcht vor Strafe, auf den Hof hinab und verletzte sich so schwer, daß er bald darauf starb. — Am Södliger Ufer wurde die Leiche eines Mannes angeschwemmt. — In der Bellealliancestraße wurde ein siebenjähriger Knabe durch den Hund eines Kohlenhändlers so unglücklich umgestoßen, daß er mit dem Kopfe auf die Granitbahn fiel und eine klaffende Wunde davontrug. — Im Laufe des Tages fanden sieben unbedeutende Feuer statt. Bei einem derselben, das auf einem Grundstück in der Mariannenstraße durch die Unvorsichtigkeit eines mit dem Abziehen von Spiritus beschäftigten Schankwirths entstand, wurde dieser an den Beinen und Händen durch Brandwunden verletzt.

Witterungsübersicht vom 24. Juli 1895.

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm., Windrichtung, Windstärke (Stala 1-12), Wetter, Temperatur nach Celsius. Rows include Ewinemünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Saparanda, Petersburg, Cort, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Donnerstag, 25. Juli 1895.

Ein wenig kühleres, ziemlich trübes Wetter mit Regen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

Ein sozialdemokratischer Spuk. Während sich gewöhnlich in der Zeit der sauren Gurke die Seeschlange durch die Blätter der Tagespresse wälzt, wird die Welt in diesem Jahre von einem Spuk unterhalten, der seit Monaten das Dertchen Hüllerleben bei Neuhardenstedten heimlich und dort bereits Anlaß zu gerichtlichen Maßnahmen gegeben hat. Der dortige Weisliche hat fünf der Ortswohner verklagt, weil sie ihn in einen gewissen ursächlichen Zusammenhang mit dem Spuk gebracht haben sollen, der im Orte, ganz wie vor einigen Jahren in Neßau, mit Steinen wirft und anderen Unlust anrichtet. Bei der gerichtlichen Verhandlung vor dem Schöffengericht, die am 10. dieses Monats stattfand, war ein großer Zeugenapparat aufgestellt worden; die Verhandlung dehnte sich bis zum späten Abend aus und eine umfangreiche Beweisaufnahme fand statt; die Sache gelangte aber gleichwohl zu keinem Abschluß, vielmehr wurde auf Antrag der Sachwalter und des Klägers eine große Anzahl weiterer Zeugen und die Abhaltung einer Gerichtsverhandlung an Ort und Stelle beschlossen. Den Behörden hat die Spukgeschichte schon viele Anruhe bereitet; viele Anzeigen und Beschwerden liefen ein, allein der Spuk selbst konnte nicht vertrieben werden, auch nicht, als die Ortsbehörde eine Wohnung von 30 M. für die Ermittelung des Steinwerfers aussetzte. Eine zeitlang nach dem Aufgebote der Wohnung hatte der Spuk Ruhe gehalten, dann soll aber, gerade um die Zeit der Gerichtsverhandlung, das geheimnißvolle Steinwerfen ärger geworden sein, als je zuvor. Während also die Angelegenheit noch der gerichtlichen Erledigung harret, veröffentlicht der bekannte russische Staatsrath Alexander Alkafow, der durch seine Mittheilungen über angebliche mystische Erscheinungen im menschlichen Seelenleben bekannt geworden ist, zu dieser Angelegenheit in dem Juli-Heft seiner „Bisnischen Studien“

einen Brief, der ihm bereits vor dem am 10. Juli abgehaltenen Termin von einer hervorragenden Ortsperson aus Hüllerleben zugegangen war. Herr Alkafow scheint den Inhalt zwar nicht für zutreffend zu halten, sondern meint nur, der Brief beweise, daß das geheimnißvolle Steinwerfen sogar politische Leidenschaften anzufachen geeignet sei. In dem betreffenden, etwas langatmigen Briefe heißt es: „An sich ist das Vorkommniß durchaus nicht mysteriös, sondern scheint nur für den Fernstehenden so. Es darf als ein öffentliches Geheimniß in der Gemeinde bezeichnet werden, wer die eigentlichen Thäter des Unfalls sind. Das ganze ist nach seinen eigentlichen Urhebern und Motiven nur als ein echt sozialistischer Schurken- und Lügenstreich anzusehen mit ganz bestimmten Zielen, wie auch die bereits seit mehr als zwei Monaten schwebende gerichtliche Untersuchung darthun wird. Daß in die Sache auch viele Personen verwickelt sind, die nicht zum sozialistischen Programm sich bekennen, im Gegentheil, demselben durchaus feindlich gegenüberstehen, widerspricht dieser Auffassung nicht, — haben wir doch auch im letzten Reichstage die für Deutschlands Volk tief beschämende Thatfache erleben müssen, daß bei Verathung der Umsturzvorlage der Regierung die staatsverhaltenden Ordnungsparteien fast alle Arbeit für die Sozialdemokraten gethan haben, um diese Umsturzvorlage zu Fall zu bringen, so daß den Sozialdemokraten selbst nur wenig oder nichts zu thun übrig blieb. — Weiter wird dann mitgetheilt, daß nur die Furcht vor den Folgen die Leute abhalte, die Wahrheit zu sagen. Schon vor zwei Jahren sei ähnlicher grober Unfug im Orte sechs Monate lang verübt worden, dessen Thäter nicht mit Sicherheit zu ermitteln waren. Wie der damalige Unfug auf ganz bestimmte Personen (man beachte den Widerspruch in zwei dicht auf einander folgenden Sätzen!) zurückzuführen war, so ist es auch bei der Steinwerferei der Fall. — Im öffentlichen Interesse — so schließt der Brief — um den sozialistischen Umsturzbestrebungen gegen die Grundlagen der bestehenden Rechtsordnung nicht noch mehr Vorschub zu leisten, erscheint es mir geboten, daß die Sache als das, was sie in der That ist, offen gekennzeichnet und ihr das Gewand des Geheimnißvollen entzogen wird. — Damit schließt der als A. K. bezeichnete Briefschreiber. — Die Sozialdemokratie hat es sich stets gefallen lassen müssen, als das rothe Gespenst bezeichnet zu werden; aber für spukhafte Steinwerfereien verantwortlich gemacht zu werden, das ist denn doch eine Zumuthung an das rothe Gespenst, die selbst in den Hundstagen nicht volle Erklärung findet. Viel sicherer scheint uns die Annahme, daß die unglückselige Umsturzvorlage, die viele für endgiltig abgethan halten, in dem Kopfe des biederen Ordnungsmannes A. K. in Hüllerleben weiter spukt und dort vielleicht noch großes Unheil anrichten wird.“

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen beschäftigte sich in der Generalversammlung vom 19. Juli mit Vereinsangelegenheiten. Nach dem Bericht des Kassirers hat der Verein im letzten Quartal eine Einnahme von 48,55 M. und eine Ausgabe von 32,40 M. aufzuweisen. Bei der Erziehung des Vorstandes, die zur Erledigung stand, wurde das Mitglied Hübner zum zweiten Schriftführer und die Mitglieder Haupt, Trunck und Frau Patke zu Revisoren gewählt. Das Schiedsgericht bilden die Mitglieder Sehnke, Seeger und Trunck. Sodann wurde beschloffen, andere Vereinsarten auszugeben, da ein anderer Verein ähnliche Karten eingeführt hat. Im Laufe des Quartals werden deshalb die Mitglieder rote Karten erhalten. Zum Schluß giebt der Vorsitzende bekannt, daß am 26. Juli im Schützenhause eine öffentliche Versammlung stattfindet.

In der vom Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, Gruppe Hohlleger, am Sonntag einberufenen Branchenversammlung, hielt Genosse Dr. Jabel einen beifällig aufgenommenen Vortrag über Berufskrankheiten. Referent behandelte speziell die Entstehung der im Berufe vorkommenden Bleikrankheit und deren zerstörenden Einfluß auf den menschlichen Organismus. Um sich vor der betreffenden Krankheit einigermaßen zu schützen, sei die Hauptbedingung peinlichste Reinlichkeit der mit Blei arbeitenden. Vor den Mahlzeiten seien die Hände gründlich mit Seife und einer Bürste zu reinigen und der Schmutz unter den Fingernägeln zu entfernen. Ebenso seien auch die Hände nach beendeter Arbeit zu reinigen und die, während derselben benutzten Kleidungsstücke zu wechseln, da diese mit Bleisand behaftet, welcher in die Wohnung getragen, auch für die Familie gefährlich werden dürfte. Ferner seien auch die durch Schmelzen des Bleies hervorgebrachten Dämpfe, welche durch die Nimmungsorgane in den Körper gelangen ebenso gefährlich. Ein tägliches Bad sei zu empfehlen und demjenigen, welcher bereits mit Bleikrankheit behaftet, sei anzurathen, einen anderen Berufszweig zu wählen. Des weiteren machte der Referent auf das Gesundheits-schädliche der auf den Bauten vorhandenen, offenen Kohlenfeuerungen, wie auch auf das Arbeiten bei unverschlachten Fenstern und der hierdurch entstehenden Krankheiten aufmerksam und forderte zum Schluß seiner Ausführungen, daß ein jeder einzelne dafür eintreten möge, daß in hygienischer Beziehung für die Arbeiter mehr geschehe. In der Diskussion wurde noch der schädlichen Einwirkung des denatmirten Spiritus gedacht, welcher beim Kochen in den Blötlampen die Dämpfe entwickelt, welche einen brennenden Schmerz auf die Augen und Kopfschmerzen verursachen, ferner werde auch durch den ekelregenden Geruch desselben Appetitlosigkeit herbeigeführt. Die Kollegen werden ersucht, bei derartigen Fällen ihre Beobachtungen dem Arzt mitzutheilen, damit diese in den Besitz von Material gelangen, um eine andere Art der Denaturierung des Spiritus bei der gesetzgebenden Körperschaft zu beantragen. Zum Schluß wurden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß die Branchenversammlungen regelmäßig jeden zweiten Sonntag im Monat, Annenstr. 16, die nächste also am 11. August stattfinden.

Message, der Hferlohner Gastwirth und Forbes-Besitzer, hat sich in der von der Gesellschaft für ethische Kultur entrichteten Versammlung dem Berliner Publikum vorgestellt. Wenn es darum zu thun war, aus Anlaß dieses Vortrages recht viele Menschen auf die Beine zu bringen, so ist das allerdings erreicht — weiter hatte die Sache wirklich keinen Werth. Herr Message fällt sich zu sehr als „Besitzer der Menschheit“. Da man am Dienstag Abend fast nichts erfährt, was nicht schon durch die Presse bekannt geworden ist, muß die Zeit, die man ihm zuhört, als verloren bezeichnet werden. In breiter Weise schilderte der Redner seinen Kampf mit den Ultramontanen, auf das eigentliche Thema, die Zrengegesetzgebung und die Zrenkrankenpflege, kam er nur durch einige allgemeine Redewendungen — die in seiner Broschüre auch schon enthalten sind. Daß das in großen Schaaeren herbeigeströmte Publikum seine Seitenhiebe auf die Kleriker und ihren Anhang mit Schmunzeln, stellenweise sogar mit starkem Beifall aufnahm, will nicht bedeuten. Message gab am Schluß seiner Rede bekannt, daß eine Kommission von Aerzten und Juristen zc. sich gebildet habe, die auf eine reichsgerichtliche Regelung der Zrennpflege hinarbeiten wolle. — Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende bemerkte, daß der Vortragende die Erwartungen, die man an seine Kommune knüpfte, enttäuscht habe. Daß sich an die Rede keine Debatte anschloß, kann man nicht allzu sehr bedauern, wahrscheinlich wäre dieselbe über nebensächliches Kulturkampfgeschwätz nicht hinausgekommen.

Rummelsburg. Am 15. Juli fand in Bohnwinkels Salon eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung statt, in welcher Kollege Schöpslin in einem beifällig aufgenommenen Referate über Streiks sprach. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde über den Streik bei Wagenknecht in sehr lebhafter Debatte verhandelt. Den in der Versammlung unter Führung des Buchhalters des Herrn Wagenknecht anwesenden Streikbrechern wurde von den Kollegen Wiedemann, Grünert und Paarmann ihr unsozialistisches Verhalten klargestellt. Der Herr Buchhalter als Vertreter Wagenknechts, sowie ein Streikbrecher wollten ihre Handlungsweise rechtfertigen, insbesondere mit dem Hinweis, daß erst einmal andere Meister mehr bezahlen möchten, dann werde es Wagenknecht auch thun. Schöpslin ließ hierauf diesen beiden Auch-Kollegen eine treffende Abfertigung zu theil werden. Von weiteren Rednern wurde nun das Verhalten Wagenknechts einer scharfen Kritik unterzogen und hierauf eine Resolution einstimmig angenommen, die das Verhalten Wagenknechts verurtheilt und den Streikenden die Sympathie und Unterstützung zusagte. Bemerkte sei noch, daß sich die bewaffnete Macht recht zahlreich eingefunden hatte.

Eine öffentliche Volksversammlung für Glienicke fand am Sonntag Nachmittag im Lokal des Herrn Harßdorf statt. Genosse Jahn referirte über das Thema „Arbeitslohn und Arbeitszeit“, indem er insbesondere die schlechten Arbeits- und Lohnverhältnisse der ungelerten Arbeiter eingehend erörterte. Hierauf wurde vom Genossen Lüberich auf grund einiger Aeußerungen des Wirths die Lokalfrage angeregt, da schon seit längerer Zeit darüber Streitigkeiten entstanden waren. Gallasch als Mitglied der Lokalkommission betonte besonders die ungünstigen Lokalverhältnisse in der ganzen Umgegend von Adlershof und verlangte, daß die Genossen den Wirthen gegenüber etwas energischer, insbesondere in diesem Lokal vorgehen sollen, während Jahn erst den Wirth selber hören will. Herr Harßdorf gab nun zu, die beregten Aeußerungen gethan zu haben, welche darin gipfelten, daß er überhaupt keine Versammlung mehr in seinem Lokal bilden wolle. Hierauf entspann sich eine längere rege Diskussion, an welcher sich die Genossen Knüppel, Jahn, Gallasch und Jahn beteiligten. Der Wirth sah sich hierauf veranlaßt, seine Aeußerungen zurückzunehmen und die bündige Erklärung abzugeben: Die Versammlungen am Sonntag Nachmittag in seinem Lokal auch weiterhin zu gestatten.

Vermischtes.

Ein Theaterbrand hat sich in Bonn ereignet. Eine Depesche vom Mittwoch meldet: In der letzten Nacht ist in dem hiesigen Reichshallen-Theater Feuer ausgebrochen und zwar in den Garderoben. Das Feuer verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit, so daß das Gebäude theilweise vollständig ausbrannte. Eine Frau, welche sich durch einen Sprung aus einem Fenster des zweiten Stockwerkes retten wollte, trug schwere Verletzungen davon. In Baden-Baden entstand am Dienstag bei der Ausführung des Schwanks „Einen wie den Andern“ von Eduard Kraimer im vierten Akt eine Panik unter dem Publikum, da das Balletkostüm der Darstellerin der Anita, Elise Hofmann, Feuer fing und die Dame sofort in Flammen stand. Die mitspielenden Herren Kredet und Hausen erhielten jedoch die Flammen mit Federn und Tüchern. Der Zustand der Dame ist nicht gefährlich; die Entleerung des Theaters ging in aller Ruhe vor sich.

Aus Bochum meldet die „Kölnische Zeitung“: Auf der Zeche „Dannenbaum“, Schacht I, fand eine Explosion statt, bei welcher ein Arbeiter getödtet und zwei Arbeiter schwer verletzt wurden.

Das Hagelwetter, welches am 1. Juli in den württembergischen Oberämtern Kallw und Regold niederging, verursachte nach den jetzt vollendeten Abschätzungen einen Schaden von 700 000 bis 800 000 M.

Aus Brüg liegt folgende Meldung vor: Bei der behördlichen Besichtigung des Annaschales wurde konstatiert, daß keine weitere Steigerung des Wasserstandes stattgefunden hat.

In Toulon wurde am Dienstag durch Zerplatzen des Stohbodens einer Kanone bei Übungen des Geschwaderspanzers „Bouvine“ ein Matrose getödtet und der Kontre-Admiral Chateauminos nebst zwei Offizieren und mehreren Mann der Besatzung verwundet.

Advertisement for Steppdecken (quilted blankets) by Emil Lefevre, Berlin S., Oranienstr. 158. Includes details about fabric quality and prices.

Advertisement for Teppiche (carpets) by Otto Büchler, Berlin C., Königstr. 26. Features a logo for 'GUTTMANN' and lists various carpet types and prices.

Advertisement for Westendgesellschaft Herr Quistorp, featuring a portrait of Herr Quistorp and details about restaurant services and a meeting room.

Advertisement for a restaurant with billiard and billiard room, located at Charlottenburg, featuring details about the establishment and contact information.

Advertisement for Arbeitsmarkt (labor market) listing various job opportunities, including positions for waitresses, seamstresses, and other workers.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 25. Juli.
Friedr.-Wilhelmstädtischer Park.
Täglich ausverkauft!
Neues Theater. Cata-Toto.
Alexanderplatz - Theater. Die Hochzeit von Valent.
National-Theater. Im Irrenhause.
Die guten Klanten und Fernand's Ehekontrakt.
Apollon-Theater. Ein Abenteuer im Harem.
Flora-Charlottenburg. Der Looft.
W. Noack's Sommertheater. Die Berliner Wäscherin.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Direktion: Max Samst.
Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Wiederauftreten des Herrn

Carl Wesselsky.

Zum vorletzten Male:
Im Irrenhause.

Sensationsdrama mit Melodramen in 5 Akten und 8 Bildern von H. B. Regie: Max Samst. Dirigent: Adolf Wiedecke.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnenabend: Zum 1. Male: Berliner im Feuer und Wasser. Volksstück mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern von Fritz Schäfer. Wirkliches Feuer, Wasser und Regen.

Nationaltheater - Garten:
Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.

Abends 9 Uhr bei elektrischer Beleuchtung: **Auftritt der Gesangsgruppe Niagara** auf dem über 100 Fuß hohen Turmsteif.

Stoffeneröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Entree 20 Pf. Reservirtes Platz 40 Pf.

Sonnenabend: **Grosses Sommerfest** verbunden mit freiem Tanzkränzchen.

Friedrich-Wilhelmstädtischer Concert-Park

25/26 Chaussee-Strasse 25/26.
Wohn-Ankündigung, da doch täglich ausverkauft!
Lach-Salven!

Berlin amüsirt sich

Fränkel als Theaterdirektor. Die Reise um die Erde. Die 3 Turner - Matadore. Cancan in Lumpen. Der dicke Blum als Ballettense.

Reichshallen.

Im prachtvollen Garten (bei ungünstiger Witterung im Saal):
Täglich:
Humoristische Soiree der Norddeutschen Quartett- u. Couplet-Sänger

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Reservirtes Platz 50 Pf.
Sonntags: Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf., ab 9 Uhr 80 Pf.
Die Verbündeten von der Kanalarbeiter.

Volksgarten

(ehem. Weimann's Volksgarten) Gesundbrunnen. Badstr. 56/57.
Direktion: Max Samst.
Heute, sowie täglich:
Grosses Konzert u. Theater-Vorstellung.

Spezialitäten I. Rangos. Auftreten des Berl. Original-Komikers **Wilhelm Fröbel.**

Chansonetten, Soubretten, Siedersänger, Lustgymnastiker etc.
Täglich: **Familien-Ball.**
Kasseneröffnung 5 Uhr. — Anfang des Konzerts 6 Uhr.

Passé-partouts haben Gültigkeit. Entree 20 Pf. Entree 20 Pf.
Gebe den prachtvollen Weimann'schen Volksgarten an Vereine wochentags unentgeltlich ab.

Passage - Panopticum.

Tunesische Truppe:
Schlangenschwörer, Arabische Schule, Bauchtänzerinnen, Derwische etc.

Das Bärenweib.

Ein Flug durch die Luft! Bestrafte weibliche Eitelkeit.

Ausverkauf

der Restbestände der Otto'schen Konkursmasse, bestehend in Portieren, Möbeln, Stoffen, Plüsch zu fabelhaft billigen Preisen. Verkaufsort: Spandauerstrasse 80, am Rathhause. Ferner werden dort Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Läuferstoffe etc. zu ebenfalls sehr billigen Preisen ausverkauft.

Todes-Anzeige.

Berein der Einseher (Tischler).
Den Mitgliedern des Vereins zur Nachricht, daß der Kollege

Eugen Kleist

verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Prinzen-Allee, aus statt. Um rege Betheiligung bittet
Der Vorstand.
6071

Parteigenossen!

Unser alter Parteigenosse

Theodor Hidde

ist am 23. Juli, morgens, gestorben.

Die Beerdigung unseres wackeren Mitstreiters und rührigen Mitwirkers findet am Freitag, den 26. Juli, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Reinickendorf, Provinzstr. 79, aus statt.

Nehmt, soweit möglich, an der Bestattung unseres „Vater Hidde“ regen Antheil. Ehre seinem Andenken.

Die Genossen des Kreises Niederbarnim.
Die Genossen von Reinickendorf.

Am 22. d. M. entschlief sanft, nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann, Vater, Schwiegervater und Großvater

Ludwig Dollase.

Dies zeigt tief betrübt an im Namen der Hinterbliebenen.

C. Jauer, Fruchtstr. 52.

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 5 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain aus, statt. 23676

Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

Carl Wrede

am 18. Juli er. durch einen Betriebsunfall verstorben ist.

Die Beerdigung findet am 25. Juli, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobi-Kirchhofes zu Brixig statt. Um recht rege Betheiligung bittet
Der Vorstand.
259/2

Verband deutscher Zimmerleute.

(Vokalverband Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

Carl Wrede

am 18. Juli er. durch einen Betriebsunfall verstorben ist.

Die Beerdigung findet am 25. Juli, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobi-Kirchhofes in Brixig aus statt. Um recht rege Betheiligung bittet
Der Vorstand.
254/3

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.

Oertl. Verwaltung Berlin H. Nachruf.

Am Sonntag, den 21. d. M., starb nach längerem Leiden unser Mitglied, der Tischler

Julius Grüte,

im Alter von 47 Jahren an der Lungenentzündung. Dieses zeigt den Mitgliedern an

184/3 Die Ortsverwaltung.

Generalversammlung

der Krankenkasse der Putzmachergehilfen zu Berlin.

(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 67.)
Sonntag, den 28. Juli 1895, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Hrn. Feindt, Weinstr. 11.

Tages-Ordnung:
1. Rassenbericht.
2. Wahl des Ausschusses und der Krankenkassendirektoren.
3. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
86/1 Der Vorstand. D. Tschoppe.

Castan's Panoptikum.

Das Bärenweib.

Ein Flug durch die Luft! Bestrafte weibliche Eitelkeit.

Ausverkauf

der Restbestände der Otto'schen Konkursmasse, bestehend in Portieren, Möbeln, Stoffen, Plüsch zu fabelhaft billigen Preisen. Verkaufsort: Spandauerstrasse 80, am Rathhause. Ferner werden dort Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Läuferstoffe etc. zu ebenfalls sehr billigen Preisen ausverkauft.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Berksammlung

Sonnabend, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Mayer, Müllerstr. 7.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1895. 2. Verschiedenes. 156/5
Die Ortsverwaltung.

Deffentliche Radfahrer-Berksammlung

Donnerstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wille, Andreasstr. 26.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Kongress. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes. 2361b
Der Vertrauensmann.

Aufruf.

Der Schneider Reinhold Rupprecht, geb. am 5. Nov. 1848 zu Gross-Tschirsdorf bei Sagan u. in Schlesien, wird hiermit aufgefordert, wegen Erbschaftsangelegenheiten seine Adresse an den Unterzeichneten zu senden. 2365b

D. Hildebrandt, Stellenbesitzer, Gross-Tschirsdorf, Post Reichart in Schlesien.

F. Nagel's Sommer-Theater

Schwedterstr. 23/24.
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Hamburger Sänger
beliebteste Gesellschaft (8 Herren).
Anfang 8 Uhr.
NB. Saal u. Garten (1200 Pers.). Keine u. gr. Vereinszimmer noch zu vergeben.

Boltz' Sommergarten

Alte Jakobstr. 75.
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Bei ungünstiger Witterung i. Part-Saal. Für Saison 1895/96 Säle zu Festlichkeiten u. Versammlungen.

Louis Keller's Riesen-Festsäle.

Koppenstr. 29.
Größtes u. schönstes Etablissement der Residenz. 2918L

Norddeutsche Sänger.

Im prächtigen Sommergarten!
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Concert, Specialität.-Vorstellung.
Anfang 7 Uhr. Entree frei.
Sonntags Anf. 4 Uhr. Programm 10 Pf.
Jed. Montag: Gr. Concert. Entree frei.
Jed. Sonntag, Montag, Mittwoch: Ball.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.
Entree: Kinder 10 Pf., Erwachsene frei.
Kaffeeküche täglich v. 2 Uhr ab geöffnet.
Für Vereine u. Gesellsch. v. 200 Pers. Spezialitäten-Vorstellung frei. 28322

C. Fröhlich's Gesellschaftssäle und Garten

Schönhauser Allee 161.
Jed. Sonntag, Dienstag u. Sonnabend:
Concert, Specialität.-Vorstellung.
Anfang 7 Uhr. Entree frei.
Sonntags Anf. 4 Uhr. Programm 10 Pf.
Jed. Montag: Gr. Concert. Entree frei.
Jed. Sonntag, Montag, Mittwoch: Ball.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.
Entree: Kinder 10 Pf., Erwachsene frei.
Kaffeeküche täglich v. 2 Uhr ab geöffnet.
Für Vereine u. Gesellsch. v. 200 Pers. Spezialitäten-Vorstellung frei. 28322

Achtung!

Zahnersatz, auch Theilzahl., wöchentl. 1 Mark. Guckel, Rauscher Platz 2, Gfasserstr. 12.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Weiß-, Bairisch Bier** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhalt. Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendlich à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-30 Personen.
H. Stramm, Restaurant, Ritterstr. 123.

Geflügel, lebend und geschlachtet.

Schinken, Wurst, Butter, Wild u. s. w.
täglich 9 Uhr vormittags, 5 Uhr nachm.
Sandmann, Auktion a. d. Stadtbahn 86.

Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren! Leinenwaren! Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf.

Nach beendeter Inventur gelangen grosse Vorräthe meines seit 22 Jahren bestehend. Warenlagers;
Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren! Leinenwaren! Fertige Wäsche!
zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum

Am Stadtbahnhof Börse. **J. Brünn,** Hackescher Markt 4. Ecke Neue Promenade.

Möbel-Kaufgelegenheit.

Zum Umzug passendste Gelegenheit für Brautleute, Hotels u. Wiederverkäufer.

In meinem größten **Möbelspeicher, Neue Königstr. 59, vorn I.,** sollen sofort ca. 150 Wohnungseinrichtungen, verlegene gewesene u. neue Möbel zu jed. annehmbaren Preise verkauft werden.

Durch sehr große Gelegenheitskäufe zu fabelhaft billigen Preisen ist es mir möglich, schon ganze Wohnungs-Einrichtungen für 90, 150, 300 M. zu liefern, ebenfalls hochfeine Wirthschaften zu 1000 bis 5000 M., also billiger wie jede Konkurrenz. Theilzahlung gestattet. Veranmen ohne Anzahlung, ohne große Preisermäßigung. Kleiderstuhl 15, Kommode 9, Küchenspind 12, Stühle 2 Mark, neues Kuschel-Kleiderstuhl 30, Kuschelspind 35 M., Bettstellen mit Matratzen, Kleiderstuhl 18, Sopha 15 M., Säulen-Kleiderstuhl, hochlegant 55, Trumeau mit Säulen 60 M., Cylindertisch, Herrenschreibtische, Damenschreibtische, Schreibsekretäre 30, Plüschgarnituren 60, neue 100 Mark. Paneelsofa, Chaiselongue, Salongarnituren, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mark. Empfehle allen Herrschaften vor Einkauf von Möbeln mein entschieden größtes Möbellager zu besichtigen. Gekaufte Möbel können sechs Monate kostenfrei auf meinen Aufbewahrungsspeichern lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Sensationell! Heute zu sehen!

Das Fimisch des diesjährigen **Epsom Derby**

Sieger: Sir Visto
zu sehen in voller Lebendigkeit in der 86M

Edison-Kinetoskop-Ausstellung

Friedrichstr. 65, nahe Mohronstr.

Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.

Morgen, Freitag, den 26. Juli:
Seine Übungsstunde.

Zur nächsten Übungsstunde, Freitag, den 2. August, erwartet pünktliches und zahlreiches Erscheinen
Der Vorstand.

Möbel-Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten etc. im Möbelspeicher, 17218

Rosenthaler-Strasse 13, I.
Daselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verlegene gewesene Möbel zu wahrhaftigen Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspind, Kommode 12, Sopha 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Kuschel-Kleiderstuhl, Verklomm 30, Stühle 3, Kuschelspind 40, Trumeau 65, Paneelsofa 75, Plüschgarnituren 60 Mark. Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Konfessionen, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lager bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

M. Krüger's Speise-Öl

ist das anerkannt beste.
Fabrikager: Berlin, Skalitzerstr. 105.
Für Wiederverkäufer
beste Bezugsquelle!

Zu gunsten der Arbeiter-Bildungsschule.

Freitag, den 26. Juli 1895, abends 8 1/2 Uhr:

Gr. Volksversammlung

in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:
1. Das Proletariat und die Berliner Kunst-Ausstellung. Referent Genosse Schriftsteller **H. Schulz.** 2. Diskussion. 4/5

Diejenigen Genossinnen und Genossen, welche einen Besuch der Kunst-Ausstellung beabsichtigen, werden auf diese Versammlung besonders aufmerksam gemacht.
Der Einberufer.

Genossenschafts-Bäckerei

für Berlin und Umgegend
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)
Trotz wieder steigender Mehlpreise werden wir bis auf weiteres unser Brot so schwer wie bisher liefern. Wir lenken die Aufmerksamkeit der Genossen wiederholt auf unser unter dem Namen „Hamburger Schwarzbrot“ hergestelltes reines Roggenstrotbrot, sowie auf unser aus reinem Roggenmehl gebackenes Commisbrot. 88/3

Die Waarenbestände der Eger'schen Concurssmasse

17 Weissenburgerstrasse 17
bestehend aus: Trikots, Woll- u. Weißwaren, Gardinen, Teppiche u. Läuferstoffe, Gloufen, Hauskleidern, Kinderkleidern und anderen Waaren, sollen werktäglich vormittags von 8-12 Uhr, nachmittags v. 2-8 Uhr zu festen Caspreisen ausverkauft werden.

Es bietet sich den geehrten Besuchern dieses Blattes Gelegenheit, ihren Bedarf in obenerwähnten Artikeln zu fabelhaft billigen Preisen zu decken.
Bitte zu beachten:
nur: Berlin N., 17 Weissenburgerstr. 17.

Pferdebucht bei Cöpenick.

Freitag, den 26. Juli: **Grosses Concert**, ausgeführt von der Cöpenicker Feuerwehr-Kapelle in Uniform, unter Leitung ihres Stadthornisten Herrn Bendt. Anfang 5 Uhr. Entree frei. 2944b A. Nachterburg.

Nur für Damen.

Nach beendeter Saison werden (einzeln) verkauft: Seidene u. Gloria-Reisemäntel sonst 30-40, jetzt 15-20, Jackets, Kragen, Capes, Sammet, Seide, sonst 20-30, jetzt 8-15. Eleg. Regenmäntel u. Costüme 5-20 M.
im Engros-Geschäft Landsbergerstr. 59, eine Treppe. 51/3

Zum Agrarprogramm.

Nachdem der „Vorwärts“ in früheren Nummern eine größere Reihe kritischer Äußerungen der bürgerlichen Presse über den Programmwurf der Agrarkommission veröffentlichte, empfiehlt es sich nunmehr, mit der Veröffentlichung von Urtheilen zu beginnen, die in der Parteipresse erschienen sind. Dieselben in ihrem ganzen Umfang mitzutheilen, ist unmöglich, da einzelne Parteiblätter, wie die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ zc. in einer Reihe von Artikeln eine Kritik des Programmwurfs bringen. Diese längeren Abhandlungen können nur auszugsweise von uns gebracht werden, dagegen sollen die kurzen summarischen Urtheile möglichst wörtlich Aufnahme finden.

Der „Sozialdemokrat“ schreibt: —
Die in Köln ernannte Agrarkommission der Partei fand zunächst vor der mehr formellen Frage, ob sie ein für sich selbständiges agrarisches Programm entwerfen oder ob sie etwaige neue agrarische Forderungen in das Gesamtprogramm einarbeiten wollte. Sie entschloß sich für den zweiten Weg. Freilich ist dadurch das Programm auf einen beängstigenden Umfang angeschwollen und das etwas bängliche Gefühl, das schon der erste Ueberblick über die oben fett gedruckten Stellen weckt, wird nur noch verstärkt durch die sich sofort aufdrängende Erwägung, daß mit demselben Recht noch eine ganze Menge ähnlicher Wünsche für das Gebiet des städtisch-gewerblichen Lebens Aufnahme finden könnten. Wenn schon der Bau der ländlichen Gemeinde- und Kreisstraßen im Programm festgelegt werden soll, warum nicht ebenso der Bau der Stadt-, Ring- und Nebenbahnen, der städtischen Wasserleitungen, der Beleuchtungs- und Kanalisationswerke? Wenn die staatliche Hilfeleistung bei Naturverheerungen, warum nicht das öffentliche Eingreifen bei Krisen und Nothständen rein sozialer Natur? Wenn der Kredit für landwirtschaftliche Genossenschaften, warum nicht auch der für gewerbliche, warum nicht der für Konsumvereine und ähnliches? Die Pferdebahnen, Stadtbahnen, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke haben als Einnahmequellen, als Mittel der Lohn- und Einkommensbeeinflussung für das städtische Leben eine weit größere Bedeutung als die paar Rieße von Gemeindefeldern für das platte Land; wenn das eine nicht fehlen darf, warum übergeht man das andere? Doch das sind schließlich nebensächliche Erwägungen und im großen und ganzen wird man kaum anders verfahren können wie die Kommission, wenn man die landwirtschaftlichen Wünsche überhaupt ausführlich im Gesamtprogramm haben will.

Dagegen wird mancher überrascht sein, daß der Inhalt der neuen Forderungen soweit zurückbleibt hinter den Erwartungen, welche durch die feierliche oratorische Einführung und schließliche Einsegnung der Agrarkommission in Köln auf vielen Seiten entstehen mußten. In demselben Maße, wie die ruhige Ueberlegung und das kühle Verständnis der Kommission. Von der plötzlichen Begeisterung für den bäuerlichen Betrieb ist in den neuen Programmpunkten nichts mehr zu spüren; der alte Wunsch der Verstaatlichung der Hypotheken und Grundschulden ist zwar aufgenommen, aber nicht — wie es in Bayern zum mindesten zweideutig hieß — um der steigenden Bedrängung des landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebes entgegenzuwirken. Ein „Vorkaufrecht“ der Gemeinden ist statuiert, aber die Gemeinden werden wohl kaum häufig in die Lage kommen, von diesem Recht Gebrauch zu machen, während die bayerischen Agrarier hier eine Pflicht der Gemeinde anerkannt sehen wollten. Die Gemeinde kann Grundstücke haben, wenn sie dasselbe bietet wie ein anderer Kaufslustiger, daß ist thatsächlich kaum etwas anderes, als was sie heute auch schon kann.

Hat sich die Kommission so von utopistischen und sentimentalen Regungen im allgemeinen freigehalten, so merkt man ihren Beschläüssen doch immer noch die unerquickliche Zwangslage an, in die sie durch die kritischen Kölner Verhandlungen gebracht war — bekanntlich wurde in Köln die Debatte geschlossen, ehe sie eigentlich begonnen hatte.

Nun fordert die Kölner Resolution „Bauernschutz“ und „Landarbeiterschutz.“ Mit dem letzteren konnte die Kommission schon gar nichts anfangen, denn er steht zur Genüge im Erfurter Programm. Hier beziehen sich demnach die Zusätze auch nur auf Nebensachen: auf die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung und auf Ausdehnung derselben auf alle in Lohn- und Dienstverhältniß stehende Personen — auf die Organisation von Landwirtschafts- neben den Arbeits-Kammern und -Kammern.

Doch die Kommission sollte auch die Bauerninteressen wahrnehmen — als selbstverständlich war natürlich hinzuzufügen: soweit diese Interessen mit denen der Arbeiterklasse nicht kollidieren, Gerade von diesem „Bauernschutz“ versprach man sich mitunter am meisten; auch im Programmwurf nimmt er den breitesten Raum ein. Unseres Erachtens hat jedoch das Ergebnis der Kommissionsberatungen schlagend dargethan, daß wir als Anwälte der Arbeiter und als ehrliche Politiker hierin niemals mit den bürgerlich-agrarischen Parteien zu konkurriren vermögen und daß wir mit unserer Partei und mit unserem Nebeneifer auf einem todtten Strang festzufahren drohen. Die bürgerlichen Parteien können ganz andere Versprechungen machen wie wir, weil sie im Nothfalle die Bauern mit Anweisungen auf die Taschen der Arbeiter in Stimmung erhalten und diese Anweisungen, wenn es ihnen sonst paßt, auch durch Exekution gegen die Armen der Armen beitreiben lassen können; wir können das nicht, und darum bleiben wir mit den Forderungen unter 14 (Unterstützung der Genossenschaften), 15 und 16 (Hypothekenverstaatlichung, staatliche Versicherung, aber ohne Steuerbefreiung) hinter den antisemitisch-konfessionellen Agrariern zurück. Andere Punkte, wie die unter 7 (Hochschulen und Musteranstalten), 11 (Abolition aller Privilegien und behördlichen Funktionen des Grundbesitzes), 17,2 (Jagdrecht) sind alte gute Bekannte aus alter und neuer liberaler Zeit. Punkt 12 (Erhaltung der Almenden, Vorkaufrecht der Gemeinden) und Punkt 10 (Abolition der Grundsteuer) finden wir von jeher bei Bauernfreunden von antisemitisch-christlich-germanischer Rückständigkeit der Anschauungen. Nur Punkt 13, der die Selbstverwaltung der Staats- und Gemeindefeldern in erste Linie stellt, ist weniger allgemein anerkannt; daß die Bauern für ihn schwärmen könnten, glauben wir freilich kaum. Im ganzen werden wir mit diesen Forderungen weder dem konfessionellen Agrarierthum noch der liberalen Opposition, soweit diese auf dem Lande noch existirt, irgend eine Bauernseite abgewinnen können. Der in Köln gepredigte sozialistische Bauernschutz war, als Agitations-Mittel, von vornherein eine Todgeburt. Soweit wir das Land wirklich erobern können, werden wir es weiter mit dem alten Arbeiterprogramm thun müssen.

Aber verdienstlich war trotzdem die Anregung, einmal die agrarischen Forderungen auszuwählen, die wir unbeschadet der Klasseninteressen der Arbeiterklasse glauben unterstützen zu können. Die Agrarkommission hat sich hier vor zu weitgehenden Zugeständnissen zu hüten gesucht.

*) Der Verfasser des Artikels spricht irrtümlich von Köln, es handelt sich bekanntlich um Frankfurt a. M.

+ Das „Volksblatt“ für Halle und Umgegend äußert:

„Das Agrarprogramm unserer Partei, wie es von der Kommission vorläufig festgestellt worden ist, welches wir in der gestrigen Nummer veröffentlichten, wird für die nächsten Monate reichlichen Stoff zu eingehendsten Beratungen in Parteikreisen geben. Für durchaus richtig halten wir es, daß die aufgestellten Forderungen dem zweiten Theile unseres Programms eingefügt worden sind. Zu begrüßen ist ferner, daß nicht blos landwirtschaftliche Fragen im engeren Sinne, sondern auch Fragen, die den Besitz und die Besitzbelastungen des städtischen Grund und Bodens betreffen, in die Vorschläge einbezogen worden sind. Bisherige wäre dem einen oder dem anderen Parteigenossen erwünscht gewesen, die Grundidee der Sozialisierung der Gesellschaft wäre in den Vorschlägen deutlicher zum Ausdruck gelangt, da es sich aber lediglich um ein Aktionsprogramm handelt, nicht um Festlegung der Endziele, die im ersten Theile des Erfurter Programms mit aller Schärfe und Deutlichkeit unerrückbar niedergelegt sind, so war das nochmalige Hervorheben der Endziele nicht von nöthen. Wenn die „Frei-Bl.“ in ihrer heutigen Nummer (vom Mittwoch, den 17. d. M.) meint, das veröffentlichte Agrarprogramm belunde „ohne Zweifel ein weiteres Abweichen von den revolutionären Zielen der Partei, die Sozialdemokratie habe sich wiederum „gemaßert“, die Volkmar'sche Richtung habe bei der Aufstellung der Forderungen für die Landagitation den Sieg davon getragen, das eigentliche sozialdemokratische Prinzip der Verwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gemeinbesitz sei in diesem Agrarprogramm zum mindesten nicht mit Klarheit zum Ausdruck gebracht worden“, u. s. w. — und wenn das genannte Blatt fortfährt, es wäre „eine Reihe zum Theil liberaler Forderungen in das Programm aufgenommen worden“, so zeigt Herr Eugen Richter nur auf neue wieder, daß er das Wesen der sozialdemokratischen Agitation und Taktik nicht versteht. Schlimm genug für ihn und seine Freisinnigen, daß wir noch Verwirklichung eines Theiles der „liberalen Forderungen“ erstreben müssen. Hätten die Freisinnigen ihrer Aufgabe genügt und die Forderungen verworfen, so bräuchten wir nicht erst nochmals beim ABC anzufangen. Es ist ein ganz drastisches Armuthszeugniß, was Herr Eugen Richter sich und seinen Freisinnigen durch jene Bemerkung ausgesprochen hat. — Doch um das, was die Gegner über unsere Taktik oder über den Werth der Agrarvorschläge urtheilen, brauchen wir uns nicht zu kümmern. Die Hauptsache ist, daß alle Genossen in Stadt und Land in eifriger Besprechung des Agrarprogramms eintreten, damit die Delegirten für den Breslauer Parteitag ein volles und reifes Werk zu Stande bringen können. Auf die Einzelheiten der Vorschläge einzugehen, wird Aufgabe der Presse und der Versammlungen sein; unanschaulich ist das Programm nicht in allen Punkten.“

Ein „Eingekundt“ in der „Märkischen Volksstimme“, Frankfurt a. D., lautet:

„Das Agrarische Programm“, d. h. die Aenderung des zweiten Theiles unseres Programms, ist erschienen und die gesamte Presse befaßt sich momentan mit dieser Frage. Es wird zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteigenossen über diese Frage kommen. Und nicht umsonst; man hat alle Ursache, diese Frage mit Vorsicht und Ueberlegung zu behandeln. Es ist daher nöthig, daß aus der Mitte der Parteigenossen, auch im Besonderen unseres Blattes, Stimmen und Ansichten laut werden, welche von Interesse sein können, da doch so mancher Genosse Erfahrungen betr. der Agitation auf dem Lande gemacht hat. Den Reigen will ich anfangen.

Wenn man sich die Verhältnisse in unserem Distrikte ansieht, so kann man mit ruhigem Gewissen sagen, daß der neue Entwurf unsere Arbeit auf dem Lande nicht sehr viel erleichtern wird. Man hat behauptet, daß wir auf dem Lande wenig Erfolge erzielt haben; dies ist Thatsache, aber nicht unser Programm ist daran schuld, sondern einfach die mangelnde intensive Agitation. Unstreitig ist der Bauer in seiner Denkweise schwerfällig, und es ist zu viel verlangt, ihm durch einige Flugblätter oder einige Male Konversation eine doch so gründlich von seinen Anschauungen abweichende Ueberzeugung beizubringen. Hier hilft nur eins: Wir müssen unser Augenmerk darauf richten, daß Parteigenossen, welche es möglich machen können, und wenn hieraus der Partei auch Unkosten entstehen, sich in Dörfern und kleinen Städten niederlassen, dortselbst an der Hand der täglich vorkommenden Erscheinungen dem Bauer die Unhaltbarkeit der heutigen Zustände klar machen und ihm den Kollektivismus einimpfen. Es kommen hierbei für mich selbstverständlich zuerst die Landproletarier und die Eigentüher in Betracht, welche nur sozial produzieren, als sie selbst verbrauchen.

Ich meine, es wird nöthig sein, noch einmal darüber zu diskutieren, ob wir einen derartigen Zusatz zu unserem Programm brauchen oder nicht. Jedenfalls ist verschiedenes darin, welches die Zustimmung der größten Zahl der Parteigenossen nicht finden kann.

Also nochmals: intensivere und prinzipientreue Agitation — die wird die Landproletarier trotz Vergewaltigung, trotz Ansetzung von seiten ihrer Unterdrücker und Ausbeuter uns, d. h. der Sozialdemokratie näher bringen. — y.“

Das „Volksblatt“ für Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend urtheilt in den vorliegenden zwei Artikeln in der Hauptsache also:

„Im allgemeinen dürfte beim ersten Anblick der Arbeiten der Agrarkommission vielleicht bei dem einen oder andern Genossen der Gedanke entstehen, daß der Ertrag dieser Arbeiten hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben ist. Speziell, wenn man sich erinnert, daß kurz vor dem Frankfurter Parteitage in der deutschen Parteipresse das französische Agrarprogramm abgedruckt und erörtert wurde. Es mögen nun wohl viele der Ansicht gewesen sein, daß auch die Arbeiten der deutschen Agrarkommission in einem ähnlichen breitspurigen Agrarprogramm gipfeln würden. Daß dies nicht geschähe, halten wir für eine sehr richtige Handlungsweise der Agrarkommission, denn schließlich dürften wir die einzigen sein, die es für durchaus verfehlt halten, dem „Erster Bauer“ gewissermaßen eine Extrawurst zu braten. Was den französischen Genossen recht ist, muß allein deswegen uns noch lange nicht billig sein, weil die einschlägigen Verhältnisse in beiden Staaten nicht miteinander konform sind. Und hauptsächlich freut es uns, daß die Kommission jenen Weg nicht beschritten hat, weil dann die dringende Gefahr vorlag, daß von seiten der Gegner die Behauptung aufgestellt werden könnte, unser abgesondertes Agrarprogramm habe nur dem „Bauernlang“ zu dienen und seine Verwirklichung ließe uns im Grunde sehr kalt.“

Also: der von der Agrarkommission eingeschlagene Weg scheint uns der einzig richtige zu sein. Deshalb können wir auch in der Ueberzeugung nicht von einem Agrarprogramm sprechen, sondern lediglich von unserem Parteiprogramm, welches nach dem Vorschlage der Agrarkommission erweitert werden soll und zwar nur in seinem zweiten Theile.

Sehen wir uns nun den zweiten Theil unseres Erfurter Programms in seiner bisherigen Fassung an, so lesen wir den Satz: „Ausgehend von diesen Grundzügen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst“ (folgen 10 Forderungen). Dann heißt es weiter: „Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst“:

(folgen 5 Forderungen). Diese Forderung war keine sonderlich glückliche zu nennen und ist durch die vorgeschlagene Aenderung in erfreulicher Weise präzisirt. Ueber die im erstgenannten Satz eingeschobene Ergänzung läßt sich nach unserem Dafürhalten nichts sagen, da sie in allen ihren Theilen zweckmäßig und nützlich erscheint. Obstens könnte der letzte Zwischenatz: „im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ von dieser oder jener Seite angezweifelt werden. Wir meinen aber, daß man nur den ganzen Satz durchzulesen braucht, um es einzusehen, daß mit diesem Zwischenatz die Sozialdemokratie sich nicht nur nichts vergeben hat, sondern im Gegentheil ihre revolutionäre Taktik nur noch augenfälliger macht und „energischer betont.“ — — —

Schon an den Aenderungsanschlüssen zu dem vorgenannten Punkte ist übrigens ersichtlich, daß die Agrarkommission bei ihren Arbeiten keineswegs ehergerig vorgegangen ist und sich ängstlich an den Wortlaut ihrer Aufgabe klammerte — sie hat bei Dicht bescheiden unser erweiterungsbedürftiges Programm eben erweitert und verbessert, wo sie es für nöthig fand, augenscheinlich von dem Grundsatz ausgehend: „Gleiches Recht für Jedermann!“ Durch die Forderung der obligatorischen Fortbildungsschulen und gewerblichen Fachschulen ist das klar ersichtlich.“

Nach einer zusammenfassenden Kritik verschiedener Punkte heißt es dann im zweiten Artikel weiter:

„Dafür läßt sich über die Punkte 12 bis 17 um so mehr diskutieren. Ja, von einzelnen derselben wundert es uns ungenügend, wie sie überhaupt in den Entwurf hineingestellt werden konnten. Denn dadurch wird die Arbeit der Agrarkommission gewiß nicht besser, daß sie nach Lage der Sache quantitativ als recht ausgiebig bezeichnet werden kann.“

Im Allgemeinen ist zu bemerken, daß die erwähnten Punkte nach unserm Dafürhalten nichts mehr und nichts weniger bedeuten, als ein ganz schlimmes Stück Staatssozialismus und wir werden daher zunächst und die Frage vorlegen müssen: ist es politisch klug, dem Klassenstaate (den wir fordern doch die Auflösung aller dieser Punkte „im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“) derartige Machtmittel in die Hand zu drücken, wie sie in jenen sechs Punkten angegeben resp. enthalten sind? Wir glauben hier die Verpflichtung zu haben, mit einem starren „Nein!“ zu antworten.

Unsere Aufgabe ist es, dem Klassenstaat in all seinen Einrichtungen zu bekämpfen und schmutzigen, ihm gewissermaßen das Mark aus den Knochen zu fangen, um ihn so erschöpft und unfähig zu weiterer Aktion kraftlos zu unseren Füßen sinken zu lassen. Was würde aber geschehen, wenn die zitierten Punkte zum größten Theile erfüllt sein würden? Der Staat hätte eine weit größere Macht in Händen, als das heute der Fall ist, sein Beamtenheer mit all seinen lieblichen Konsequenzen und Begleiterscheinungen wäre bedeutend vergrößert und wir — wir wären von unserem Endziele weiter entfernt als jemals zuvor!

Wir sprachen oben von der Eventualität der Erfüllung des größten Theiles der aufgestellten Forderungen. Einzelne derselben, wie z. B. Konfiskation der Güter der todtten Hand, wird der Klassenstaat eben niemals erfüllen und zwar einmal darum nicht, weil er das garnicht kann, ohne sein eigenes Prestige bei seinen besten Bundesgenossen, der geschiedelten und geschorenen Klerisei unwiederbringlich zu verlieren, und zum zweiten, weil es seinem ureigsten Interesse schnurstracks zuwiderläuft. Denn darüber sind wir uns doch wohl alle klar, daß der Klassenstaat auf die Hilfe der Kirche angewiesen ist und ohne sie gar nicht existieren kann. Ihn aber zumuthen, seine eigenen Lebensadern zu unterbinden, dazu gehört — mit Verlaub, Ihr Herren von der Agrarkommission — ein so vollgerichtetes Maß politischer Naivität, daß wir dieses für ganz unmöglich gehalten haben!“

In der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht ein Mitarbeiter unter dem Pseudonym Parvus mehrere Artikel über den Programmwurf, von welchen die Redaktion erklärt, daß dieselben nicht ihre Ansichten wiedergeben. Der wesentliche Inhalt derselben ist:

„Der von der Agrarkommission ausgearbeitete Entwurf eines Agrarprogramms ist nunmehr publizirt worden und fordert zur ersten Kritik auf.“

Was jetzt zu schaffen gilt, ist weit wichtiger noch, als was in Halle und Erfurt geschaffen wurde. Denn damals galt es blos, auf Grund einer langen und glorreichen Erfahrung und einer klaren theoretischen Erkenntniß die Unkorrektheiten und theilweise durch das Kompromißbedürfnis in Gotha hervorgerufenen Falschheiten auszumergen — jetzt handelt es sich darum, ein neues Programm aufzustellen, das für eine Anzahl Jahre die Richtschnur abgeben soll für die Thätigkeit der Partei.

Gewiß, diesmal haben wir es nicht mit dem allgemeinen, sondern mit einem Bauernprogramm zu thun. Aber falsch wäre es deshalb, anzunehmen, daß sei eine aparte Angelegenheit, die die eigentliche Arbeiterbewegung wenig beeinflusst, bezw. blos für diejenigen von Interesse sei, die sich mit der Bauernagitation abgeben. Je mehr die Partei sich mit der Bauernagitation beschäftigt — und dazu wird sie in mer mehr durch die ökonomische und politische Entwicklung gedrängt, daraus entspringt ja auch das Bedürfnis eines besonderen Agrarprogramms, und zu diesem Zweck wird dieses Programm geschaffen, um die Bauernagitation auf weiterer Grundlage zu entfallen — je größer der sozialdemokratische Bauernbewegung, desto größer der Zusammenhang und Wechselwirkungen zwischen der industriellen Arbeiterbewegung und der Bauernagitation.

Eine einheitliche und prinzipielle Partei, die nicht bloß demagogisch nach dem politischen Augenblickserfolg hascht, die Sozialdemokratie, die sozial-revolutionäre Partei der kapitalistischen Gesellschaft vermag nicht auf die Dauer zwei einander widersprechende Agitationen zu betreiben. Wenn das Agrarprogramm Falschheiten enthält, so werden daraus sehr schnell die entsprechenden Konsequenzen für die Arbeiterbewegung gezogen und auf diese übertragen werden. Die Kritik des Programms wird uns später Gelegenheit geben, dies an konkreten Beispielen zu zeigen. Aber auch der allgemeine Charakter, der Geist der Partei, ihr politisches revolutionäres Auftreten werden dadurch sofort beeinflusst werden. Es genügt zu erwähnen, daß wir ja nicht zwei gesonderte Fraktionen im Reichstage haben können: die eine für die Arbeiter und die andere für die Bauern, bezw. für Industrie und für Landwirtschaft. Jede prinzipielle Abse, die sich etwa die Partei in ihrem Agrarprogramm gegeben hätte, würde von den bürgerlichen Parteien und der Regierung mit jubelndem Triumph auf Schritt und Tritt ausgenutzt werden, um den Widerspruch mit ihrer allgemeinen sozial-revolutionären Stellungnahme aufzuweisen.

Es ist also das Agrarprogramm eine Angelegenheit von eminenter allgemeiner Bedeutung für die Partei. Die Kritik an ihm darf nicht bloß vom Standpunkt seiner Wirkung auf die Bauern und Landarbeiter, sondern vor allem vom Standpunkt seiner Wirkung auf den Klassenkampf des industriellen Proletariats und seines Zusammenhanges mit dem sozial-revolutionären Charakter der Partei erörtert werden.

Dazu kommt noch, daß der Entwurf der Agrarkommission keine theoretischen Erörterungen, sondern praktische Forderungen enthält. — — —

Sie sichten nicht blos auf dem Papier, sind nicht blos eine

zweite Teil, „Übernahme der Kosten für Bau und Instandhaltung der öffentlichen Verkehrsmittel (Bahnen, Straßen, Wege, Wasserläufe) sowie für Deiche und Dämme an den Staat oder das Reich“. Man denke nur, welche Entrüstung sich erheben würde, wenn die Agrarier plötzlich das Verlangen stellten, um der „notleidenden Landwirtschaft“ aufzuhelfen, solle der Staat Bahnen, Kanäle etc. bauen, damit die Landwirthe ihre Produkte billiger an den Mann bringen können. Ganz gewiß würde man ihnen antworten: Durch solche Anlagen haben offenbar nur die Grundbesitzer Vortheil, deren Rente durch sie steigt resp. in ihrem Fall aufgehoben wird, die mögen aber auch die betreffenden Anlagen machen. Wie soll der steuerzahlende Arbeiter in der Stadt dazu kommen, dem Grundbesitzer seine Rente zu erhöhen? Bei dem gegenwärtigen niedrigen Zinsfuß werden Kleinbahnen überall schon von Gesellschaften gebaut, wo nur einigermaßen eine Rentabilität herauskommt, und schon heute unterliegen die Kreise durch Zinsgarantien dieser Bewegung. Chaussees sind schon überall vorhanden, wo das allgemeine Interesse sie verlangt; wie soll der Staat dazu kommen, etwa einen Landweg, der ein Dorf mit der Chaussee verbindet, zu einer Chaussee auszubauen, wovon den Nutzen doch nur die Großgrundbesitzer und Großbauern, fast gar nicht die Kleinbauern haben? Denn die fahren keine Wagen mit Getreide fort.

Dieselbe Bedeutung, bloß die Grundrente zu steigern, würde die in § 10 eingeschobene Forderung der „Beseitigung aller Ertrags- (Real-) Steuern, (Gewerbesteuer, Haus-, Grundsteuer etc.)“ haben. Wie sollen wir dazu kommen, den Grundbesitzern die Grundsteuer zu schenken, wir, die wir in der Miquel'schen Steuerreform, die in dem Erlaß der Grundsteuer gipfelt, eine der schmerzhaftesten Begünstigungen des Agrarierthums erblickten! Die Grundsteuer ist Abgabe von der Grundrente; erklärt man sie, so schenkt man den Besitzenden einfach das dem Abzug entsprechende Kapital, und den Ausfall an den Staatseinnahmen müssen die übrigen Steuerzahler tragen. Man werfe nicht ein, daß durch die Vermögenssteuer, welche man dann neu einführen, resp. wo sie bereits existirt, erhöhen werde, ja dieser Verlust wieder einkomme. Die Grundsteuer ist etwas, was der Staat jetzt schon hat; sie ist gar keine Steuer wie andere, weder historisch noch begrifflich. Will man eine Vermögenssteuer, so kann man sie außerdem auflegen und bezieht dadurch keine Ungerechtigkeit, denn sie trifft alles Vermögen, mobiles wie immobilis. Will man aber die Grundsteuer erst den Grundbesitzern schenken, so bezieht man dadurch eine Ungerechtigkeit, denn dadurch werden ja die Grundbesitzer für Aufhebung der Vermögenssteuer entschädigt. Sie bezahlen dasselbe wie früher, während alle anderen Besitzer von Vermögen mehr bezahlen müssen.

§ 16 verlangt Verstaatlichung der Versicherungen und mögliche Ausdehnung derselben. Vorausgesetzt, daß diese Versicherungen nicht, wie üblich, allzu bürokratisch vom Staat verwaltet werden, so daß sie dem Versicherten weniger bieten wie die privaten — das soll thätiglich sein der Fall sein — wird man dem bestmöglichen Nutzen. Dergleichen dem Verlangen nach staatlicher Hilfeleistung bei Nothständen. Dasselbe gilt von der Einschlebung in § 7, welche Fortbildungsschulen, landwirtschaftliche Fachschulen, Musterwirtschaften etc. verlangt. Auch der erste Teil des § 17 wird nicht sehr angefochten werden können, obwohl man immer bedenken muß, daß eine „unbeschränkte“ Ausbreitung und Erweiterung der Waldungen sehr zur Schädigung der Wälder führen kann. Es wäre vielleicht angebracht, wenn hier ein Passus eingeführt würde, daß dort, wo das Streusammeln in den Wäldern nicht genügend erlaubt werden kann, vom Staat zu billigen Preisen Brennholz und zum Selbstkostenpreis Torfstreu besorgt werden solle.

Die Verstaatlichung der Hypotheken fand sich bereits im demokratischen Programm vor und wurde von den 48er Kommunisten aufgenommen. Mit der Vernachlässigung der Landagitation zu Gunsten der industriellen verschwand die Forderung aus dem sozialistischen Programm, und tauchte dafür plötzlich mit etwa Mitte der sechziger Jahre als konservative Forderung auf. Namentlich der liberal-reaktionäre Freiherr v. Vogelsang in Wien hat sich hierzu sehr angenommen.

Aus dieser merkwürdigen Geschichte der Forderung ergibt sich, daß man sie doch sehr vorsichtig betrachten soll. Es ist doch unmöglich, anzunehmen, daß die liberal-reaktionären ein Verlangen stellen, das für uns auch vorthellhaft ist.

Die spezifischen Arbeiterforderungen beschränken sich auf Arbeiterschutz, Gesetzgebung, behördliche Ueberwachung und Erforschung der Arbeitsverhältnisse, Gewerbeaufsicht, Ausdehnung der Arbeiterversicherung auf alle ihr noch nicht zugehörigen Personen. Dazu kommen noch die alten Forderungen auf Aufhebung der Gesinde-Ordnungen etc., Koalitionsrecht etc.

Das ist wenig; aber mehr ist auch kaum möglich aufzustellen. Sollten sich nur einige dieser Forderungen durchdringen, so würden sie eine ganz außerordentlich revolutionäre Wirkung haben.

Die Elberfelder „Freie Presse“ sagt in einem Artikel unter anderem:

Die Erörterung der Agrarfrage in Verbindung mit der Frage der Agitation auf dem Lande ist für unsere Partei nicht neu, sie besteht so lange als die Partei selbst. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes verschwand natürlich diese Frage von der Tagesordnung, was aber durchaus nicht verhindert hat, daß wir auch selbst unter dem Nebelgesetz auf dem Lande oder doch mindestens in den ländlichen Distrikten, in dem Maße, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Bewegung vorgearbeitet haben, an Anhang gewannen. Als aber die Partei sich wieder auf dem Boden des sogenannten gemeinen Rechts bewegte und so mancher unserer Genossen gar glaubte, daß man die doch durchaus nicht verzerrte Pflanze Sozialismus treibhausmäßig ziehen könnte, da wurde nach Waffen gesucht, womit man etwa im Sturm das platte Land erobern könne. Daß man aber damit die Lehre über die Grundlage und die Entwicklung unserer Partei wenn nicht gerade verleugnete, so doch zu korrigiren suchte, scheint man bis heute auf jener Seite nicht so recht eingesehen zu haben.

Wenn beispielsweise auf dem Haller Parteitag Webel die Parole ausgab: „Sturz des Zentrumssturms“, so erntete er damals dafür großen Beifall; heute denkt man schon allgemein viel lächerlicher darüber und die Genossen, welche in den Domänen des Zentrums die Agitation betreiben, können sich vielleicht gar dazu eines bitteren Achselns nicht erheben. Und doch verpflichtet diese Parole hunderte Male mehr Erfolg, als das: „Hinans aufs Land und die Bauern zu Sozialdemokraten machen“. Das Zentrum hat zu einem großen Theile seine Wähler unter den Industrie-Arbeitern (Rheinprovinz, Schlesien); auf alle Fälle rekrutirt sich das Gros der Zentrumswähler aus Leuten, die naturgemäß, d. h. ihrer wirtschaftlichen Lage nach zu uns gehören. Diese Leute können und müssen durch eine planmäßige Agitation in absehbarer Zeit für uns gewonnen werden und, was die Erörterung der vorliegenden Frage die Hauptsache ist: sie werden uns dann erhalten bleiben, werden sich zu ziel- und klassenbewußten Sozialdemokraten herausbilden.

Hätte man sich bei Erörterung der Frage über die Agitation auf dem Lande nur auf die Gewinnung der Leute ohne Art und Galn (nicht im Capriol'schen Sinne zu verstehen) beschränkt und sich auf Grund der gemachten Erfahrungen gegenseitig Rathschläge gegeben, wie diese Leute am leichtesten für unsere Partei zu gewinnen sind, so wäre dagegen gewiß kein Wort zu verlieren gewesen; jeder von uns hätte die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens anerkennen müssen. Aber dazu bedarf es keines besonderen Agrarprogramms. Doch manche Parteigenossen sind der Meinung, daß wir nicht allein die Landarbeiter, sondern auch die Bauern für uns gewinnen können (es sind dies allerdings — sprechen wir dies, um Klarheit zu bekommen, nur offen aus — meist dieselben Genossen, die glauben, auch in den Städten ein

besonderes Gewicht auf die Gewinnung des Kleinbürgerthums legen zu müssen), und deshalb wurde auf dem vorjährigen Parteitag die Nothwendigkeit eines besonderen Agrarprogramms betont und eine Agrarkommission eingesetzt, welche die Sache bis zum nächsten Parteitag näher prüfen und eventuell Vorschläge machen sollte.

Sehen wir uns nun zunächst den Entwurf an, so fällt sofort auf, daß darin so wenig Sozialdemokratisches, aber umfomehr staatssozialistisches Vorschläge zu finden sind. Man wende nicht ein, daß auch der bisherige zweite Teil des Programms nur an den heutigen Staat zu stellende Forderungen enthalte; man vergleiche genau diese mit dem vorliegenden Entwurf und man wird finden, daß die sämtlichen in dem bisherigen Programm stipulirten Forderungen allgemeiner Natur und für Stadt und Land gleich anwendbar sind, während durch den Agrar-entwurf Bestimmungen in das Programm hineingebracht werden, die nur die ländliche Bevölkerung und in der Hauptsache nur die selbständigen Bauern angehen, indem hier die „kleinen Mittel für die Landwirtschaft“ erscheinen. Diesen Umstand beachte man wohl, er ist für uns von der weitgehendsten Bedeutung, und wird der Entwurf in der vorliegenden Fassung angenommen, so nimmt damit die Partei die Lattit derjenigen an, die glauben, unter allen Umständen sogenannte „praktische Politik“ treiben zu müssen, praktische Politik, deren Folgen für die Partei vorläufig ganz unberechenbar, auf alle Fälle aber geeignet sind, der heranwachsenden Generation eine Schule zu geben, die der Partei den revolutionären Charakter nimmt. Das wollen wir doch lieber nicht mitmachen.

Wir kommen zu dem Schluß, daß man überhaupt ganz darauf verzichten sollte, besondere Bestimmungen über die Agrarfrage oder überhaupt über die Verhältnisse einer bestimmten Bevölkerungsklasse in das Programm hineinzubringen. Wir halten das für unsozialdemokratisch und unserer ganzen Vergangenheit widersprechend.

Um geeignetes Material zur Landagitation zu erhalten und um zugleich die Lage der Landarbeiter zu verbessern, halten wir es für das Beste, daß unsere Abgeordneten, soweit es in ihrer Macht steht, Anträge im Reichstage einbringen, die sich mit dem sozialdemokratischen Standpunkte aus anerkennenden Forderungen in Agrarprogramm-Entwurf decken.

Das „Hamburger Echo“ schreibt in einem ersten Artikel: Welche weitgehende Bedeutung dem Entwurf zu einem Agrarprogramm der sozialdemokratischen Partei Deutschland beizumessen ist, läßt sich recht gut an der Haltung der gegnerischen Presse ersehen. Kein bürgerliches Blatt von nur irgend welcher Bedeutung entzieht sich der Stellungnahme in dem einen oder anderen Sinne. Das ist nicht auffällig und war vorauszusetzen. Ist heute doch einmal die Sozialdemokratie zum Mittelpunkt aller öffentlichen Interessen geworden. Mit Argusaugen verfolgen die Gegner jeden Schritt, der von unserer Seite unternommen wird; die Triebfeder für sie ist die Furcht, daß die Sozialdemokratie neue Mittel und Wege finden werde, noch rascher in ihrem Wachsthum voranzuschreiten und die Positionen der Gegner noch schärfer zu bedrohen.

Wie schon an einigen Beispielen nachgewiesen, ist die Stellungnahme der bürgerlichen Presse eine verschiedene. Ihrem Charakter und Temperament entsprechend kann man zwei Auffassungen unterscheiden.

Es sei ein Sieg der „gemäßigten Richtung“, der in den neuen Programmpunkten zum Ausdruck kommt. Von anderer Seite wird in der Programmweiterung in Rücksicht auf die Dispositionen auf dem Frankfurter Parteitag eher eine „Wendung zu Herrn Webel“, d. h. eine radikalere Gestaltung der Stellung zu den Agrarfragen erblickt.

Als dritte Gruppe reihen sich diejenigen an, welche in bezug auf das Thun und Handeln anderer und besonders der Sozialdemokratie überhaupt nicht objektiv zu denken vermögen, die alles nur nach ihrem eigenen Interesse beurtheilen und sich stets nur fragen, wie weit ihnen die Handlungen anderer gerichtlich werden können. Zu dieser Gruppe zählt die Mehrzahl der national-liberalen Organe und der vom Schloß der Stummschen Post, die aus ihrer eigenen politischen Unaufrichtigkeit und Unehrlichkeit auf die Motive anderer Parteien zu schließen besteben. Für sie ist die Sozialdemokratie die Partei des gewaltsamen Umsturzes. Und mag man ihnen noch so schärflich beweisen, daß die Sozialdemokratie die allergrößte Thorheit begehen würde, wenn sie auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeiten wollte, mag die Sozialdemokratie noch so ernsthaft sich mahnen, in friedlicher Arbeit den notwendigen Entwicklungsgang zu fördern, alles einerei — sie bleibt für jene die Partei des gewaltsamen Umsturzes. Alles, was gegen diese Absicht spricht, ist in jener Augen — wenigstens stellen sie sich so — nur eitel Spiegelschererei, dazu bestimmt, die wirklichen Ziele der Sozialdemokratie zu verschleiern.

Die entgegengesetzte Auffassung der Bedeutung der neuen Programmpunkte seitens der übrigen Gegner aber beruht auf einer durchaus falschen Würdigung des Wesens der Sozialdemokratie. Wenn von einer radikalen und einer gemäßigten Richtung innerhalb unserer Partei gesprochen wird — und mit einem gewissen Recht — so handelt es sich dabei lediglich um Fragen der Lattit; das Parteiprinzip steht dabei außer Frage.

Die Grundsätze der Sozialdemokratie sind im ersten Theile des Programms niedergelegt. Er giebt zunächst die sozialistische Auffassung der gesellschaftlichen Entwicklung und ihres Zieles. Er legt die Grundfragen des heutigen sozialen Mißstands bloß: das Privateigentum an den Produktionsmitteln, und proklamirt als einziges zur endgiltigen Erlösung der Massen aus Noth und Knechtschaft führendes Mittel die radikale Beseitigung der letzten Ursachen durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gerüben und Vergewerte, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Der erste prinzipielle Theil des Programms fordert weiter zur Ermöglichung der notwendigen gesellschaftlichen Umgestaltung die Gründung der politischen Macht und verleiht mit der vollzogenen Umwandlung die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und gleiche Rechte und gleiche Pflichten für Alle ohne jeden Unterschied.

Das sind die grundlegenden Prinzipien der Sozialdemokratie Deutschlands, wie heute der Sozialisten aller modernen Kulturländer. Sie sind die unerschütterliche Kampfbasis der Partei. An dieser auf der wissenschaftlichen Erkenntnis des Wesens der heutigen kapitalistischen Produktionsform und ihrer notwendigen Weiterentwicklung festgebauten Grundlage soll und darf nicht gerüttelt werden. Der Versuch, das zu unternehmen, ist auch noch von keiner Seite gemacht worden. Auf diesem Boden stehen alle, die sich mit Recht Sozialdemokraten nennen; sich von ihm verdrängen lassen, hieße den sicheren Boden unter den Füßen verlieren.

Die Differenzen, die hier und da hervorgetreten sind, beziehen sich darum auch keineswegs auf diese grundlegenden Fragen, sondern auf die Frage der Lattit, auf die Frage, wie man am besten und schnellsten aus der heutigen Gesellschaftsmißlage heraus an das von allen ersehnte Ziel gelangt. Diese Frage ist keine des Prinzips, sondern eine der Zweckmäßigkeit.

Diese zu beschreitenden Bahnen ergeben sich keineswegs immer mit Nothwendigkeit aus den Grundprinzipien der Partei; sie können unter volklicher Wahrung dieser Grundsätze doch verschieden und wechselnde sein. Die Lattit einer Partei wird nicht allein bestimmt durch deren Prinzipien, sondern durch die Verhältnisse und die Umgebung, in welcher sie lebt und kämpft. Sie ist abhängig nicht allein vom Verhalten der Gegner, sondern auch von den Einrichtungen eines Landes. Sie wird in einem schon mit wirklich demokratischen Institutionen gesegneten

Land eine andere sein müssen als in einem Lande, dessen Volk noch unter völlig rückständigen politischen Verhältnissen lebt, obwohl seine wirtschaftliche Entwicklung auf derselben Höhe steht wie im Nachbarvolke.

Mit solchen Fragen der Lattit haben wir es ja zum guten Theil im zweiten Abschnitte unseres Parteiprogramms zu thun. Er zeichnet die Wege vor, auf welchen wir innerhalb der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung unserem endgiltigen Ziele entgegenstreben. Die vorgezeichneten Ueberlegungen sind deshalb daraufhin zu prüfen, wieweit sie geeignet sind, das Vorwärtbringen der Sozialdemokratie ihrem Ziele entgegen zu fördern. Denn das ist der Zweck.

In einem zweiten Artikel schreibt das „Hamburger Echo“:

Die Sozialdemokratie ist eine proletarische Partei. Sie ist nicht nur die anerkannte politische Vertreterin der vorhandenen Proletarier, sondern auch derer, die es zu werden im Begriffe sind, der Schichten, die mit der fortschreitenden ökonomischen Entwicklung unweigerlich ins Proletariat hinabgestürzt werden.

Die Partei mußte nothwendig in ihren Anfängen eine rein städtische sein. Der Kapitalismus bemächtigte sich zunächst neben dem Handel der Industrie, eroberte einen Theil derselben nach dem anderen, expropriirte und verdrängte die Masse der selbständigen im eigenen Besitze der Produktionsmittel befindlichen Kleinproduzenten und setzte an deren Stelle immer wachsende Massen besitzloser Proletarier, die zur Ermöglichung ihrer Existenz auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen und damit der Knechtung seitens des Kapitals auf Gnade oder Ungnade überantwortet waren. In den städtischen Industriezentren sammelten sich diese Massen. In der gegenseitigen Betrachtung ihres Glücks erwarb ihnen das Bewußtsein der verzweifelten Hilflosigkeit ihrer Lage innerhalb der heutigen Gesellschaft und an der führenden Hand der großen sozialistischen Theoretiker die Erkenntnis, daß die gesellschaftlichen Schäden, unter denen sie leiden, mit dem Fortgange der Entwicklung nur schlimmer werden würden, bis der Höhepunkt der Entwicklung des Kapitalismus erreicht sei, auf welchem sein Wirtschaftssystem an seinen eigenen inneren Widersprüchen scheitern müsse.

Je größer die Proletariermassen wurden, desto mehr lernten sie die Nothwendigkeit einer grundlegenden Aenderung der ökonomischen Basis der Gesellschaft, aber auch sich selbst in ihrer Vereinigung als den Machtfaktor erkennen, der bestimmt sei, die kapitalistische Welt aus den Angeln zu heben und ein neues, den Interessen der Arbeit dienendes Wirtschaftssystem an deren Stelle zu setzen. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Bewußtsein gleicher Interessen, der Drang zum einigen, geschlossenen Handeln trat scharfer und scharfer heraus und schweißten die zum Klassenbewußtsein erwachten Proletarier zur Partei der Sozialdemokratie zusammen.

Die junge Partei ging dabei nothwendig zunächst von den eigenen Interessen ihrer Mitglieder aus. Sie rekrutirte sich fast ausschließlich aus den städtischen, den Industrie-Proletariaten, und deren Bedürfnisse mußten in den Forderungen der Partei zunächst zum Ausdruck kommen. Zwar waren die Vertreter des Sozialismus nicht so einseitig, zu übersehen, daß die als nothwendig erkannte Vergesellschaftung der Produktionsmittel sich nicht beschränken dürfte auf die industriellen, sondern auch die Basis der Ueberschneidung — Grund und Boden — mit erfassen müsse. Aber in den Einzelforderungen, die zur Wahrung der Interessen des Proletariats aufgestellt wurden, beschränkte sich die Partei fast ausschließlich auf solche, welche die Bedürfnisse der Industrie-Arbeiter berührten.

Das ist durchaus erklärlich; es ergibt sich aus der ganzen Situation, in welcher sich die Sozialdemokratie befand. Zunächst war das industrielle Proletariat für die Ideenwelt des Sozialismus zu gewinnen. Ungezählte Tausende industrieller Arbeiter fanden ihr noch kein; in den Städten fand sich noch ein reiches Agitationsfeld, auf welches in erster Linie das Augenmerk der Partei zu richten war. Man sah die nächsten Genossen und Kameraden bei der Arbeit mit der schweren Ueberlastung der Verhältnisse ringen, sah sie von der allgemeinen Degeneration bedroht, und ganz naturgemäß mußten sich die Forderungen zum Schutze der Arbeiterklasse den drängenden Bedürfnissen der Industrie-Arbeiter anpassen.

Aber ehe es der Sozialdemokratie gelungen war, das gesamte Industrie-Proletariat zu sich herüberzuziehen — da ist ja auch heute noch viel zu thun —, spannte sie ihre Fäden über die Grenzen der Industriezentren hinaus; das Verbreitungsgebiet ihrer Ideen dehnte sich aus bis in die entferntesten Landestheile, wenn auch dort die Anhänger unserer Partei zunächst nur vereinzelt sahen.

Das „Echo“ zeigt dann, wie die Verhältnisse auf dem Lande sich wirtschaftlich revolutionirt und fährt dann fort: Aber auch die Genossen erdachten bald infolge der immer weitere Kreise ziehenden Landagitation eine Lücke im Programm, die bis dahin nicht aufgefallen war. Das Parteiprogramm sprach sich wohl unumwunden auch über das in bezug auf die landwirtschaftlichen Produktionsmittel erstrebte Endziel aus, aber es fehlte in demselben jeder Hinweis, inwieweit in der Zwischenzeit bis zur Erreichung des Zieles zum Schutze der schon proletarisirten oder vor der Proletarisirung stehenden Landbevölkerung etwas geschehen könne und was. Auch entbehrte das Programm alle Hinweise auf mögliche und wünschenswerthe Maßnahmen, welche geeignet sind, die Sozialisirung speziell der landwirtschaftlichen Produktion vorzubereiten, was um so mehr empfunden werden mußte, als die Verdrängung der Kleinproduktion durch den großen kapitalistischen Betrieb sich in der Landwirtschaft nicht in der Schärfe fühlbar macht, wie in der Industrie. Auch das in Erfurt neugestaltete, den veränderten Verhältnissen und dem Fortschritt der theoretischen Erkenntnis angepaßte Programm enthielt eigentlich nur einen speziell auf die Landarbeiter sich beziehenden Passus: die Forderung der rechtlichen Gleichstellung der ländlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern und der Beseitigung der Gesinde-ordnungen.

Die Nothwendigkeit, präzisere Stellung zu den agrarischen Fragen zu nehmen, wurde noch besonders verstärkt durch das scharfe Eingehen der agrarischen Bewegung, die rüchlich die ganze politische Situation zu beherrschen begann. Wenn einerseits schon der Bauer in seiner Existenz bedroht ist durch die Konkurrenz des Großgrundbesitzes, so erstcht daneben ihnen beiden ein noch gefährlicherer Feind in der Konkurrenz überseeischer Produktionsgebiete. Nord- und Südamerika im Westen, Indien im Osten sind durch die ungeheuren Mengen wohlfeiler Getreides, das sie auf den Markt werfen, für die alten europäischen Kulturländer mit ihrem in tausendjähriger Kultur angelegenen und zum Theile fast erschöpften Boden furchbar konkurrenz geworden, die hier bei uns dabei den Bauer und den Großgrundbesitzer ruiniren. Es hat fast den Anschein, als ob die Annahme, daß zuerst in der Industrie sich die Verhältnisse zum allgemeinen Zusammenbruch zuführen werden, sich als falsch erweisen solle und als ob der Krach zuerst über die Landwirtschaft hereinbrechen werde.

Soll der Sozialismus zur Wirklichkeit werden, so müssen wir ihm auch die Masse der Landbevölkerung gewinnen. Das kann nur erreicht werden, wenn wir die in ihr schlummernden Vortheile überwinden. Die Möglichkeit dazu ist uns gegeben, wenn wir uns der Interessen auch der Kleinbauern, der Zukunftsproletarier auf dem Lande annehmen. Darum muß der mit den Agrarfragen sich befassende Theil des Programms nicht trost, sondern wegen des proletarischen Charakters der Partei sich auch mit den bäuerlichen Interessen befassen.

In einem dritten Artikel des „Hamburger Echo“ heißt es:

„Vielleicht kann es einigen Zweifeln unterliegen, ob es praktisch war, die in bezug auf die ländlichen Verhältnisse aufgestellten neuen Forderungen direkt in das Programm hineinzuarbeiten, oder ob sich nicht etwa mehr empfohlen hätte, zunächst

die Vorschläge für sich allein zu formulieren und sie so, unter genauer Darlegung der Erwägungen, die zu ihrer Aufstellung geführt haben, dem Parteitag zur Diskussion zu unterbreiten. Das wäre an sich schon deshalb wünschenswert gewesen, weil es bisher — auch auf dem Frankfurter Parteitage, wo fast nur die Referenten und die Antragsteller zum Wort kommen konnten — zu einer eingehenden Diskussion der Fragen nicht gekommen ist. Dem steht freilich entgegen, daß das scharfe Hervortreten der gegnerischen Agitation der sozialdemokratischen Partei in der Stellungnahme zu den einschlägigen Fragen dringend Gilt gebietet, um der erwähnten feindsigen Beeinflussung der Landbevölkerung zu begegnen. Nachdem einmal anerkannt war, daß die Präzisierung unserer Stellung zu den Agrarfragen eine unerlässliche Nothwendigkeit sei, durfte die Sache nicht auf die lange Bank geschoben werden, und das ist denn auch wohl für die Agrarkommission maßgebend gewesen, so zu verfahren, wie geschehen.

Zunächst hat sie dem gesammten zweiten Theile des Programms eine nähere Zweckbestimmung hinzugefügt, dahingehend, daß die nächsten Forderungen erhoben werden zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen im Reich, Staat und Gemeinde, für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen und für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr, im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung.

Aus dem Schlusssatz „im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ hat die gegnerische Kritik sofort eine „Anerkennung der heutigen Gesellschaft“ herauslesen wollen im Gegensatz zur früheren Stellung der Partei. Das das an sich falsch ist, braucht nicht erst gesagt zu werden; findet sich doch auch im früheren Gothaer Programm eine Reihe von Forderungen, die „innerhalb der heutigen Gesellschaft“ erhoben werden. Ebenso enthielt das alte Eisenacher Programm eine Anzahl sogen. „nächster“ Forderungen, die aus sich selbst ihre Bestimmung verriethen, noch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft verwirklicht zu werden, wenn das auch nicht ausdrücklich gesagt war. Die Sozialdemokratie hat von Anbeginn ihres politischen Wirkens an sich niemals in uralte Zukunftsträume verloren, sondern stets auf dem Boden der That sachen gestanden, vom Vorhandenen auf das Zukünftige zu erreichen gesucht. Die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung bildete stets unsere Kampfbaasis; innerhalb derselben muß gekämpft werden, um sie schließlich zu überwinden. Das ist für jeden auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehenden Sozialisten selbstverständlich.

Aber es fragt sich, ob nicht sonst aus dem zitierten neuen Programmsatzes Mißverständnisse über die prinzipielle Stellung der Sozialdemokratie sich herleiten können. Wir haben heute — wo unsere Partei den Mittelpunkt der Parteikämpfe bildet, wo die Angriffe von allen Seiten und mit abgefeimter Rabulistik erfolgen, und zwar in den meisten Fällen ohne unsere Gegenwart, so daß sofortige Erwiderung nicht möglich ist — mit peinlichster Aufmerksamkeit darauf zu sehen, daß jede Zeile unseres Programms mit unserer prinzipiellen Stellung in vollster Uebereinstimmung sich befindet, um jeder Mißdeutung zu entgehen. Im anderen Falle verschaffen wir unseren Gegnern nur leichte Triumphe auf unsere Kosten.

Dieser Anforderung scheint uns nun die neu vorgeschlagene Zweckbestimmung für den zweiten Theil des Programms nicht völlig zu entsprechen. Gegen den Punkt „zur Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen“ läßt sich nichts einwenden. Das ist ein Zweck, der sich aus unserer ganzen prinzipiellen Stellung ergibt und dessen Erreichung bis zu einem gewissen Grade Vorbedingung, im übrigen Begleiterscheinung der Sozialisierung der Produktion sein wird. Auch daß die Forderungen des zweiten Programmabschnittes erhoben werden „für die Hebung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen“ ist unanfechtbar. Die Sozialdemokratie hat stets die wohl hier und da einmal auftauchende Ansicht, daß es erst noch viel schlechter werden müsse, ehe es besser werden könne, zurückgewiesen. Sie hat stets betont, daß es dringendes Erforderniß sei, die Arbeiterklasse vor völliger Degeneration zu bewahren, um ihr die nötige Kampffähigkeit und Thatkraft für die Erfüllung ihrer historischen Mission zu erhalten. Die Hebung der sozialen Lage der Arbeiterklasse ist deshalb von der Sozialdemokratie stets angestrebt worden. Sie ist auch vollständig im Einklang mit der Parteauffassung vom Charakter der kapitalistischen Produktion und die Erreichung dieses Zweckes arbeitet der Sozialisierung der Produktion entschieden vor; jeder Schritt, der auf dieser Bahn gemacht wird, kann als eine Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutungsfreiheit gelten.

Anderes steht es jedoch mit dem dritten Theil der neuen Zweckbestimmung: „für die Verbesserung der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr“. Bei gutem Willen kann man sie auch so auffassen, daß sie nicht im Widerspruch mit

unser prinzipieller Stellungnahme erscheint, und so ist sie offenbar bei der Redaktion der Fassung aufgefaßt worden. Aber ihre Fassung zwingt nicht zu solcher Auslegung. Diese zwingende Logik ist aber ein unerlässliches Erforderniß für jeden Satz des Programms.

Der erste prinzipielle Theil des Parteiprogramms stellt in unanfechtbarer Weise die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft auf die arbeitenden Massen sowohl, wie auf die dem Untergang verfallenden Repräsentanten überlebter Produktionsmethoden dar. „Für das Proletariat und die verfallenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie (die kapitalistische Umwandlung der Produktion) wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.“ Wer wollte sich, wenn er die vor Aller Augen liegenden Thatfachen klar überschaut, erlauben, die Richtigkeit dieser Aufstellung zu bestreiten? Wer kann in Abrede stellen, daß „das Privateigentum an den Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung“ und daß „nur die Verwandelung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion“ für die unter der kapitalistischen Entwicklung leidenden Schichten des Volkes Verbesserung bringen kann?

Demgegenüber aber erscheint der Begriff der „Verbesserung“ der Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr innerhalb der heutigen Gesellschaft als ein unhaltbares Zugeständniß. Nicht ohne Berechtigung würden die Gegner kommen und sagen: „Was wollt Ihr denn? Ihr gesteht ja selber zu, daß die Zustände in der kapitalistischen Welt verbesserungsfähig sind; eure Behauptung, daß nur die sozialistische Produktionsorganisation Verbesserung schaffen könne, ist also hinfällig.“ Wir wissen wohl, daß derartige mit dem fraglichen Satz nicht gesagt sein soll. Aber solche Behauptungen in einer Versammlung, wo kein satter Sozialdemokrat zur Berichtigung anwesend ist, oder von der gegnerischen Presse in die noch urtheilslose Menge geworfen, können großen Schaden anrichten.

Darum muß das, was gemeint ist, mit unanzweifelbarer Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden.

Deshalb schlagen wir vor, dem fraglichen Satz etwa folgende Fassung zu geben:

„Zur Minderung des Drucks, den die gegenwärtigen Zustände in Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehr auf die mittleren und niederen Volksschichten ausüben.“

Was für die Arbeiter gilt: daß wir kein Interesse daran haben, ihre Lage sich noch verschlechtern zu lassen, das gilt auch für die Bauern, speziell die kleinen, welche lediglich von ihrer eigenen Arbeit leben. Es besteht keine Veranlassung, sie erst völlig bis auf die unterste Stufe der Besitzlosigkeit herabsinken zu lassen, sie zu Proletariern in der verwegenen Bedeutung des Wortes zu machen. Ihre soziale Position ist schon heute eine solche, daß nur besondere Hilfsmittel sie vor dem völligen Verfallen ins Proletariat retten können. Ihnen plausibel zu machen, daß diese Hilfe nur dann fruchtbringend sein kann, wenn sie sich in der Richtung der allmählichen Ueberführung des Privatbodenbesitzes in den Gemeinbesitz, d. h. in der schrittweisen Einschränkung des freien Verfügungsrechtes des Einzelnen zu gunsten des Interesses der Allgemeinheit bewegt, ist unsere Aufgabe. Bestimmungen an der starren Form des Privateigentums von heute kann den Kleinbauern nur der ökonomischen Vernichtung entgegenführen; nur in dem Zusammenfließen in gemeinschaftlicher Form, unter Beihilfe des Staates dazu, kann ihm noch die Möglichkeit erbliken, sich in leidlich gesunder Verfassung in eine höhere sozialistische Gesellschaftsformation hinüber zu retten.

Und um eine Minderung des Drucks kann sich unser Bemühen auch bei den Kleinbürgerlichen Schichten in Handel und Gewerbe nur drehen, so lange das kapitalistische Wirtschaftssystem besteht.

Das Volksblatt für die Herzogthümer Sachsen-Koburg-Gotha schreibt: „Unser Agrarprogramm wird von allen bürgerlichen Blättern besprochen. Es ist dabei recht lehrreich, zu beobachten, wie verschieden die Beurtheilung ist. Während die freisinnigen und demokratischen Blätter anerkennen, daß die neuen Programmpunkte manches gute und wünschenswerthe enthalten, zugleich aber auch eine förmliche Schwelung der Partei bedeuten, die sich damit vollständig auf den Boden der heutigen Gesellschaft stelle, sehen die konservativen und vor allem die nationalliberalen Blätter in dem neuen Programm nur einen geschickten Bauernfang, eine neue Heuchelei, unter welcher die sozialdemokratische Partei ihre wirklichen Ziele verberge und jetzt noch gefährlicher sei als vormals. Beide Urtheile wundern uns nicht. Man beurtheilt andere immer nur nach sich selbst. Eine Partei, wie die nationalliberale, eine

Partei der vollendetsten Niedertracht, die stets nur unter der Maske der Heuchelei gekämpft, kann anderen Parteien selbstverständlich nichts besseres zutrauen und wenn die Freisinnigen, voran die Richter'sche „Freisinnige Zeitung“, uns höhnisch vorwerfen, daß wir liberale Forderungen aufgenommen hätten, aus Rücksicht auf den antikonfessionistischen Bauernschädel, aber dabei unser Prinzip in die Tasche gesteckt, so soll dies wohl lediglich ein Ausdruck der Freude dafür sein, daß die freisinnige Partei in puncto Prinzipienlosigkeit nun endlich eine gute Kameradschaft gefunden, denn die nationalliberale Kameradschaft war denn doch schon gar zu sabenscheinig geworden. Die guten Freisinnigen übersehen bei der ganzen Geschichte nur die Kleinigkeit, daß der erste Theil unseres Programms, derjenige Theil, welcher unsere eigentliche prinzipielle Forderung, aus der sich alle übrigen ergeben und nach der sie sich richten müssen, unberührt geblieben ist. Wir fordern nach wie vor: die Verwandelung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum. Erst wenn daran gerüttelt, erst wenn diese Forderung aufgegeben oder auch nur verschleiert würde, hätten die Gegner ein Recht, über Verleugnung unseres Prinzips zu schreiben, denn dann hätten wir uns wirklich aus einer revolutionären sozialistischen in eine bürgerlich radikale Reformpartei verwandelt.“

Das Blatt kritisiert dann eine Reihe von Einwendungen der gegnerischen Presse gegen das Programm, für das es sich im ganzen günstig ausspricht bis auf den Punkt: Verstaatlichung des Hypothekensystems, den es für bedenklich hält. Der Artikel schließt: „Die Kritik der Parteigenossen wird jedenfalls noch manche Mängel an dem neuen Programmentwurf herausfinden. Im allgemeinen aber glauben wir, daß keine Forderung darin dem kommunistischen Gedanken widerspricht, daß aber verschiedene, wenn durchgeführt, dem sozialdemokratischen Gemeinwesen kräftig Vorstoß leisten würden.“

Zum Schluß zitieren wir für heute eine Ansicht aus der ausländischen Parteipresse, des Basler „Vorwärts“:

Dieser schreibt: „Das landwirtschaftliche Programm, welches der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie, wie gestern gemeldet, als Vorschlag der vom letztjährigen Parteitage eingesetzten Agrarkommission zu Händen des diesjährigen Parteitages veröffentlicht hat, wird nicht verfehlen, die gegnerische Presse zu allerlei ungereimten Aeußerungen zu verleiten, wie dies zum Theil schon geschehen. Die bis jetzt wenigen Bestimmen aus dem Lager der Christlich-Sozialen, des Freisinn und der bürgerlichen Demokratie lassen das in Theils zukommende, theils schroff ablehnende und hämische Bemerkungen gekleidete Mißbehagen deutlich erkennen, daß der Kommission im großen und ganzen — im einzelnen läßt sich ja zweifellos selbst vom sozialdemokratischen Standpunkte aus dies und jenes aussetzen — ihre Arbeit so vortreflich gelungen ist.“

Weder mit dem Vorwurf der Utopistikerei noch mit dem Troste, daß die Sozialdemokratie immer mehr verwässere — in welcher beiden Extremen die Gegner sich abwechselnd gefallen —, wird die sozialistenfeindliche Presse diesmal auszukommen vermögen. Das Programm ist viel zu nüchtern und klar, allzusehr ins einzelne gehend und die verschiedenartigen Uebel der Landwirtschaft ins Auge fassend, als daß es den Eindruck des Ueberschwänglichen und Unmäßigen hervorrufen könnte. Auf der andern Seite jedoch verräth es einen zu ausgesprochenen radikalen Charakter, als daß im Ernste von einer Verwässerung der sozialistischen Grundgedanke die Rede sein könnte. Das Programm hat einfach, wenn auch wahrscheinlich noch nicht in durchaus unanfechtbarer Weise, unter Berücksichtigung gewisser Uebergangsstadien und provinziellen Eigenheiten, die sozialistischen Grundgedanken, von denen bei der bisherigen Zusammenfassung der sozialdemokratischen Partei vorwiegend nur mit Bezug auf die Verhältnisse der industriellen Arbeiterklasse die Rede war, auf die Landwirtschaft, resp. die in ihr hauptsächlich thätigen und leidenden Kleinbauern und Landarbeiter, angewandt. Darin beruht das ganze Geheimniß des Programms.

Auch mit dem neuen Programm wird zwar die Sozialdemokratie Deutschlands das Land nicht im Sturm erobern; schon die Charaktereigenschaften der Landbevölkerung schließen diese Möglichkeit unbedingt aus. Aber viele Vorurtheile wird sie damit zerstreuen können, indem sie, zunächst allerdings langsam, dafür jedoch um so stetiger und unausrottbar fester Boden facht unter den Kleinbauern und Landarbeitern, diese über ihre Interessen aufklärend, zu sich, den sozialdemokratischen Bestrebungen und Grundgedanken emporhebend und schließlich in rascherem Tempo ihren Zielen entgegengehend.“

Ausstellung Italien in Berlin.
Donnerstag, den 25. Juli 1895:
Siebenter Elite-Tag.
Novität des Cialdini'schen Orchesters.
Freitag, den 26. Juli 1895:
Vierter Familientag.
Großes Festprogramm. An diesem Tage zahlen Kinder in Begleitung Erwachsener kein Entree. — Entree 50 Pf.
Sonntag, den 27. Juli 1895:
Beginn des 30tägigen Hunger-Experimentes des **Giovanni Succi.**
Entree 1 Mark.

A. Hoffmann's Verlag
Berlin O. 27, Blumenstr. 14.
Soeben erschienen: [29626]
Der Bettler.
Lied für 1 Singstimme (Tenor oder Bariton). Musik von Reibig.
Preis 1 M. (Porto 5 Pf.)
Zur Gegendemonstration des 25jährigen Kriegesummels:
D, welche Lust, Soldat zu sein!
Lebensbild mit Gesang in 8 Aufzügen und einem Schlusstableau (Lebensbild) Völkerfrieden v. P. Sent. Musik v. G. Pier. Preis 40 Pf. (Porto 5 Pf.) Compl. Musik (m. Männerchor) 4,50.
Vom Bund der ges. Vereine Berlins u. Umg. mit größtem Erfolg aufgeführt.

Ostbahn-Park
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Platz.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Herm. Jmbs.
Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors W. Carlson's.
Anfang Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Wochentags 5 Uhr. Entree 15 Pf.,
wofür ein Glas Bier verabreicht wird.
Volkshelmskungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.

Schweizer Garten.
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater u. Spezialitäten.
Dienstag, den 23. Juli:
Riesen-Fronten
Feuerwerk
der geprüften Kunstfeuerwerker Herren A. u. F. Massow.
Volkshelmskungen aller Art. Großer Ball.
Anf. der Vorstellung 5 Uhr, des Feuerwerks 9 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Billets à 40 Pf. sind vorher in den Handlungen zu haben.

Die heilige Allianz der Völker
„Ich sah den Frieden jähst herniedersteigen.“ Lied für Männerchor. Text von Béranger. Musik von G. Pier. Preis Part. 40 Pf., à Stimme 15 Pf. Porto 5 Pf.
Ferner ging in meinen Verlag über:
Das höchste Gut! Lied für eine Singstimme. Musik von G. Zahn. 80 Pf.
Aufruf von G. Herwegh. Für 1 Singstimme von P. Ramsborg. Preis 1 M.
Turner-Marsch, Gut Heil! Mit unterlegten Text v. B. Adolph. 1 M.
Streik-Couplet (auch als Duett) von G. Pier. 1 M.
Anschl. an Vereine bereith. Kataloge gratis und franko. Viele Neuheiten von Theaterbüchern, Chören, Lieder, Couplets etc., eigenen und fremden Verlags.
Schnelle Lieferung. Gächter Habent. Bitte auszeichnen und aufbewahren!

Bureau Bammelmeyer
Neuestes Ensemble der altberühmten
Stettiner Sänger
Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krohn, Röhl und Schröder.
Täglich (außer Sonnabends):
Victoria-Brauerei Lützow-Strasse No. 111-112.
Im herrlichen Konzert-Garten resp. Saal. Anfang präz. 8 Uhr. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 1 Mark (für 8 Personen gültig).
Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.** (Siehe Plakat.)

Weinhandlung
C. Böhme, 148. Reichensbergerstr. 148
empf. Bordeaux, Spanische, Portugiesisch, mediz. Ungar., Rhein- u. Moselw., Apfel, Cognac, Rum, Likör, Maitrank à 1/2, 60 Pf

Brochnow's Festsäle
Sebastianstraße 39, an der Jakobstraße.
Jeden Sonntag: **Großer Volksball.**
Die Sonnabende sind an Vereine zu vergeben.
Empfehle meinen 800 Personen fassenden Garten mit Bühne zu Sommerfesten; auch sind zwei große Vereinszimmer zu vergeben. 2985L